Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 25 – 24. Juni 2006 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

Den Armen eine Heimstatt geben

Am 20. Juni begingen die Vereinten Nationen den Weltflüchtlingstag. UN-Generalsekretär Kofi Annan erinnerte in diesem Zusammenhang an die Millionen Heimatlosen, die in Flüchtlingslagern hausen und keine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben haben. Doch was können die Vereinten Nationen tun? Was kann der reiche Westen tun? Afrika, wo die meisten Flüchtlinge aufgrund von kriegerischen Auseinandersetzungen in Lagern dahinvegetieren, können auch die UN nicht befreien. Lebensmittel, Zelte und Kleidung zur Erleichterung der lebensbedrohlichen Situation erreichen in dem häufig unwegsamen Gelände nicht immer ihr Ziel.

Kann der Westen den Flüchtlingen der Welt helfen?

Vor allem aus linken Kreisen wird hier immer wieder die Forderung laut, diese Menschen im eigenen Land aufzunehmen. Deutschland habe als reiche Industrienation die Pflicht, sich der Menschen, denen es schlechter geht, anzunehmen. Für sie sind Meldungen wie jene, daß die Zahl der Asylanträge 2005 um 19 Prozent auf 29 000 Erstanträge zurückging, ein Zeichen für die völlige Fehleinschätzung der Bundesregierung. Deutschland bräuchte schon allein aufgrund seiner demographischen Probleme mehr statt weniger Zuwanderung.

Kann aber Deutschland, ein Land, in dem nach neuesten Umfragen jeder fünfte Bewohner bereits einen „Migrationshintergrund" hat, noch zusätzliche Fremde vertragen? Kritiker verweisen zudem immer wieder darauf, daß der deutsche Arbeitsmarkt jetzt schon überbelastet sei, eine eigene Existenzsicherung von meist völlig unausgebildeten Flüchtlingen aus Afrika nicht gegeben ist (siehe Seite 4). *Bel*



Halbzeit in Deutschland: Für die Fußballstars beginnt in den WM-Stadien jetzt der Ernst des Lebens – die K.O.-Runden stehen an. Nur die Weltmeisterschaft der künstlich intelligenten Kicker ist bereits entschieden (siehe Seite 5). Mehr zum deutschen Patriotismus auf Seite 24.

Foto: pa

Dumm durch Wucht der Bilder

Studie untersucht Zusammenhang zwischen Schulleistungen und Medienkonsum

Von HANS HECKEL

Hersteller und Vertreiber von Videospielen beteuern ebenso wie Fernsehmacher gern, daß ihre Angebote kaum einen negativen Einfluß auf die Jugend hätten. Auch junge Menschen seien imstande, Illusion und Wirklichkeit, soll heißen: Bildschirm und wahres Leben, zu unterscheiden. Daß die jungen Amokläufer, die in den vergangenen Jahren Deutschland schockierten, durchweg rege Konsumenten von Gewaltvideos und brutalen Computerspielen waren, wird gern als tragischer Einzelfall abgetan. Eine neue Studie beweist das genaue Gegenteil: Computer, Spielkonsolen und reichlicher TV-Konsum lassen demnach die Kinder verdummen. Sie tritt damit auch der Behauptung von Medien- und Spieleproduzenten entgegen, daß deren Angebote die jungen Menschen durch die dargebrachten Informationen und den spielerischen Umgang mit dem technischen Gerät weiterbildeten und für die moderne Welt fit machten.

In einer breit angelegten Studie will das „Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen" (KFN) unter der Leitung des Kriminologen Christian Pfeiffer herausgefunden haben, daß sich insbesondere Computerspiele äußerst negativ auf die schulischen Leistungen der Kinder auswirken.

Die Forscher des KFN haben 6 000 Viert- und 17 000 Neuntkläßler in elf Städten und Regionen nach ihrem schulischen Umfeld und ihrer Freizeitgestaltung befragt und dabei ermittelt, welche Medien sie nach Schulschluß nutzen. Die Ergebnisse wurden dann abgeglichen mit den schulischen Leistungen in Deutsch, Mathematik und Sachkunde.

Ergebnis: Am besten schneiden die Schüler ab, die keins der genannten Geräte zur ständigen Verfügung haben. Am schlechtesten diejenigen, die sowohl einen eigenen Fernseher als auch einen Computer und eine Spielkonsole ihr eigen nennen. In Dortmund beispielsweise besitzen von den befragten männlichen Viertkläßlern beinahe zwei Drittel ein eigenes Fernsehgerät, bei den Mädchen immerhin knapp 50 Prozent. In München verfügen nur 28 Prozent der gleichaltrigen Jungen und 17,6 Prozent der Mädchen über eine Glotze im Zimmer. Auch bei Spielkonsolen und Computern sind die Dortmunder um ein mehrfaches „besser" ausgestattet als ihre Münchner Kameraden. Bei den schulischen Leistungen schnitten die Münchner im Pisa-Vergleich jedoch deutlich besser ab als die jungen Dortmunder.

Kein Zufall, behauptet KFN-Leiter Pfeiffer gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen": Die Flut der Eindrücke, denen die Kinder im TV, am Computer oder in Videospielen ausgesetzt seien, überlagere die Schulbildung. Wegen der Wucht der Bilder im Kopf könnten sie dem Unterricht kaum in dem Maß folgen wie jene Alterskollegen, die den vorigen Nachmittag beim Spielen mit Freunden, mit Sport oder Musizieren verbracht hätten.

Pfeiffer verweist indes darauf, daß Dortmund auch die ärmere Stadt sei, in der der durchschnittliche Bildungsgrad der Eltern niedriger sei als etwa im reichen München, wo Anregung und gezielte Förderung durch das Elternhaus wegführten vom stupiden Herumhängen an Bildschirmen.

KLAUS D. VOSS:

Fehlstart

Mit sechs Monaten Anlauf sollte es der ganz große Reformschritt werden – der dringend notwendige Umbau unseres Gesundheitssystems. Wer, wenn nicht die Experten dieser Regierung mit der Kraft einer Großen Koalition im Rücken könnte es schaffen, die medizinische Versorgung langfristig und zu erträglichen Konditionen zu sichern.

Das magere Ergebnis nach der ersten Verhandlungsrunde überrascht schon nicht mehr, es paßt in die Kollektion der Kleinlichkeiten aus dem Hause Merkel-Müntefering. In den Koalitionsvereinbarungen war das Gesundheitswesen gänzlich ausgeklammert worden, weil sonst das schwarz-rote Bündnis nicht zustande gekommen wäre. Auch jetzt will niemand den sanften Lauf der Regierungsgeschäfte riskieren; mehr Reform wird nicht.

Daß nach einem halben Jahr Bedenkzeit vielleicht doch etwas mehr herauskommen sollte als die angedrohte Fortschreibung zu noch mehr Bürokratie, noch mehr organisierter Verschwendung und Besitzstandswahrung, das steht dahin. Neue Begriffe wie Fonds oder Pool-Finanzierung sind vielleicht originelle Wortbeiträge, sie beschreiben aber nur die alten Fehlentwicklungen: Es wird immer mehr Geld in das System der Großverdiener gepumpt, jetzt auch noch Steuermittel, ohne die effiziente Verwendung zu sichern.

Die Reformstrategen lassen eines außer acht – die Versicherten. Wenn es nicht gelingt, die Menschen wirklich auf mehr Verantwortung für sich selbst zu verpflichten und eine vernünftige Lebensführung auch in der Beitragsgestaltung zu honorieren, dann bleibt es bei dem teuren „Greife, was du kannst"-Gesundheitswesen.

Verzerrtes Bild

Zentralrat der Juden schlägt neue Töne an

Von KLAUS D. VOSS

Seit Charlotte Knobloch die Nachfolge von Paul Spiegel angetreten hat, ist der Zentralrat der Juden um eine betont sachliche Diskussion bemüht. Die neue Präsidentin hatte gleich nach Amtsantritt in einem Interview mit „Deutschlandradio Kultur" der Regierung vorgehalten, nicht entschieden genug Darstellungen Deutschlands als fremdenfeindliches Land entgegengetreten zu sein. Rechtsextremistische Übergriffe nannte sie „einzelne Auswüchse, die man absolut verurteilen muß". Doch: „Ich habe Angst, daß das Bild von Deutschland ganz verzerrt in der übrigen Welt dargestellt wird. Das hat dieses Land nicht verdient."

Der Generalsekretär des Zentralrats, Stephan Kramer, forderte in der „Netzeitung" einen Neubeginn bei der Vermittlung des Themas Nationalsozialismus. „Nur, weil jemand Deutscher ist, ist er nicht schuldig. Es gibt keine Kollektivschuld." Die Art und Weise, wie die Bildungsarbeit zum Holocaust betrieben wurde, sei völlig kontraproduktiv.

Der Bundesregierung empfahl Kramer, die Programme zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zu überprüfen: „Wir müssen etwas dagegen unternehmen, daß bestimmte Lobby-Gruppen, die ständig auf der Suche nach neuen Finanzierungsquellen sind, von den Geldern profitieren." Das Geld sei in der klassischen Jugendarbeit besser eingesetzt.

Willkommen in »LeninLand«

Name des Revolutionsführers als Markenzeichen für einen Freizeitpark

Von M. ROSENTHAL-KAPPI

Der gute alte Lenin würde sich wohl im Mausoleum umdrehen, wenn er erführe, was die Enkel der Revolution ausgerechnet in seiner Geburtstadt Simbirsk – 1924 zu seinen Ehren in Uljanowsk umbenannt (nach Lenins bürgerlichem Namen Wladimir Iljitsch Uljanow) – vorhaben: Schon in Kürze soll ein ultramoderner Vergnügungspark mit dem an Disneyland erinnernden Namen „LeninLand" entstehen.

Neben historischen Informationen über die Sowjetunion steht der Freizeitcharakter im Vordergrund. Als besondere Attraktionen werden den Besucher lebensnahe Eindrücke aus dem sozialistischen Alltag geboten: Auf dem originalgetreu nachgebauten Roten Platz finden täglich Maiparaden statt, ein sprechendes Lenindenkmal verkündet dessen wichtigste politische Parolen. Wem Anschauen noch nicht den rechten „Kick" verpaßt, kann an interaktiven Experimenten teilnehmen, sich beispielsweise als Arbeiter auf einer Kolchose verdingen, wo er lernt, Kühe zu melken oder Butter zu schlagen. Als Entlohnung gibt es Schwarzbrot. Selbstverständlich wird der Vergnügungswillige dabei auf Schritt und Tritt von unsichtbaren KGB-Agenten überwacht, Verhaftungen sind inklusive. Es werden auch Viehwaggons bereit stehen, die den Verhafteten das Gefühl der bevorstehenden Deportation nach Sibirien vorgaukeln sollen.

Pläne zu einem solchen Freizeitpark existieren schon länger, und zwar vom Gouverneur der Region Uljanowsk, Sergej Morosow. Hintergrund ist, daß die bereits existierende Lenin-Gedenkstätte, die sich in einem monumentalen Park am Ufer der Wolga über 12 000 Quadratmeter erstreckt, nicht mehr genügend Besucher anlockt. Zu ihrer besten Zeit kamen an die 17 000 Besucher täglich, heute sind es nur noch 100. In den vergangenen Jahren hatte der Gouverneur viele Ideen – von einem Skulpturenfriedhof für Sowjetdenkmäler, die andernorts abgebaut wurden, bis zu einem Skistandort an der Wolga mit der Bezeichnung „Leninhügel" – die Umsetzung scheiterte jeweils am Unwillen der Investoren. Das soll nun dieses Mal anders sein, da Morosow einen Investor für „LeninLand", einen bislang unbekannten Amerikaner, gefunden haben will.

Altkommunisten in Uljanowsk zeigen sich entsetzt über diese Pläne. Sie befürchten, daß sowjetische Symbole ausgebeutet würden und Lenin, der nach wie vor große Verehrung im Land genießt, als Monster dargestellt werde.

Gouverneur Morosow hat jedoch keinerlei Skrupel bei der Vermarktung der sowjetischen Vergangenheit. Er zeigt sich amerikanisch geschäftig und spricht von Lenin als gutem „Brand" (Markenzeichen). „LeninLand" werde seiner Einschätzung nach viele zahlungskräftige Touristen in die wirtschaftlich florierende Region locken.

DIESE WOCHE

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

Die Schulden-Uhr:

Sozialstaat als Bürde

Derzeit häufen sich die Negativmeldungen über die finanziellen Folgen der Fehlplanungen bei Hartz IV. Aber es sind nicht nur die beträchtlichen Kosten für Hartz IV., was den sowieso schon verfassungswidrigen Haushalt 2006 belastet. Insgesamt stellen die hohen Sozialausgaben eine Bürde dar. So fließen von jedem ausgegebenen Euro der öffentlichen Hand rund 70 Cent in die soziale Sicherung. Hinzu kommen die Zinszahlungen wegen der hohen Schuldenlast.

1.508.449.622.042 €

(eine Billion fünfhundertacht Milliarden vierhundertneunundvierzig Millionen sechshundertzweiundzwanzigtausend und zweiundvierzig)

Vorwoche: 1.507.171.897.281 €
Verschuldung pro Kopf: 18.284 €
Vorwoche: 18.268 €

(Stand: Dienstag, 20. Juni 2006, 12 Uhr. Zahlen: www.steuerzahler.de)

Vom Handy verraten

Polizei kann Mobiltelefone auf 50 Meter genau orten / Umstrittenes Gesetz

Von Klaus D. Voss

Ein Knopfdruck – und die Polizei kennt den Standort eines Handys auf 50 Meter genau – ist das die Vision einer punktgenauen Überwachung, die George Orwells düsteren Prognosen vom „Big Brother"-Staat bedenklich nahe kommt?

Die brandenburgische Polizei will ein in Fachkreisen als „Handy-Catcher" bekanntes Gerät zur Ortung von Mobiltelefonen einsetzen, daneben auch andere Neuentwicklungen aus dem Bereich der elektronischen Kommunikation als Fahndungs- und Überwachungssysteme nutzen.

Daß die geplante Novelle zum Polizeigesetz aus dem Haus von Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) doch erheblich Staub aufwirbeln wird, ist inzwischen allen klar. Andere Bundesländer haben ähnliche Pläne und wollen folgen; Hessen ist das Kunststück gelungen, sein neues Polizeigesetz mit vergleichbaren Regelungen ohne größeres bundesweites Aufsehen zu verabschieden.

Nicht nur die Datenschutzbeauftragten sind durch den brandenburgischen Referentenentwurf alarmiert; Dagmar Hartge aus Potsdam sprach von einer „brisanten Mischung neuer Technologien". Die SPD warnte vor zu weitgehenden Eingriffen in die Bürgerrechte, die Zustimmung des größeren Koalitionspartners im Potsdamer Landtag gilt als offen. Die Linkspartei/PDS erinnerte sich schon einmal an den Begriff „Polizeistaat ".

Darum geht es dem Innenministerium: Zwar werde immer die Abwehr von Terroristen zur Begründung für neue Einsatzmittel angeführt, meinte Schönbohms stellvertretender Pressesprecher Geert Piorkowski, aber der Alltag der Polizei sei ein ganz anderer. „Die neue Ortungstechnik hilft bei der Suche nach vermißten Kindern und Jugendlichen"– das komme fast täglich vor. Das Gerät werde vermißte Personen aufspüren können, bevor Schlimmes passiere. Schließlich liege die Handy-Ausstattungsquote in dieser Altergruppe bei 80 Prozent. Da sei die polizeiliche Intervention bei drohenden Terrorakten allenfalls „der Extremfall".

> Brandenburgs Vorstoß erregt die Datenschützer

Brandenburg will außerdem die Videoüberwachung gefährdeter Zonen bei Bedarf generell ermöglichen, bisher können die Kameras in einem begrenzten Versuch nur an vier Orten im ganzen Land eingesetzt werden.

Automatische Kennzeichen-Lesegeräte sollen die Nummernschilder vorbeifahrender Autos erfassen, speichern und gesuchte Fahrzeuge herausfiltern – die Geräte werden seit Jahren in den Niederlanden verwendet, seit kurzem testweise auch in Hamburg. Der Computer schlägt Alarm, wenn ein gesuchtes, weil gestohlenes Autokennzeichen entdeckt wird. Einsatzgebiete in Brandenburg sollen auch der Grenzraum und die Autobahnen nach Osteuropa sein.

> Die Teilnehmer einer Demonstration identifiziert

Hauptstreitpunkt wird aber die Handy-Ortung sein, das scheint jetzt schon klar. Auch die Polizeigewerkschaft GdP in Brandenburg hat damit „ein Problem". Bei der Handy-Ortung können schließlich auch die Mobiltelefone jener Menschen entdeckt werden, die von Berufs wegen mit vertraulichen Informationen umgehen, Ärzte und Anwälte, Geistliche und Journalisten. GdP-Landeschef Andreas Schuster: „Die werden mit einem Schlag erfaßt."

Das Einsatzspektrum des „Handy-Catchers" ist in der Tat deutlich größer als Vermißtensuche und Terrorabwehr. Die Teilnehmer an Veranstaltungen oder Demonstrationen lassen sich über mitgeführte Mobiltelefone relativ genau identifizieren, auch die Insassen von Fahrzeugen bei Kontrollen, Besucher in Wohnungen oder Gaststätten – immer vorausgesetzt, das Funktelefon ist eingeschaltet. Genug Gründe, alle Aspekte, die Grundrechte und den Datenschutz berühren, gründlich abzuwägen. Der Potsdamer Referentenentwurf, der durch eine Indiskretion vorab bekannt wurde, soll jetzt den Ministerien und Fachverbänden zugeleitet werden, geplant ist die Verabschiedung des neuen Polizeirechts noch in diesem Jahr. Eines ist Pressesprecher Piorkowski heute bereits klar: „Der ‚Handy-Catcher' wird nur unter Richtervorbehalt eingesetzt werden können."



Nebeneffekt der Mobilfunk-Technik: Im Fall eines Falles kann die Polizei Handy-Besitzer schnell aufspüren Foto: avanti

So funktioniert der Trick der Fahnder

Handy-Catcher nutzen eine technische Regelung aus, durch die eigentlich der reibungslose Telefonverkehr in den Mobilfunknetzen (GSM) gewährleistet werden soll.

Jedes moderne Handy besitzt eine unveränderbare Geräte-Kennummer (IMEI) und eine weitere Kennung auf der SIM-Telefonkarte, IMSI genannt. Diese Nummern sichern die eindeutige Identifikation des Telefons beim Betrieb am GSM-Netz, zum Beispiel zur Gebührenabrechnung.

Das GSM-Netz besteht aus einer Kette von Sendern, die landesweit sogenannte Funkzellen für den Handy-Empfang aufbauen.

> Der Besitzer merkt von allem nichts

Die Mobiltelefone suchen ständig nach dem stärksten Sender, um eine möglichst gute Empfangsqualität zu halten. Findet das Handy einen stärkeren Sender als den bisher genutzten, so „bucht es um" und meldet sich zur Identifikation mit den IMEI- und IMSI-Nummern an – ohne daß der Besitzer es wahrnehmen kann.

Der 50 000 Euro teure Handy-Catcher simuliert nun einen besonders starken Mobilfunksender und „zwingt" alle Handys in seiner Reichweite, sich zu ihm umzumelden.

> Sicher sind nur die neuen UMTS-Geräte

Über die beiden Kennungen IMSI und IMEI kann das Mobiltelefon geortet, sein regulärer Besitzer festgestellt und die Spur des Handy-Trägers verfolgt werden. Dazu muß sich das Gerät nur im Bereitschaftsbetrieb befinden.

Geschützt vor der Handy-Ortung sind nur stromlos geschaltete Mobilfunkgeräte – oder die neuen und teuren UMTS-Handys. Die UMTS-Geräte fallen auf den Catcher-Trick nicht herein, weil sich bei diesem System nicht nur das Handy gegenüber dem Funknetz identifizieren muß, sondern auch das Telefonnetz gegenüber dem jeweiligen Mobiltelefon. *vs*

»Ehre sei Gott in der Höhe«

Stoiber will zum Schutz des Christentums den Paragraphen 166 ändern – Initiative droht, zum Eigentor zu werden

Von Hans Heckel

Wir halten es nicht länger für hinnehmbar, in der Öffentlichkeit beschimpft zu werden", rief Kardinal Friedrich Wetter den wartenden Journalisten zu. Der Erzbischof von München und Freising war gerade von einem Treffen von Vertretern der katholischen, protestantischen und griechisch-orthodoxen Kirchen, der jüdischen Gemeinden und dem Islamexperten und Muslim Harry H. Behr gekommen, zu dem sie der bayerische Ministerpräsident Stoiber eingeladen hatte.

Der CSU-Chef sammelt Bataillone, um den Strafrechtsparagraphen 166, der bislang religiöse Bekenntnisse vor Verunglimpfung schützen soll, spürbar zu verschärfen. Der sei „völlig stumpf und wirkungslos, weil er eine Bestrafung nur dann vorsieht, wenn der öffentliche Frieden bedroht ist und Aufruhr droht", beklagt Stoiber. In der Tat sieht der geltende Gesetzestext eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe erst vor, wenn jemand „öffentlich oder durch das Verbreiten von Schriften den Inhalt des religiösen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören". Die gleiche Einschränkung gilt nach Absatz zwei des selben Paragraphen für eine Person, die „öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften eine im Inland bestehende Kirche oder andere Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsvereinigung, ihre Einrichtungen oder Gebräuche ... beschimpft".

Aus der Einschränkung auf „friedenstörende" Beschimpfungen könnten militante Gruppen ihren Vorteil ziehen, während zurückhaltende Religionsgemeinschaften benachteiligt sind. Wie ließe sich die akute Friedensstörung besser „beweisen" als durch inszenierte gewalttätige Demonstrationen der mutmaßlich Beschimpften? Gemeinschaften, denen es aus religiösen Gründen fern liegt, öffentliche Unruhen anzuzetteln, haben unter diesen Umständen weit weniger Chancen, daß Beschimpfungen gegen sie rechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

So weit mögen vor allem Christen dem bayerischen Ministerpräsidenten folgen. Sie mußten mit ansehen, wie nach den gewaltsamen Protesten gegen die Mohammed-Karikaturen plötzlich in Kreisen über die „Grenzen der Kritik" und den „Respekt vor der Religion" lebhaft diskutiert wurde, die zuvor jeden Spott über das Christentum und seine Institutionen unter den Schutz der Meinungsfreiheit gestellt sehen wollten. Die jede Selbstverteidigung von seiten der Kirche als „Fundamentalismus" geißelten und damit in einen Zusammenhang mit dem islamistischen Terror setzten. Soll es den Christen etwa zum juristischen Nachteil gereichen, daß sie einen „Dschihad", einen „heiligen Krieg" selbst nicht führen wollen und es daher ablehnen, öffentlich Flaggen zu verbrennen oder Schlimmeres zu tun? Bedenklich jedoch, daß Edmund Stoiber ausgerechnet die Mohammed-Karikaturen anführt, um den mangelnden Schutz der Religion dingfest zu machen. An ihnen habe man sehen können, so der CSU-Chef, was passiere, wenn jemand auf den religiösen Gefühlen anderer herumtrampeln könne, ohne mit Konsequenzen rechnen zu müssen.

Der Islam zieht die Grenzen des religiös Tolerierbaren für sich äußerst eng. Vieles, was in abendländischen Gesellschaften selbstverständlich ist und auch von gläubigen Christen problemlos akzeptiert wird, gilt strengen Moslems bereits als „Beleidigung" ihres Glaubens. Solche Strenggläubigen werden nicht zögern, einen verschärften Paragraphen 166 für ihre Zwecke zu nutzen.

Stoiber, die christlichen Kirchen und die jüdische Gemeinde sollten sich vorsehen, daß sie mit ihrer Initiative kein Eigentor landen. Eine etwaige Neufassung des Paragraphen 166 muß diese Gefahr von vornherein bannen.

Sehr dumm

Von HARALD FOURIER

Wo es kein Gespräch mehr gibt, beginnt die Gewalt", wußte schon Sokrates. In der Nacht zum vergangenen Sonnabend bekam dies ein 20jähriger aus Potsdam zu spüren. Der Malerlehrling verblutete vor einer Kneipe, die von einem Türken geführt wird.

Es ging nicht um Hautfarbe, nicht einmal um Fußball. Deutsche und vorderasiatische, vornehmlich türkische Jugendliche gerieten aneinander – mittendrin das spätere Opfer David F. Die orientalischen Krawallbrüder wurden von den deutschen Stammgästen vor die Tür gesetzt, das Tor dichtgemacht. Als David F. unmittelbar danach das Lokal verließ, wurde er mit einem Messer attackiert. „Er ist in sein Verderben gerannt", sagte ein Augenzeuge. Alles spricht für einen Racheakt. David F. soll die Schlägerei vom Zaun gebrochen haben. Inzwischen ist auch der mutmaßliche Täter, ein 18jähriger Afghane, inhaftiert worden. Gegen ihn besteht dringender Tatverdacht.

Zu Ostern erst hatte eine beinahe tödliche Kneipenschlägerei den Generalbundesanwalt auf den Plan gerufen. Die zwei vermeintlichen Täter wurden von einem Sonderkommando gestellt und wie Al-Kaida-Terroristen in Guantanamo Bay behandelt. (Der Hauptverdächtige wurde übrigens gerade wegen Verdunkelungsgefahr wieder in Haft genommen. Hier nimmt es der Rechtsstaat sehr genau!)

Aber diesmal ist das Opfer ein Deutscher, der Täter ein Afghane, und die Behörden operieren mit der Abgeklärtheit, die auch in dem Fall vom Ostersonntag wünschenswert gewesen wäre: Es gebe keine Anhaltspunkte für eine politisch motivierte Tat, heißt es.

Einen Tag später gab es in Schönefeld eine Rangelei von zehn Jugendlichen. Vier Angreifer sollen sechs Opfer überfallen und mit rassistischen Parolen beschimpft haben. Wenn die Angreifer nicht gerade Bud Spencer und Terrence Hill waren, dann waren sie sehr mutig oder sehr dumm. Danach sind zwei der mutmaßlichen Angreifer und eines der mutmaßlichen Opfer mit Verletzungen in Krankenhäusern aufgetaucht.

Sofort hat die Skandalpresse daraus ein „Nazi-Blutbad in Schönefeld" („Berliner Kurier") kreiert. Denn das Opfer kommt aus Äthiopien, die beiden Täter sind Einheimische.

Montagfrüh erfuhr der Leser der „Berliner Zeitung" auf der Titelseite von dem „rassistischen Überfall". Auf Seite 24 – im Lokalteil – stand dann, daß der Äthiopier nur ambulant versorgt wurde, sich die beiden „Nazis" aber mit schweren Kopfverletzungen in stationärer Behandlung befänden.

Hält Merkel ihr Wort?

Gedenken an den Volksaufstand: Stalinismus-Opfer fordern »Platz des 17. Juni« in Berlin



Vorkämpfer der deutschen Einheit gewürdigt: Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) gedachte der Helden des 17. Juni in der Hauptstadt

Foto: Schleusener

Von MARKUS SCHLEUSENER

Das immer dreistere Auftreten früherer Stasioffiziere verlieh dem diesjährigen Gedenken an den 17. Juni 1953 eine besondere Brisanz. Auf der offiziellen Trauerfeier der Bundesregierung und des Berliner Senats auf dem Friedhof Seestraße in Berlin-Wedding sprach Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) vor einem deutlich zahlreicheren Presseaufgebot als sonst an diesem Jahrestag.

Am Eingang zum Friedhof demonstrierte die Junge Union. Auf den JU-Plakaten war „Rot-Rot, schämt euch" zu lesen. Hauptziel der Kritik war Berlins PDS-Kultursenator Thomas Flierl („Herr Flierl, Täter müssen Täter bleiben"). Außerdem war ein Plakat zu sehen, auf dem Gitterstäbe abgebildet waren. Dazu hieß es in Anspielung auf Flierls verharmlosende Worte für die MfS-Verbrecher: „Hier waren keine ‚Zeitzeugen' am Werk!"

Flierls Genossin Petra Pau gehörte indes wie in den Vorjahren zu den Teilnehmern der Kranzniederlegung. Die Bundestagsvizepräsidentin – gerade von einer USA-Reise zurückgekehrt – stellte sich demonstrativ neben Marianne Birthler, die Leiterin der Gauckbehörde, und schüttelte später den Überlebenden des Volksaufstands die Hand. Ihr Gesichtsausdruck verriet, wie ungewöhnlich dieser Termin für sie nach wie vor ist. Ebenso mürrisch wirkte CDU-Spitzenkandidat Friedbert Pflüger, der neben Birthler und Pau hinter der Absperrung teilnehmen mußte, während der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit im Mittelpunkt der Zeremonie stand.

Wolfgang Tiefensee, der in der DDR den Dienst an der Waffe verweigert hatte, sprach sich für eine Ehrenpension oder Opferrente für SED-Opfer aus. Dies sei im Bundestag auf den Weg gebracht. Der Minister wünscht, daß dies „so schnell wie möglich" umgesetzt werde, und beendete seine kurze Ansprache vor der Kranzniederlegung mit den Worten: „Gedenken wir dieser tapferen Männer und Frauen, und nehmen wir dieses Gedenken zum Anlaß, auch weiterhin für Zivilcourage zu streiten".

Neben Tiefensee (für die Bundesregierung) und Klaus Wowereit (für den Senat) nahmen noch Christoph Stölzl (CDU) für das Berliner Abgeordnetenhaus und Carl-Wolfgang Holzapfel als Vorsitzender der „Vereinigung 17. Juni" an der Kranzniederlegung teil.

Für Holzapfel war es ein Moment der Genugtuung. Vor genau einem Jahr war der DDR-Regimegegner vor dem Berliner Bundesfinanzministerium in den Hungerstreik getreten (*PAZ* 26/05). Damals wollte Holzapfel erreichen, daß die Fototafeln, die an den Aufstand gegen die sowjetische Fremdherrschaft erinnerten, wieder an dem Ministerialgebäude aufgehängt werden. Die Gedenktafeln hatte der damalige Amtsinhaber und Hausherr Hans Eichel in einer Nacht-und-Nebel-Aktion entfernen lassen.

Holzapfel brach seinen Hungerstreik ab, als ihm von seiten der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel versichert wurde, nach ihrer Wahl zur Kanzlerin werde sie sich dafür einsetzen, daß die Tafeln wieder angebracht würden. Dieser Ankündigung ließ die inzwischen Gewählte aber bislang keine Taten folgen. Doch Holzapfel hat nicht lockergelassen und nach seinem Hungerstreik ein Konzept erarbeiten lassen. Dieses sieht eine Umwandlung des Platzes vor dem ehemaligen Luftwaffenministerium in eine Gedenkstätte mit dem Namen „Platz des 17. Juni" vor. Hier trafen 1953 die Demonstranten auf die Rote Armee.

Immerhin: In diesem Jahr gab es erstmals eine stille Kranzniederlegung durch den Regierenden Bürgermeister vor dem Ministerium, dem sich auch das Abgeordnetenhaus angeschlossen hat. Holzapfel kommentierte dies gegenüber der *Preußischen Allgemeinen*: „Damit ist eines unserer wichtigsten Ziele erreicht: Das Gedenken ist nach 16 Jahren endlich nicht mehr nur im Westen, sondern es findet auch im ehemaligen Ostteil statt."

Er kündigte an, hart bleiben zu wollen in der Frage der Umbenennung des Platzes und des Wiederaufhängens der Tafeln. Zum Regierenden Bürgermeister besteht seitens der 17.-Juni-Aktivisten inzwischen immerhin ein Kontakt. Weniger gut ist das Verhältnis zu dem neuen Hausherren des Gebäudes. Auch Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) weigere sich strikt, die Tafeln wieder aufzuhängen, sagt Holzapfel.

Eine Stunde nach der offiziellen Feier organisierte die örtliche SPD die demonstrative Niederlegung von eintausend Rosen vor dem Gebäude. Auch hier verstärkte sich der Eindruck, daß in der regierenden SPD der Widerstand gegen die Fototafeln bröckelt. Neben der Vereinigung 17. Juni macht sich Alexandra Hildebrandt, die Chefin des Mauermuseums „Checkpoint Charlie", für das Wiederanbringen der historischen Bilder stark. Berlins stellvertretender SPD-Vorsitzender Christian Hanke, der auch gleichzeitig stellvertretender Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte ist, sagte wörtlich: „Wenn es nach mir ginge, dann hätten sie die Tafeln hängen lassen können."

Im antikommunistischen Untergrund

Per Luftballon oder als Heine-Buch getarnt: Wie die SED-Propaganda in den 50ern unterlaufen wurde

Von HARALD FOURIER

Ost-Berlin: In der S-Bahn sitzt ein Mann. Er liest eine Festschrift, die ihn als obrigkeitshörigen Staatsbürger erscheinen läßt. Der Titel: „Rede des Vorsitzenden des Politbüros des Zentralrats der SED Walter Ulbricht auf dem dritten Parteitag über den Aufbau des Sozialismus."

Einer von uns, denken die Staatsspitzel und schenken dem Fahrgast keine weitere Aufmerksamkeit. Was sie nicht wissen: Nur der Umschlag weist auf einen SED-nahen Inhalt hin. Im Innern befindet sich keine SED-Propaganda, sondern Wolfgang Leonhards „Die Revolution entläßt ihre Kinder".

Begebenheiten wie diese – noch nicht einmal 50 Jahre her – hat es tausendfach gegeben. Allein das antikommunistische Leonhard-Buch wurde vom Ostbüro der SPD 15 000mal mit falschem Umschlag in die Sowjetzone geschafft. Es ist nur ein kleines Mosaikstück aus dem vergessenen Kapitel „Widerstand in der frühen DDR".

Für den „Bund der Stalinistisch Verfolgten" (BSV), einen der Vereine, der die Opfer kommunistischer Willkürherrschaft vertritt, war der diesjährige 17. Juni Anlaß für eine Vortragsveranstaltung über den Widerstand in jenen ersten Jahren der DDR. Zwei Tage vor dem traurigen Jahrestag berichtete der Journalist und Historiker Friedrich Schlomann über seine eigene Arbeit und die anderer Widerstandsgruppen.

Dabei schilderte er Begebenheiten wie das Einschleusen von antikommunistischer Literatur in die Sowjetzone. Schlomann, selbst CDU-Mitglied in Schwerin, hat unter anderem George Orwells „1984" nach Leipzig geschmuggelt. Der Umschlag wies das Buch als einen Gedichtband von Heinrich Heine aus. Für Schlomann waren solche Untergrundtätigkeiten notwendig, weil offene Opposition „ab 1948 unmöglich" wurde. Der Zeitzeuge präsentierte alte Flugblätter, die heute in Archiven liegen und „die man nirgendwo mehr sieht".

Schlomanns Vortrag konzentrierte sich auf die beiden führenden antikommunistischen Widerstandsgruppen: die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" (KGU) und den "Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen". Die Aktionen dieser Gruppen sprechen noch heute für den erheblichen Einfallsreichtum der SED-Gegner. So brachte die KGU Briefmarken in Umlauf, die geringfügig abgewandelt wurden: Statt „Deutsche Demokratische Republik" war "Undeutsche, Undemokratische Diktatur" darauf zu lesen. Zudem wurden Flugblätter mit allen möglichen Methoden, darunter auch per Luftballons, millionenfach verteilt.

Eine andere beliebte Methode war das Verschicken von Oppositionszeitschriften per Post. Schlomann erinnert sich: "Die Umschläge durften nicht gleich aussehen, mußten jeweils mit anderen Schreibmaschinen betippt werden. Am besten auch auf anderen Umschlagformaten. Den Absender mal hinten, mal vorne."

Es ist klar, daß jeder Unterstützer einer Widerstandsgruppe daher kaum mehr als zehn Briefe am Tag auf den Weg bringen konnte. Um die Empfänger solcher Schriften nicht zur Zielscheibe von staatlicher Willkür zu machen, wurden die Schreiben wahllos an alle möglichen Personen verschickt, auch an Regime-Treue und SED-Funktionäre. So konnte jeder behaupten, die Briefe per Zufall erhalten zu haben.

1954 gelang den Untergrundkämpfern ein besonderer Coup: Auf täuschend echtem DDR-Regierungsbriefpapier wurden ausländische Rüstungslieferanten wie die Türkei informiert: Bitte stoppen Sie alle Lieferungen, wir können unsere Verbindlichkeiten nicht mehr bezahlen, stand darin zu lesen. Schlomann: „Mit diesen Aktivitäten haben wir die DDR-Führung und ihre Geheimdienste erfolgreich gelähmt."

Andere KGU-Plakate verkündeten eine 20prozentige Preissenkung in den Läden der staatlichen „Handelsorganisation" (HO) und führten zum Kundenansturm auf die Einzelhandelskette. Da wußte natürlich niemand etwas von einer Preissenkung. Die Kunden gerieten in Rage und die DDR-Führung war in helle Aufregung versetzt.

Erst zum Ende der 50er Jahre stabilisierte sich die Herrschaft der SED. Der Widerstand gegen die Willkürherrschaft ließ nach, der Westen begann sich mit dem Status quo abzufinden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten auch die politischen Parteien im Westen (CDU, FDP, SPD) den Widerstand unterstützt. In den ersten Jahren der Teilung arbeiteten die demokratischen Parteien im Westen noch auf einen Sturz des Regimes hin, auf den sie sich vorbereitet wähnten. Doch jetzt wurden die Ostbüros aufgelöst und – Schritt für Schritt – der Kontakt zu den Ost-Machthabern gesucht.

Das Ergebnis sei gewesen, daß 1989 – von patriotischen Außenseitern abgesehen – niemand mehr für den Sturz der SED-Herrschaft und die Wiedervereinigung eingetreten sei oder daran geglaubt habe. „Schon gar nicht die DDR-Widerstandsgruppen, die wollten davon genauso wenig wissen wie der Westen", so Schlomanns bitteres Fazit.

Mauerrest wird zerstückelt

Das letzte längere Fragment der Berliner Mauer wird teilweise abgerissen. Das 1,3 Kilometer lange Teilstück der ehemals 155 Kilometer umfassenden Sperranlage rund um West-Berlin, das sich am Südrand des Bezirks Friedrichshain befindet, war 1991 von Künstlern aus 24 Ländern bemalt worden. Unter dem englischen Titel "East Side Gallery" soll es seitdem an das Verbrechen der Teilung Deutschland erinnern.

Nun wird ein 45 Meter langer Abschnitt aus dem Mauerfragment herausgebrochen, weil die amerikanische „Anschutz Entertainment Group" für ihre gegenüber geplante „Anschutz-Arena" einen Zugang zur Spree fordert.

Denkmalschützer beklagen, daß mit dem Durchbruch der Eindruck der Unüberwindbarkeit, den das Mauermahnmal dem Besucher vermittelt habe, verlorengehe. Derweil hat Anschutz bereits Nachahmer gefunden: Das katholische Kolpingwerk hat angekündigt, ein benachbartes Grundstück bebauen zu wollen und für Durchfahrten den Abriß eines weiteren Teils der Restmauer beantragt. *H.H.*

Zeitzeugen

Levi Strauß, geboren am 26. Februar 1829 als Löb Strauß in Buttenheim bei Bamberg, verließ 1847 mit seiner Mutter und zwei Schwestern Deutschland aus wirtschaftlicher Not. Der Vater – mal als Hausierer, mal als Tuchhändler beschrieben – war an Tuberkulose verstorben, als Löb 16 war. In Amerika nannte sich Löb Levi, betrieb eine Textilhandlung mit seinen bereits ausgewanderten Brü-



dern. Mit dem Goldrausch zog er an die Westküste. Angeblich mußte er alles bis auf etwas Leinenstoff unterwegs verkaufen. Die legendäre Jeans entwickelte der Gebrauchswarenhändler aber nicht aus diesem Ballen, sondern erst 1872. Inspiriert von Goldgräbern entwarf er robuste Hosen mit Nieten (von Pferdegeschirren) an den Taschen – zuerst auch braune. 1873 wurden sie patentiert, aus Geldmangel ein Mitinhaber geführt. Noch im selben Jahr verkaufte Strauß fast 6000 Denim–Hosen und Mäntel. Seine Firma ist heute einer der größten Jeanshersteller der Welt. Strauß starb am 26. September 1902 in San Francisco.

Wernher von Braun, geboren 1912 im westpreußischen Wirsitz, begeisterte sich als mathematisches Talent (vorzeitiges Abitur mit 17) früh für Astronomie. Als Jugendlicher experimentierte er mit Raketen. Besonders inspirierte ihn der Physiker Hermann Oberth mit dem Buch „Rakete zu den Planetenräumen“ (1923). Nach dem Studium an der Berliner Technischen Universität und anschließender Promotion in Physik (1934)



leitete er bereits 1937 (bis 1945) als technischer Direktor die Heeresversuchsanstalt Peenemünde auf Usedom, trat im selben Jahr in die NSDAP ein (1940 in die SS). Er entwickelte die V1- und V2-Raketen: „Wir haben diese Rakete gebaut, um das Tor zu anderen Welten zu öffnen.“ Braun beteiligte sich auch nach 1945 an militärischer Rüstung – diesmal für die USA. Er war wesentlich an der Entwicklun atomarer Mittelstreckenraketen beteiligt, gilt als Vater des US-Raketen- wie -Mondprogramms. 1955 wurde er US-Bürger. Der Visionär der Raumfahrt starb 1977 in Alexandria (Virginia), USA.

Caspar von Geismar, geboren 1783 in Athen, entstammte einem alten Adelsgeschlecht aus Warburg (heute Nordrhein-Westfalen). Mit 15 Jahren trat er in die österreichische Armee ein. Nach deren Niederlage gegen Napoleon bei Austerlitz 1805 kämpfte er für



Rußland weiter, erlebte den Rückzug Napoleons aus Rußland wie die Völkerschlacht bei Leipzig 1813. Er bewahrte Weimar vor der Zerstörung durch Napoleon, betrat angeblich als erster russischer Soldat der Befreiungskriege französischen Boden und erhielt den höchsten russischen Militär-Orden. Der General-Adjutant des Zaren starb 1848 in St. Petersburg.

Die Guten sind erwünscht

Deutschland ist ein »Einwanderungsland«, aber nicht um jeden Preis

Von Hans Heckel

Wer wollte jetzt noch bestreiten, daß Deutschland ein Einwanderungsland ist? Der wieselflinke Stürmer mit dem ghanaischen Vater, David Odonkor, entzückt die Nation und draußen jubeln schwarz-rot-gold schwenkende türkische Fans jubelnd auf den Plätzen, wo die Großleinwände stehen. Da haben wir es doch! Selbst die entschiedenen Kritiker von „Multikulti“ mag der gar nicht unangenehme Verdacht beschleichen, daß sie vielleicht unrecht hatten mit ihren Befürchtungen. Sie mögen sich fühlen wie eine glücklichere Kassandra, die nichts fröhlicher gestimmt hätte als die Einsicht, falsch gelegen zu haben mit ihren düsteren Prophezeiungen.

Doch Entscheidungen aus Überschwang sind selten weise.

Die Debatte „Einwanderungsland oder nicht“ erscheint vor allem deshalb oft als verbohrtes, inhaltsarmes Fingerhakeln um einen Begriff, weil die streitenden Parteien – und zwar beide! – das Wort sinnverkehrt gebrauchen. Eigentlich müßte die Stoßrichtung beider Lager genau entgegengesetzt verlaufen:

Als der bayerische Innenminister Günther Beckstein vor Jahren forderte, Deutschland solle die Ausländer hereinlassen, „die uns nützen, statt die, die uns ausnützen“, bezog er von der sogenannten „Einwanderungslobby“ heftige Prügel. Dabei hatte der CSU-Politiker nichts anderes getan als das Grundprinzip benannt, nach dem alle Einwanderungsländer handeln.

Wer ein Land schon deshalb als „Einwanderungsland“ betitelt, weil in ihm eine gewisse Anzahl von Menschen ausländischer Herkunft ihre dauerhafte Bleibe gefunden hat, hat damit praktisch sämtliche Länder der Welt beschrieben – denn dieser Befund trifft auf alle zu, selbst auf die ärmsten und entlegensten. Überall wird der Besucher auf Menschen treffen, die fremder Herkunft sind. Der Unterschied zwischen den Begriffen „Land“ und „Einwanderungsland“ wäre so gesehen derselbe wie zwischen „Wasser“ und „nassem Wasser“ – also gar keiner.

Sozialamt der Welt – Deutschland nimmt fast jeden auf

Doch die Realität sieht anders aus: Einwanderungsländer unterscheiden sich von anderen Ländern dadurch, daß sie Art und Umfang der Einwanderung gezielt steuern. Sie folgen dabei exakt der Maxime, die Beckstein kurz und knapp umschrieben hat: dem nationalen Eigeninteresse. Die Anliegen derer, die gern einwandern würden, werden bestenfalls an zweiter Stelle berücksichtigt, wenn überhaupt. Genau dies aber bekämpft die „Einwanderungslobby“ mit allen Mitteln. Es sollen gerade nicht die Interessen Deutschlands sein, die darüber entscheiden, ob jemand herein darf oder nicht. Bis hin zu der Maximalforderung „Grenzen auf für alle“ sollen allein die Anliegen derer zählen, die kommen wollen.

Andere fragen nach wirtschaftlicher Nützlichkeit

Aus dieser bewußt falsch gesetzten Definition von „Einwanderungsland“ resultiert auch der Widerstand gegen den Begriff: Wohl wissend, daß Deutschland in Gefahr gerät, wenn es sich allen Erdenmenschen als möglicher Wohnsitz öffnet, auch denen, die wirtschaftlich mehr kosten als sie erbringen und / oder kulturell hohe Integrationshürden mitbringen, lehnen sie den Begriff als solchen ab.

Sobald sich die Diskussion aber von der banalen Schlagwortebene zu den Sachfragen vorarbeitet, findet ein regelrechter Polsprung statt: Jetzt (wie in der Kontroverse um die Beckstein-Äußerung) ist es die Einwanderungslobby, die sich vehement dagegen wehrt, daß Deutschland die eigennützigen Prinzipien von tatsächlichen Einwanderungsländern übernimmt. Und es sind jene, die den Begriff „Einwanderungsland“ zuvor äußerst kritisch sahen, die sich seine tatsächlichen Inhalte umgehend zu eigen machen.

Neben den zu klärenden Fragen nach wirtschaftlicher Nützlichkeit und kultureller Verträglichkeit beleuchten die Szenen schwarz-rot-gold-seliger Zuwanderer einen weiteren Aspekt, den die Einwanderungslobby mit Gewalt auszublenden trachtet: Daß kaum etwas die Integration so sehr fördern kann wie die Entwicklung patriotischer Gefühle für die neue Heimat – die freilich erst einmal vorgelebt werden müssen von den Einheimischen. Wo kein Feuer ist, da gibt es auch keinen Funken, der überspringen könnte. Die patriotischen Gegner der Einwanderungslobby entdecken allzu oft antideutsche Wallungen als die tiefere Triebkraft der „Multikultis“, welche die Fremden nur deshalb massenhaft ins Land lassen wollen, damit diese mit dem Deutschen schlußmachen. Die Verachtung dem eigenen Volk gegenüber wird bloß getarnt als Menschenfreundlichkeit den Fremden gegenüber, die in diesem Spiel nur Mittel zum Zweck sind. Wer erinnert sich nicht noch an die kalte Ablehnung, welche den Rußlanddeutschen Anfang der 90er Jahre gerade von jenen entgegenschlug, die sonst jede Zuwandererwelle begeistert begrüßten, wenn sie nur nichtdeutsch genug war.



Am Ziel der Träume: Auswanderer im Hafen von New York vor der Freiheitsstatue Foto: pa



Der Klassiker: Einwanderung in die USA

Gebt mir Eure Müden, Eure Armen, Eure zusammengepferchten Massen, die nach Freiheit lechzen“ – diese berühmten Zeilen des Gedichts „The Collosus“ (1883) der deutsch-jüdischen Amerikanerin Emma Lazarus, eingraviert zu Füßen der Freiheitsstatue, beschrieben jahrhundertelang das pathetische Versprechen der USA als Einwanderungsland.

Die heutige Realität ist freilich eine andere – als moderner Einwanderungsstaat sind in den USA genaue Regeln und Quoten, die Einwanderung kanalisieren, Standard. Ernsthaft einer Quote und damit Beschränkungen unterworfen wurde die Einwanderung erstmals 1924. Diese Quote orientierte sich anfangs an einem Länderschlüssel. Ab 1965 wurden die Reihenfolge der Antragstellung auf Immigration, die Herkunft nach Weltregion (Hemisphäre) und Fragen der Familienzusammenführung berücksichtigt. Seit 1978 gilt für die Einwanderung in die USA eine weltweit einheitliche Quote.

So erhielten im Jahr 2003 nach US-Regierungsangaben 463 204 Personen die US-Staatsbürgerschaft. Der Durchschnitt über die Jahre 1997 bis 2003 beträgt etwa 634 000. Zu den offiziellen Einwanderern kommen geschätzt 275 000 illegale Einwanderer hinzu. Deren Zahl beträgt insgesamt geschätzt fünf Millionen. Um letztere Entwicklung einzudämmen, wurde 2005 ein neues, ergänzendes Einwanderungsgesetz in Kraft gesetzt. Das Gesetz „Real ID Act of 2005“ verschärft die Regeln für politisches Asyl und des habeas corpus (Beschränkung von Haft und Haftdauer) sowie andere Einwanderungsbestimmungen. Auch die Unterstützung von illegal Einwandernden kann nun strafbar sein. Seit März 2006 erheben sich immer mehr Stimmen sowohl für wie gegen das neue Einwanderungsgesetz.

Neben Kurz-Visa und speziellen Regeln für verschiedenste Zwecke (Urlaub, Praktika, Grundbesitz oder Vermögen in den USA) bieten die US-Gesetze vier Kategorien, die legale Einwanderung ermöglichen. Erstens, man hat unmittelbare Verwandte dort, zweitens, sie dient der Familienzusammenführung, drittens aufgrund von Arbeit und viertens mittels einer „Greencard“. Kategorie drei zu entsprechen ist schwer (außergewöhnliche oder gesuchte Fachkräfte). Den meisten bleibt die Hoffnung auf die „Greencard“, die in einer speziellen Lotterie vergeben wird und jährlich 50 000 Dauervisa gewährt.

In Preußen dachte man auch an den Staat

Einwanderung im großen Stil erfolgte nur bei Arbeitskräftemangel und selbst dann nicht automatisch

Die gegenwärtige Einwanderungspolitik der Bundesrepublik Deutschland ist geprägt von Gutmenschen, welche den Staat zum Sozialamt der Welt machen wollen, sowie von Nationalmasochisten, denen die Schädigung des deutschen Volkes und die Internationalisierung seines Landes ein Anliegen sind.

Eine vergleichbare Motivation gab es in Preußen nicht. Allerdings erfolgte auch in diesen Staat Einwanderung. Das begann bereits nach der Eroberung und mit der Erschließung des Landes der Prußen durch den Deutschen Orden. Im Hohenzollernstaat war die Einwanderungspolitik – abgesehen vom Toleranzgedanken und dem Solidaritätsempfinden des Herrscherhauses gegenüber verfolgten Glaubensgenossen – geprägt vom Interesse des Staates.

So versuchte der Große Kurfürst (1620–1688) im 17. Jahrhundert durch die Ansiedlung von Hugenotten, Niederländern, Mennoniten und Juden die Bevölkerungsverluste seines Territoriums während des Dreißigjährigen Krieges (1618–1648) auszugleichen. Als nach dem Tatareneinfall von 1656 1708 auch noch die Pest nach Ostpreußen eingeschleppt wurde und bis 1711 dort wütete, reagierte der Soldatenkönig (1688–1740) darauf mit der Ansiedlung der Salzburger in dieser Provinz. Es gab also eine Symbiose. Die wegen ihres protestantischen Glaubens von ihren katholischen Landesherren vertriebenen Flüchtlinge fanden eine neue Bleibe und der Landesherr wirkte einem akutem Arbeitskräftemangel entgegen.

Eine derartige Symbiose setzt jedoch nicht nur eine entsprechende Situation des Aufnahmelandes, sondern auch eine entsprechende Qualität der Migranten voraus. Der Historiker und Migrationsforscher Klaus J. Bade verweist auf einen wichtigen Unterschied zwischen den damaligen Glaubensflüchtlingen und den heutigen Einwanderern in die Sozialsysteme, wenn er schreibt: „Es war somit insgesamt für die Glaubensflüchtlinge, die seit dem 16. Jahrhundert ins deutsche Reich kamen, typisch, daß sie nicht nur etwas wollten – eine neue Heimat, Glaubensschutz, eine neue Existenzgrundlage –, sondern daß sie auch etwas mitbrachten und in ihren Gastgeberstaat einzubringen vermochten, begehrtes Know-how, die Fähigkeit, wirtschaftliche Impulse zu geben, Arbeitskraft und Engagement, demographisches ‚Potential‘, das für die um Ausbau, Konsolidierung und Straffung bemühten deutschen Staaten von hoher Bedeutung war.“

Doch selbst Arbeitskräftemangel führte in Preußen nicht zwangsläufig zur Öffnung der Einwanderungsschleusen. Bestes Beispiel ist das 20. Jahrhundert. Über den sogenannten Rückkehrzwang sollte verhindert werden, daß Polen, die als Saisonarbeiter nach Ostdeutschland kamen, sich dort niederließen und zu Einwanderern wurden. Der eine Grund war die Sorge vor Überfremdung, der andere der Wunsch bei einem Rückgang des Arbeitskräftebedarfs entsprechend flexibel reagieren zu können. Letzteres war insbesondere der SPD und den Gewerkschaften wichtig, denn Arbeitskräfteüberschuß bedeutet Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne.

Heute ist es umgekehrt. Die Einwanderungsschleusen sind geöffnet trotz Arbeitskräfteüberschuß, und es gilt als links, jede Form von Einwanderung zu bejahen, auch die in einen überfüllten Arbeitsmarkt. *M. R.*

Deutschland gegen Iran

Bei der Fußballweltmeisterschaft der Roboter in Bremen gab es eindeutige Favoriten

Von Markus Schleusener

Bei der Roboterfußball-WM in Bremen hat Deutschland ausgezeichnet abgeschnitten. Elf der 33 Preise gingen an Teams aus dem Gastgeberland. China, Japan und der Iran belegen die darauffolgenden Plätze. Hier sind ihre Geschichten:

„Uns alle vereint ein Traum“, sagt Minoru Asada, der Chef der Robocup-Föderation. Dieser Traum soll im Jahr 2050 in Erfüllung gehen. Dann hoffen die Wissenschaftler aus aller Welt eine Mannschaft konstruiert zu haben, die gegen Menschen Fußball spielen und auch gewinnen kann.

Fußballspielende Roboter sind eine grandiose Idee, dachten sich Wissenschaftler aus aller Welt und luden 1997 zur ersten Roboterweltmeisterschaft nach Japan. In diesem Jahr fand der Robocup in Bremen statt.

Die Messehallen sind voll mit jungen Leuten und ihren Laptops. Überall schrauben und präparieren Wissenschaftler und ihr Nachwuchs (die jüngsten sind acht Jahre alt) ihre Roboter.

Es gibt verschiedene Klassen von Robotern, die vier wichtigsten heißen: Kleine, Mittlere, Vierbeiner und Humanoide. Letztere sind diejenigen, die den Menschen am ähnlichsten sehen, während die Vierbeiner Hunden gleichen. Humanoide gibt es erst seit vier Jahren beim Robocup. Sie sind noch sehr unbeholfen und brauchen Minuten, um einmal den Platz zu überqueren. Wenn sie dabei nicht umfallen, was oft genug geschieht.

Die Kleinen sind etwa so groß wie ein Kochtopf und flitzen auf Rädern über den Kunstrasen. Die Mittleren (die eigentlich die Großen heißen müßten) gelten als Königsklasse. Sie sehen so ähnlich aus wie Staubsauger und werden immer Tor-gefährlicher. Sie können Bälle über die Köpfe ihrer Kollegen hinwegschießen.

Von 440 teilnehmenden Teams kommen 97 aus Deutschland. Als zweitstärkste Nation sind nicht etwa Amerikaner oder Japaner, sondern die Iraner mit 59 Teams vertreten. Erst dann folgen die Japaner mit 45 teilnehmenden Gruppen.

Wie kommt das? Ubbo Visser, der Organisator des Robocups 2006, ist sich selbst nicht ganz sicher. Er meint: „Das ist eine alte Frage. Die Iraner stecken wohl eher in der Materie Fußball stärker drin als die Amerikaner.“

Die erste Gruppe von Iranerinnen lehnt ein Interview rundheraus ab. Warum? „Unsere Chefin hat es verboten“, sagt der männliche Betreuer der drei verschleierten Schülerinnen oder Studentinnen. Und fügt flüsternd hinzu: „Sie ist ein bißchen bescheuert.“ Die vier Iraner ziehen von dannen.

Ein genereller Maulkorberlaß scheint jedoch nicht verhängt worden zu sein. Die nächste Gruppe junger Frauen gibt bereitwillig Auskunft: Elham Abdenikooiepoor, Sepideh Zareian und Zeinab Mousarian sind 21 Jahre alt. Sie gehören zur Entwicklergruppe „Robosina“. Sie haben ein Programm geschrieben, das einer reinen Computersimulation dient. Die drei Iranerinnen beobachten gerade, wie ihr Programm gegen das der deutschen Gruppe „Brainstormers“ kämpft. Es steht unentschieden.

Die drei lässig Verschleierten studieren Softwareprogrammierung an der „Bu-Ali Sina Universität“. Sie wirken zunächst schüchtern, bleiben aber keine Antwort schuldig.

Auf die Frage, warum sie glauben, daß so viele Iraner nach Bremen gekommen sind, antwortet eine der drei: „Iraner sind eben sehr clever.“

Die Anmeldung der Gruppe alleine hat über 800 Euro gekostet, sagen sie. Für den zehntägigen Aufenthalt der Nachwuchswissenschaftlerinnen mußten ihre Familien insgesamt 12000 Euro aufbringen.

Da hatten es die Amerikaner nebenan einfacher. Eric (19) verweist auf die Sponsoren „Hewlett Packard“, „Dell“ und „Microsoft“. Er gehört zu einer Gruppe, die richtige Roboter aus der kleinen Klasse mitgebracht hat. Sein Team „RFC Cambridge“ kommt vom „Massachusetts Institute of Technology“ (MIT). RFC Cambridge ist jedoch chancenlos. Zur Halbzeit führen die „Field Rangers“ aus Singapur gegen „RFC Cambridge“ bereits 7:0.

„Die haben die Regeln geändert“, beschwert sich Eric. Der Student der Computerwissenschaft hat eben erst erfahren, daß nur ein Verteidiger in den Strafraum darf. Das ganze ist eine Art Abseitsregel. Deswegen verlieren die Amerikaner ständig. So schnell können sie ihre Programme nicht umschreiben.

Solange er aber hier ist, interessiert den jungen Amerikaner nur eins: Wo kann ich nachmittags die Spiele sehen?

Die Spiele, bei denen Menschen gegeneinander antreten, die richtigen eben. Es wird wohl – trotz aller Begeisterung – noch bis 2050 dauern, bis Computerfußball so spannend geworden ist wie Roboterfußball.





Verbissen dabei: Sogar Iranerinnen waren in Bremen vertreten, als Roboter aller Art um den Sieg kämpften. Fotos (2): Messe Bremen

Späte Einsicht

Verfassung gebietet Rückbau des Sozialstaates

Von Wilhelm v. Gottberg

Zumindest seit Schröders Agenda 2010 und Hartz IV haben Teile der Legislative und der Exekutive die Notwendigkeit erkannt, den ausufernden Sozialstaat angemessen zurückzuschneiden. Nun scheint sich diese Erkenntnis auch in der Judikative – der dritten (Teil)staatsgewalt – durchzusetzen. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Prof. Hans-Jürgen Papier hat vor wenigen Tagen in einem bemerkenswerten Pressegespräch festgestellt, daß der Rückbau des Sozialstaates von der Verfassung her nicht nur nicht verboten sei, sondern unter Umständen geboten sein könne. Er begründete diese Aussage mit dem Prinzip der Eigenverantwortung, die neben dem Sozialstaatsprinzip Grundlage der bundesdeutschen Verfassung sei.

Eine richtige, gleichwohl erstaunliche Feststellung.

Das Bundessozialgericht, das Bundesarbeitsgericht und das Bundesverfassungsgericht mit seinem Mitglied Papier haben über Jahrzehnte in einem unedlen Wettstreit mit der Legislative die Ausuferung des Sozialstaates befördert. Die Rechtssprechung der Obersten Bundesgerichte mit der ganz einseitigen Fixierung auf das im Artikel 20 GG verankerte Sozialstaatsprinzip hat dazu geführt, daß die Legislative die freiheitliche Dimension des sozialen Bundesstaates bei der Gesetzgebung vernachlässigte.

Nunmehr bedarf das Verhältnis der gebotenen Solidarität mit den Schwachen und der gebotenen und erforderlichen Eigenverantwortung des einzelnen einer neuen Austarierung.

Präsident des Verfassungsgerichtes bricht Tabu

Die Einsicht, daß der Rückschnitt des Sozialstaates unumgänglich ist, hat sich durchgesetzt, doch fehlte der politischen Klasse bisher der Mut, dies auch unmißverständlich den Menschen im Lande zu sagen. Man flüchtete sich in Formulierungen wie „den Sozialstaat zukunftsfähig machen“, „den Sozialstaat umbauen“ oder ähnliches.

Nun spricht erstmalig der Spitzenrepräsentant eines Verfassungsorgans vom Rückbau des Sozialstaates. Das ist neu. Das ist geradezu ein Verstoß gegen das System der politischen korrekten Ausrichtung.

Kommt jetzt die Kurskorrektor? Wird zukünftig wieder mehr Wahrhaftigkeit den politischen Diskurs bestimmen? Eine Schwalbe bringt noch keinen Sommer.

So tun als ob

Debatte um Ehegattensplitting schadet der Institution Ehe

Von Jürgen Liminski

Man ringt um das Ehegattensplitting, ideologische Grabenkämpfe finden zwischen den Zeitungsspalten statt. Genau das ist beabsichtigt. Die Familien sollen glauben, die Union kümmere sich um sie, aber die Verhältnisse in der Großen Koalition stünden dagegen. Nur: Diese Debatte ist ein Schattenboxen. Beide Seiten wissen, daß ein Familiensplitting teurer ist als das Ehegattensplitting, schon vor fünf Jahren hatte der SPD-Finanzexperte die Kosten vom Familienministerium ausrechnen lassen und schweigt seither. Solange diese Zahlen (rund 30 Milliarden Euro) nicht in den Zeitungen stehen, werden sie in Berlin heiß debattieren – und nichts tun. Es sei denn, sie schafften das Ehegattensplitting ab und verführen nach der Devise dieser Regierung: So tun, als ob man den Familien helfen wolle, und im Eifer des publizistischen Gefechts eine Regelung treffen, die von den Familien bezahlt wird.

So sind sie beim Elterngeld verfahren. Sie geben den Familien 1,4 Milliarden Euro und holen ihnen gleichzeitig zehn Milliarden aus der Tasche (Streichen der Eigenheimförderung, Kürzung des Kindergelds und der Pendlerpauschale, Erhöhung der Mehrwertsteuer). Ein Familiensplitting nach französischem Muster wäre durchaus angebracht. Hier haben die Eltern je den Faktor eins, die ersten zwei Kinder den Faktor 0,5 und ab dem dritten Kind jedes Kind den Faktor 1. Das zu versteuernde Einkommen einer Familie mit vier Kindern wird also durch fünf geteilt, das Ehegattensplitting ist Bestandteil des Familiensplittings. Die Verfahrensweise der Großen Koalition säe so aus: Eltern haben den Faktor null, Kinder allenfalls 0,5. Im Beispielfall würde das Einkommen durch 1,5 geteilt, nicht durch zwei wie beim Ehegattensplitting, die Regierung hätte wieder gespart – auf Kosten der Familien. Und sie würde sich laut brüsten, etwas für die Familien getan zu haben.

Bei Heirat wird Gesellschaft entlastet

Diese Debatte ist heuchlerisch. In Wirklichkeit vermischen sich in ihr, wie der Vorsitzende des Familienbunds der Katholiken in Bayern, Johannes Schroeter sagt, „steuerrechtliche Ahnungslosigkeit, Haß auf erziehende Eltern und finanzielle Gelüste zu einem widerlichen Gebräu“. Kaum jemand spricht von der Ehe als einem Wert an sich. Hier übernehmen zwei Menschen Verantwortung füreinander und das für ein ganzes Leben, jedenfalls sollte es so sein. Und dank dieser Verantwortung füreinander können Kinder aus diesem Bund gesund in die Gesellschaft hineinwachsen. Aber auch ohne Kinder hat diese Annahme „positive externe Effekte“, sie wirkt verbindlich auch nach außen, sie webt mit am Ambiente der Solidarität. Eheleute sind, so haben wissenschaftliche Studien ergeben, beruflich leistungsfähiger, emotional stabiler, psychisch und physisch gesünder. Auch das stärkt die Solidarität in der Gesellschaft. „Gerade in einer hoch individualisierten Gesellschaft ist die Institution Ehe ein kulturelles Kapital, das für den ganz überwiegenden Teil der Bevölkerung ein wichtiges Instrument seiner gesellschaftlichen Integration darstellt“ (Andre Habisch). Wer das Ehegattensplitting ersatzlos streichen will, der zeigt, daß er von dieser Institution nichts hält, daß er die Bedeutung dieses kulturellen Kapitals nicht begriffen hat und nur in Kategorien der Geld- und Lustmaximierung denkt. Wer es gut meint mit Ehe und Familie – die Verfassung nennt die Begriffe nicht umsonst immer zusammen –, der beendet die Diskussion oder führt sie so, daß das Ehegattensplitting in einem neuen Familiensplitting aufgeht. Alles andere schadet der Institution Ehe als dem Kern der Familie und damit auch diesem Land.

Jeanne d'Arc der Praktikanten

Von Rebecca Bellano

Reden ist ja gut und schön, aber manchmal muß man auch handeln. Das hat die 29jährige Berlinerin Désirée Grebel getan und Anfang April eine Online-Petition beim Bundestag eingereicht. „Der Deutsche Bundestag möge beschließen, daß Praktika von Hochschulabsolventen, die länger als drei Monate dauern und in dem Berufsbild abgeleistet werden, für das der Hochschulabsolvent ausgebildet wurde, in ein reguläres Arbeitsverhältnis umgewandelt werden.“

Mit dieser Petition hat die Journalistik- und Geschichts-Absolventin offenbar einen Nerv getroffen, denn nicht nur, daß sie innerhalb der Unterzeichnungsfrist 48000 Unterstützer für ihren Antrag gefunden hat, auch die Medien zeigten großes Interesse an dem Thema. Ob „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Tagesschau“ oder „Spiegel-Online“; mehrere überregionale Medien machten das Anliegen publik. Dabei ist Grebel nicht selbst betroffen. Zwar hat sie acht Praktika absolviert, doch die meisten waren während des Studiums und nicht danach. Und um dieses „danach“ geht es letztendlich. Es könne nicht sein, daß hochqualifizierte Universitätsabgänger für eine Vollzeitstelle nur ein Taschengeld erhalten, so Grebel. Als sie hörte, daß einem Bekannten ein Drei-Jahres-Praktikum angeboten wurde, war für sie eindeutig klar, daß es sich nur um Ausbeutung handeln könne. Im Alleingang reichte sie die Petition ein, die so viel Zulauf erhielt, daß die entsprechende Internetseite beim Bundestag zusammenbrach.

> **„Generation Praktikum“** – Seit einigen Jahren zeichnet sich ab, daß immer mehr Hochschulabsolventen nach ihrem Abschluß nicht mehr gleich in eine Festanstellung übernommen werden, sondern sich von einem mehrmonatigen, schlechtbezahlten Praktikum zum nächsten hangeln. Deshalb spricht man von „Generation Praktikum“.

Egal wie der Ausgang der Petition ist – der Bundestag muß sich nur mit dem Vorschlag beschäftigen, ihm aber nicht Folge leisten –, Désirée Grebel läßt so manche Arbeitnehmerverbände blaß aussehen. Beispielsweise den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Zwar hatte der DGB kürzlich eine oberflächliche Studie herausgegeben, die besagte, daß immer mehr Hochschulabsolventen für einige hundert Euro ausgebeutet würden, auch hatte man Diskussionsrunden mit Bundestagsabgeordneten geführt und europaweit zum Praktikantenstreik gerufen, doch das Ergebnis war dürftig. Grebel hat hingegen die Medien auf das Thema gestoßen und hofft, daß nun auch der Bundestag entsprechend auf ihre Petition reagiert.

Allerdings sind nicht alle Reaktionen auf ihren Vorschlag positiv. Einige Studenten befürchten, daß, sollte er umgesetzt werden, viele Firmen keine Praktika mehr anbieten würden und sie somit die notwendige Praxiserfahrung nicht erlangen könnten. Doch hier winkt die inzwischen Festangestellte ab. Wer die Petition genau liest, erkennt, daß hier nur die Rede von „Absolventen“ und nicht von „Studenten“ ist. Ihr geht es darum, daß junge Menschen mit Diplom, Magister oder Master nicht unter Wert beschäftigt werden. Sie haben schließlich ihre Ausbildung beendet und haben im Rahmen des Studiums Praxissemester absolviert. Diese Gruppe soll gesetzlich davor geschützt werden, für 400 Euro sozialversicherungsfrei ausgebeutet zu werden.

Durch Werbung zum Rauchen animiert? Die EU will Tabakunternehmen das Werben für ihre Produkte verbieten. Foto: epd

Von Brüssel getrieben

EU-Gesundheitskommission will Deutschland ein Tabakwerbeverbot aufzwingen

Von Sverre Gutschmidt

Die EU, genauer die EU-Gesundheitskommission, sorgt wieder einmal für politischen Sprengstoff in Berlin, treibt die Bundesregierung mit einer Richtlinie zum Verbot von Tabakwerbung in Deutschland vor sich her. Sie greift damit tief in nationale Kompetenzen ein. Ein seit Jahren anhaltender Prozeß vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) droht zuungunsten des Klägers Bundesrepublik auszugehen. Deutschland klagte, weil die EU keine Richtlinienkompetenz für Gesundheit hat, ihr Kommissar David Byrne jedoch ein Werbeverbot für Tabak in Deutschland durchsetzen wollte. Tatsächlich steht der deutsche Gesetzgeber moralisch in der Rolle des Angeklagten da. Dabei geht es letztlich um politische Kompetenz, Entscheidungsmacht und die Frage, was der Nationalstaat noch selbst regeln darf. 2003 hatte Brüssel gegen bestehende Zuständigkeiten Tabakwerbung verboten, Deutschland hatte geklagt und knickt nun – eine Niederlage, ablesbar an den Aussagen des EU-Generalanwalts, vor Augen – ein.

Es geht um Macht, nicht um Gesetze

Raucher können nicht mehr mit Verständnis rechnen. Diese vordergründige Botschaft aus Brüssel kommt an. Der Gesundheitskommission geht es darum, Deutschland als letztes Land ohne ausdrücklichen gesetzlichen Nichtraucherschutz zu disziplinieren. Das Mittel dazu allerdings ist äußerst zweifelhaft. Der Europäische Gerichtshof steht in einem Gerichtsverfahren offenbar davor, auf Initiative der EU-Gesundheitskommission Tabakwerbung endgültig zu verbannen. Das mag man inhaltlich bedauern oder nicht – die politische Unart, wie Brüssel sich seine heile Verbraucherwelt erzwingt, birgt Zündstoff.

„Wir werden demnächst einen nationalen Gesetzentwurf zum Werbeverbot auf den Weg bringen“, sagte ein Sprecher des Bundesverbraucherministeriums am vorvergangenen Dienstag. So solle weiteres „Kompetenzgerangel zwischen Berlin und Brüssel“ vermieden werden, hieß es aus dem Ministerium. Genau darum geht es der Bundesregierung bei ihrem derzeitigen vorauseilenden Gesetzesvorhaben: Niemand soll mitbekommen, daß die Brüsseler Wettbewerbshüter für die allgemeine Verbotsfrage nicht zuständig sind.

Deutschland ist offiziell noch Kläger gegen diese ausufernde EU-Regulierung in einem bisher EU-fremden Bereich, bereitet aber schon gehorsam eine nationale Verordnung nach Brüsseler Wünschen vor. Selbst wenn Berlin recht bekommt, soll es nach Verbraucherschutzminister Seehofer beim Brüsseler Willen bleiben. Bis wann ein deutsches Gesetz Tabakwerbung verbietet, ist noch offen. Der Eindruck jeglicher EU-Überregulierung soll in Zeiten, da Merkel mit einem neuen EU-Verfassungsanlauf flirtet, nicht aufkommen.

Daß das bürokratische Europa schlicht nicht zuständig ist, war nämlich vor Jahren höchstrichterlich vom Europäischen Gerichtshof festgestellt worden. Ein gerade erst im Jahr 2000 gefälltes Urteil wurde nun unterlaufen. Die Bundesrepublik Deutschland droht nach ihrer erfolgreichen Klage gegen ein EU-Tabakwerbeverbot 2000 diesmal mit ihrer Klage gegen die Anmaßungen der europäischen Tugendwächter zu scheitern. Die Parallele zum EU-Verfassungsprojekt ist erstaunlich: Auch der EU-Regulierungsfeldzug gegen das Rauchen ist eigentlich gescheitert, und doch machen die Befürworter in diesem Fall sogar gegen höchstrichterliches Votum weiter, solange bis das Ergebnis zu ihren Gunsten ausfällt. Für den Gesundheitsschutz seien die nationalen Regierungen zuständig, beschloß 2000 der EuGH. Das soll nun nicht mehr gelten, glaubt man dem EU-Generalanwalt Philippe Léger. Er empfahl, die deutsche Klage gegen das von der EU angestrebte Tabakwerbeverbot zurückzuweisen. Und der Stimme des Anwalts folgt das Gericht meist. Sein Argument: Es gelte einer „Fragmentierung des Binnenmarktes“ entgegenzuwirken.

EU überschreitet ihre Kompetenzen

Die eigentlich treibende Kraft ist jedoch der Ire David Byrne, bis November 2004 EU-Gesundheitskommissar. Im damaligen EuGH-Urteil hieß es, ein Werbeverbot sei „unverhältnismäßig“, Brüssel überschreite seine Kompetenzen. Doch Byrne bohrte weiter, nutzte eine Schwachstelle in der Argumentation der Richter. In der weit auslegbaren Grauzone der „Wettbewerbsverzerrung“ liegt nämlich die wahre Macht der Brüsseler Kommissare. Liegt sie vor, dürfen sie einschreiten. Byrne besann sich im Mai 2003 mit einer neuen Richtlinie auf diese Weisheit, der EuGH leistete mit seinem 2000er-Urteil Schützenhilfe. Auch im Gesundheitsschutz könne die EU aktiv werden, wenn der Wettbewerb gefährdet sei, so die Richter. Für Léger wiederum seien der „grenzüberschreitende Handel mit Presseerzeugnissen sowie grenzüberschreitende Rundfunkübertragungen“ nur mit der Brüsseler Richtlinie „weiter zu gewährleisten“. Unterschiede bei der Tabakwerbung gefährden also den Rundfunkempfang (in ihm darf nach deutschem Recht Tabakwerbung gar nicht vorkommen), machen das Lesen deutscher Zeitungen im Ausland unmöglich – eine fadenscheinige Argumentation, denn der grenzüberschreitende Handel ist gering. Doch es scheint längst nicht mehr um Argumente zu gehen. Bereits Rot-Grün legte seinerzeit nur halbherzig Protest gegen Byrnes Pläne vor Gericht ein. Die nationalen Vorschläge für Nichtraucherschutz, die Gesetzesinitiativen der 90er Jahre, wurden nie umgesetzt. Zu festgefahren schien auch Brüssel die deutsche Politik – darum entschied Byrne, sein Lieblingsthema auch gegen geltende Aufgabenverteilung der Bundesrepublik aufzuzwingen.

Graswurzelbürokratie mag man die neue EU-Strategie nennen. Der Getriebene ohne eigene Entscheidungskompetenz ist ausgemacht: Schließlich sei Deutschland ganz hinten im Nichtraucherschutz und müsse europäisch abgestraft werden, so der Tenor von Europaabgeordneten. Was Wettbewerb ist, bestimmen allerdings nicht sie als gewählte Parlamentarier, sondern die Hüter in den Kommissionen. Im Zweifelsfall alles, heißt deren Botschaft. Wer dann das Gesetz ausführt, ist unerheblich – tatsächlich hat Brüssel längst Einfluß auf Bereiche, von denen es bisher aus gutem Grund ausgeschlossen war.

Die für deutsche Arbeitsplätze verheerende europäische Dienstleistungsrichtlinie hat gezeigt, warum der Arbeitsmarkt bisher Sache der Nationalstaaten war und es besser auch geblieben wäre. Nun hat die EU also auch die Gesundheit an sich gerissen.



Gedanken zur Zeit:

Das Ende der Nationalstaaten?

Von Wilfried Böhm

Das Europa der EU, also der Brüsseler Europäischen Union, ist in schlechter Verfassung, weil es nach dem Willen euro-fanatischer Politiker unbedingt eine „Verfassung“ und einen „Außenminister“ erhalten muß. Die EU soll nach diesem Willen endlich mit allen Attributen eines richtigen Staates geschmückt werden, mit denen diese EU sich weltweit sehen lassen kann. Die Nationalstaaten samt ihren Parlamenten sollen hinter einer solchen Fassade zurücktreten und somit viel von ihrer Bedeutung verlieren. Mit anderen Worten: Europa wird seine Seele und seinen Geist verlieren, denn die freiheitlich-demokratischen Nationalstaaten sind das eigentlich Europäische an Europa.

Seit dem Zweiten Weltkrieg und der Überwindung von Nationalsozialismus und Kommunismus hat Europa die Chance zu friedlichem und freiheitlichem Zusammenleben seiner demokratischen Nationalstaaten genutzt und mit dem Europarat und seiner parlamentarischen Versammlung in Straßburg die Grundlagen für ein System freiheitlich-demokratischer Staaten in ganz Europa gelegt, auf denen es systematisch aufgebaut werden kann. Statt dessen ist mittlerweile europäische Politik auf die Brüsseler Umverteilungsmaschinerie fixiert, die zu Zeiten des „Kalten Krieges“ richtig und notwendig war. Heute aber und in Zukunft müßte sie abgebaut statt mit einer „Verfassung“ samt „Außenminister“ festgeschrieben zu werden, wenn „Europa“ Europa bleiben will, also nationalstaatlich, freiheitlich und demokratisch.

Deutschland als Hauptnettozahler der EU hat allein nach seiner Wiedervereinigung rund 160 Milliarden Euro nach Brüssel bezahlt, statt zur Bewältigung der Kommunismusfolgen im eigenen Land ein Zahlungsmoratorium der EU zu erhalten.

Die EU baut ihren Einfluß weiter aus

Deutschland kämpft mit hoher Arbeitslosigkeit, mit einem aus dem Gleichgewicht geratenen Sozialsystem und mit schweren Problemen seines Gesundheitswesens. Zugleich ist die Erhaltung und Entwicklung seiner einst mustergültigen Infrastruktur ins Stocken geraten, so daß diese langsam aber sicher vergammelt. Dennoch ist es die deutsche Kanzlerin, auf die sich die Blicke der Brüsseler Eurofantasten richten, wenn es gilt, ihre heiß geliebte Verfassung zu retten und sei es auch nur, um sie vorläufig auf ein Abstellgleis zu bugsieren.

Nachdem bei Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden diese Verfassung abgelehnt worden ist, hätten Demokraten, die den Volkswillen respektieren, diese Entscheidungen hingenommen und das Projekt beerdigt. Nicht jedoch die Kaste der Berufseuropäer, die ihre eigene Lebensgrundlage und Lebensperspektive gefährdet sehen. Sie beschlossen stattdessen „einen neuen Anlauf“ zur Rettung ihres „Verfassungsvertrages“.

Brüssel will die Verfassung auch gegen Bürger durchboxen

Österreichs Bundeskanzler Wolfgang Schüssel als Ratsvorsitzender nennt das in seinem Politikerdeutsch: „Nach der Reflexionspause beginnt jetzt die Reflexionsphase“ oder mit anderen Worten, nach der Sprachlosigkeit komme jetzt das Denken. Im übrigen, so Schüssel, brauche die Verfassung „einen anderen Namen“, also nur ein neues Aushängeschild.

Auch ansonsten ist die Verwirrung perfekt: Luxemburgs Jean-Claude Juncker meint, Europa „ginge auch ohne England“, der Deutsche Hans-Gert Pöttering (Vorsitzender der Europäischen Volkspartei) wies das scharf zurück, SPD-Vorsitzender Kurt Beck meinte, einzelne Teile des Vertrages sollten „gesondert umgesetzt“ werden, das erreichte Positive müsse „den Menschen dargestellt werden.“

Während Frankreich vorschlägt, wichtige institutionelle Veränderungen vorzuziehen, nennen das andere „Rosinenpickerei“, im bestem Politikerdeutsch meint Elmar Brok (CDU) dazu, das sei „nicht zielführend“.

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso rief alle „proeuropäischen Kräfte“ auf, den „Europapessimismus“ zu überwinden.

Angesichts dieser Streitereien und offenkundigen Ziellosigkeit sollte das Verfassungsprojekt aufgegeben werden, um alle Kräfte darauf zu konzentrieren, die EU dahin zu führen, daß sie den demokratischen Nationalstaaten Hilfestellung bei der Lösung ihrer Probleme leisten kann.

Für Deutschland würde das bedeuten, daß es endlich auf Zeit von seiner Zahlmeisterrolle befreit wird, um die gewaltigen Probleme in seinem Inneren anpacken zu können.

Wenn Deutschland schon gezwungen ist, mit der größten Steuererhöhung seit 1949 seine Mehrwertsteuer zu erhöhen, dann ist es mehr als absurd, wenn die daraus fließenden Steuermittel zum Teil über Brüssel in Staaten geleitet werden, denen es gegenwärtig wesentlich besser geht als Deutschland. Die Bürger wird man auf diesem Weg nicht „nach Europa mitnehmen“ können – im Gegenteil.

Ausländerfeindlich

Warum muß Deutschland »Germany« heißen?

Von B. Knapstein

Ein knappes weißes Höschen bedeckt die weiblichen Rundungen oberhalb sonnengebräunter Beine. Auf dem weißen Frottee mit schwarzer Umnaht prangt über beide Pobacken verteilt in großen Lettern unübersehbar „GERMANY“. Ein jeder in diesem Land weiß, in diesem Höschen steckt eine wohlproportionierte Freundin der deutschen Fußball-Nationalmannschaft. Die Rückseite des Mädels entzückt und es behagt dem (männlichen) Ästheten wenig, dieses hübsche Bild als Aufhänger für eine Generalkritik heranzuziehen.

Nicht »Autoflaggen«, sondern »car flag« – Englisch im Übermaß

Warum kann auf der Hose nicht „Deutschland“ prangen? Ist Deutschland zu groß, ... das Wort zu lang? Denken wir ernsthaft, unsere ausländischen Besucher sind unfähig, die deutschsprachige Version unseres Landesnamens zuordnen zu können? Sollte es so sein, so müssen wir uns dem Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit stellen.

Man kann es so gerade eben noch ertragen, wenn von „Fans“ und „Teams“ im „Kicker“ die Sprache ist. Doch schon der Begriff „Referee“ stimmt einen mißmutig. Als gäbe es hierzulande keine Schiedsrichter mehr.

Doch endgültig nervt es, wenn der deutsches Geld scheffelnde Peter Kapitzka in der konservativen Tageszeitung „FAZ“ nach seinem Verkaufsschlager „Autoflaggen“ gefragt, seine „car flag“ hochlobend anpreist. Kapitzka ist Lizenzinhaber für den Flaggenverkauf im Rahmen der Fifa-Spiele und seine „car flag“ begegnet uns derzeit sekündlich im Straßenverkehr. Im übrigen, so Kapitzkas unerschütterlicher Patriotismus, „mit Nationalstolz sind wir Deutschen ja ein bißchen vorsichtig“, deshalb zierten die Landesfarben nur eine und die „Trophy“ die andere Seite der Flagge. „Trophy“, damit ist wohl die goldene WM-Trophäe gemeint.

Mit der „car flag“ der Fans für das Team Germany zur Trophy? Die kleinen Tims, Toms, Kevins, Mikes und Ronnys flitzen schon fleißig über den Bolzplatz, um später einmal auf dem heiligen Grün Siege für Deutschland zu erringen.

Es müssen ja nicht gleich Siegfried, Gunther, Gernot und Giselher antreten, mit Hagen als Libero und Dankwart im Tor. Aber der vaterlandslose Patriotismus ist leider hausgemacht! Friedrich von Logau (1604–1655) überlieferte uns ein altes deutsches Sprichwort: Das Eisen zeugt ihm selbst den Rost, von dem es wird verzehret; wir Deutschen haben selbst gezeugt, die, die uns jetzt verheeret!

Heute bleibt die Flimmerkiste aus. Ich genieße lieber unter sommerlichem Himmel in dem Gartenstuhl, der auf dem ungemähten Rasen thront, einen alten Schmöker zum Nibelungenlied. Wie ging das gleich noch aus?

Neue Bedrohung aus Asien?

Russen und Chinesen verstärken als »Shanghai Fünf« ihre Zusammenarbeit

Von Bernhard Knapstein

Der Ostblock ist tot, es lebe der Ostblock! So, oder so ähnlich sieht die Horrorvision der Nato-Strategen aus. Und zumindest eine anverwandte Variante der Horrorversion scheint unter dem Namen „Shanghai Cooperation Organization“ (SCO), als „Shanghai Fünf“ gegründet, 2001 ins Leben gerufen worden zu sein. Ein sino-russisches Militär-Manöver bei Wladiwostok und der chinesischen Halbinsel Shandong mit 10000 beteiligten Soldaten und 140 Kriegsschiffen im August des Vorjahres bildet den passenden Hintergrund für Konfliktszenarien.

Die SCO basiert auf einem 1996 in Shanghai unterzeichneten „Vertrag über die Vertiefung des militärischen Vertrauens in Grenzregionen“ und einem weiteren Vertrag über die Reduzierung von Truppen in Grenzregionen. Heute gehören der Organisation China, Rußland, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan als SCO-Gründer sowie das später beigetretene Usbekistan an.

Indien, Pakistan, die Mongolei und der Iran haben einen Beobachterstatus.

Sollte sich das Vertrauensbündnis, das offiziell innerasiatische Krisen lösen und den grenzüberschreitenden Terrorismus in die Schranken weisen soll, zu einem echten Bündnis für gemeinsame Sicherheitspolitik auf der asiatischen Kontinentalplatte verfestigen, dann werden zumindest die energiehungrigen USA ein neues Gegengewicht in der Welt haben. Konfliktstoff wäre vorhanden, denn das SCO-Einflußgebiet ist reich an fossilen Ressourcen.

Für die Möglichkeit einer solchen Entwicklung spräche die Auflösung des russisch-chinesischen Gegensatzes. China, der erwachende Drache, hat in Usbekistan gerade eine viertel Milliarde US-Dollar umfassende Investition getätigt, um seinen Energiebedarf zu sichern. Der Iran, Beobachter des Bündnisses, hat, unterstützt von SCO-Mitglied Kirgisien, einen Aufnahmeantrag gestellt. Ein Förderer des Terrorismus in der Anti-Terror-Allianz?

Sollte der erdöltriefende, unsichere Kantonist des Nahen Ostens tatsächlich in das Shanghai-Bündnis eintreten, liegt der Westen mit seiner Bezeichnung „Anti-Nato“ gar nicht so falsch. Sollte zudem der Iran das ressourcenarme China durch Energieversorgungsverträge an sich binden können, dann genügte in der Tat ein Steinwurf von Teheran in Richtung Tel Aviv, um die Welt ins Wanken zu bringen. Ein Horrorszenario!

Doch noch ist es nicht so weit! China und Rußland möchten eigentlich keine Erweiterung der Allianz. Lediglich Indien ist von der SCO offiziell zum Beitritt ermutigt worden.

Darüber hinaus stehen wesentliche nationale Interessen der Partner nicht im Einklang. Die asiatischen Großmächte sind noch weit davon entfernt, eine militärisch einheitliche Sprache zu sprechen. Auch dürfte es Moskau wenig behagen, daß der Einfluß Pekings auf die von der russischen Hauptstadt weit entfernt liegenden russischen Provinzen im Osten wächst. Immerhin, Separatismus ist im Flächenstaat Rußland kein Fremdwort. Ein Spagat zwischen West und Ost könnte die innenpolitische Stabilität Rußlands, dessen Kitt den Namen Wladimir Putin trägt, gefährden. Und der garantiert naturgemäß nur eine begrenzte Haltbarkeit.



Konkurrenz für die USA? Irans Präsident sucht die Nähe zu den „Shanghai Fünf“. Foto: laif

Rußland sitzt zudem derzeit dem Ministerkomitee des Europarates vor, und hier werden die Menschenrechte groß geschrieben. Schon jetzt muß Moskau sich von der aus Straßburg berichtenden Presse anhören lassen, man habe „den Bock zum Gärtner“ gemacht.

Ein Vergleich der SCO mit den Europäischen Gemeinschaften liegt nahe. Dies, zumal Putin als Reaktion auf einen Vorstoß des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad die Gründung eines „Energieclubs der SCO“ als aktuell bezeichnet.

Der Zweck, durch Integration kriegswichtiger Wirtschaftsfaktoren den Frieden auf dem Kontinent zu sichern und alte Gegensätze zu überwinden, mag auf dem asiatischen Kontinent sinnvoll und geboten sein. Man darf bei einem Vergleich von EG und SCO jedoch nicht übersehen, daß die Gegensätze und Interessenlagen der europäischen Großmächte bis 1945 klar umrissen waren. Freund und Feind waren als solche erkennbar und dem entsprechende Zweckbündnisse schnell geschlossen. Diese Klarheit fehlt im Einflußgebiet der SCO heute.

Kriege werden kaum noch zwischen Nationen geführt, sondern eher zwischen einer Staatengemeinschaft und im Untergrund wirkenden Terrorkräften. Religiös motivierter Terrorismus, privatwirtschaftliche Motive von sogenannten War Lords, aber auch die Interessen global agierender Wirtschaftsunternehmen verlaufen quer zu den klassischen Sicherheitsinteressen der beteiligten Staaten. Eine allzu freundliche Politik gegenüber dem Iran und seiner nuklearen Geheimniskrämerei dürfte die Beziehungen Moskaus zu den europäischen Partnern deutlich belasten.

Nein, die SCO scheint auf längere Sicht weiterhin ein Zweckbündnis im kleineren Rahmen zu bleiben. Man habe jetzt „effektive Hebel zur gemeinsamen Bekämpfung der drei Bösen: des Terrorismus, des Separatismus und des Extremismus“, bestätigte denn auch Putin in diesen Tagen noch einmal den aktuellen Auftrag des Bündnisses in der russischen Zeitung „Rossijskaja Gaseta“.

Selbst gemeinsame militärische Übungen der SCO-Staaten täuschen nicht über den fehlenden Einklang klassischer nationaler Sicherheitsinteressen im Sinne von "Staat-schützt-sich-vor-Nachbarstaat" hinweg. Chinas Militär wird weitgehend von der russischen Waffenindustrie versorgt und die gemeinsame Waffenschau im Japanischen Meer vom August des Vorjahres machte auf Beobachter eher den Eindruck einer Werbeveranstaltung für russische Bomber. Auch wenn es in zehn Jahren anders aussehen mag, der neue Ostblock ist vielleicht geboren, aber um laufen zu können muß das Kind noch viele Gleichgewichtsprobleme überwinden. Im Augenblick kämpft das Kind tatsächlich nur gegen die Infektionen der kleinen Terrorzellen.

Bewegung auf dem Balkan

Neue Unabhängigkeit Montenegros weckt Begehrlichkeiten

Von R. G. Kerschhofer

Dem Ergebnis der Volksabstimmung vom 21. Mai Rechnung tragend, erklärte sich Montenegro am 3. Juni auch formell für unabhängig. Der neue Staat wurde bereits von Rußland, der EU, den USA und etlichen anderen offiziell anerkannt. Die Auflösung des von der EU erzwungenen Staatenbunds mit Serbien scheint – ähnlich wie der Zerfall der Tschechoslowakei – unblutig zu verlaufen. Alleiniger Rechtsnachfolger des Bundes ist Serbien, Montenegro muß sich selber um Aufnahme in internationale Organisationen bemühen. Montenegro hat bereits bei der Nato angefragt – wohl nicht aus Sicherheitserwägungen, sondern weil Nato-Stützpunkte Devisenbringer sind. Und Montenegro hat auch der Nato etwas zu bieten, nämlich die Bucht von Kotor, die einst Hauptstützpunkt der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine war.

Es war unschwer vorauszusagen, daß die Ereignisse in Montenegro Auswirkungen auf die Nachbarschaft haben würden – eben deshalb hatten ja die „Europäer“ bis zuletzt die Unabhängigkeit Montenegros zu verhindern getrachtet. Prompt meldeten sich die Serben in Bosnien-Herzegowina zu Wort und beriefen sich ebenfalls auf das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“. Milorad Dodik, Ministerpräsident der „Republika Srpska“, sprach sogar von einem Referendum nach dem Muster Montenegros. Seit dem Abkommen von Dayton 1995 besteht Bosnien-Herzegowina aus der „Republika Srpska“ und der „Bosnisch-Kroatischen Föderation“, ist de facto aber ein Protektorat, in dem der „Hohe Repräsentant der internationalen Gemeinschaft“, derzeit der Deutsche Christian Schwarz-Schilling, alle wesentlichen politischen und personellen Entscheidungen der lokalen Behörden genehmigen muß und aufheben kann. Dodik mußte daher gleich wieder einen Rückzieher machen, um nicht abgesetzt zu werden. Schwarz-Schilling wies ihn mit der Behauptung zurecht, daß die Republika Srpska weder mit Montenegro noch mit Kosovo vergleichbar sei. Was er natürlich nicht sagte: Wenn die Serben in Bosnien-Herzegowina Selbstbestimmung fordern, werden das die dortigen Kroaten ebenfalls tun – und was sollte dann mit den muslimischen Bosniaken geschehen?

Serben wollen auch ihre Eigenständigkeit

Aber da ist noch etwas: So wie die Grenzen der Nachfolgestaaten der Sowjetunion auf von Stalin gezogene Republikgrenzen zurückgehen, dürfen auch in Jugoslawien nur die von Tito gezogenen Republikgrenzen zu Staatsgrenzen werden. Jede Änderung dieser ohne Rücksicht auf Völker gezogenen Grenzen wird als „Gefährdung der Nachkriegsordnung in Europa“ angesehen. Und daher darf es höchstens ein Selbstbestimmungsrecht von "Bevölkerungen" geben – in existierenden Grenzen, siehe Montenegro.

Mittlerweile trat auch Carla del Ponte, Chefanklägerin in Den Haag, wieder auf den Plan. Mit einem Rundumschlag, denn sie übte nicht nur heftige Kritik an Serbien, weil Mladic und Karadzic noch immer nicht festgenommen und ausgeliefert wurden, sondern auch an Rußland, wo sich ein paar der als Kriegsverbrecher Gesuchten aufhalten sollen, und – man höre und staune – sogar an der UNMIK, der Uno-Verwaltung im Kosovo!

Es mag Zufall sein oder auch nicht: Zwei Tage nach del Pontes Kritik an der UNMIK wurde bekannt, daß der Däne Sören Jessen-Petersen, seit knapp zwei Jahren Chef der UNMIK, von seinem Amt zurücktritt – „aus familiären Gründen“. Er war der fünfte UNMIK-Chef seit 1999. Während seine Amtsvorgänger – der Franzose Kouchner, der Däne Haekkerup, der Deutsche Steiner und der Finne Holkeri – durchweg von unrealistischen Annahmen und Postulaten ausgegangen waren und dementsprechend agiert hatten, war er der erste Pragmatiker in dieser Funktion und kann eine durchaus beachtliche Bilanz ziehen.

Optimisten meinen, es würde sich gar nicht mehr lohnen, einen Nachfolger zu suchen, weil die Wiener Kosovo-Verhandlungen in ein paar Monaten abgeschlossen sein könnten. Da aber selbst nach der sechsten Verhandlungsrunde noch in keiner auch nur annähernd wichtigen Frage Übereinstimmung erzielt wurde, scheint Pessimismus eher angebracht. Sollte aber wieder einmal eine Lösung oktroyiert werden, würde das eine begrenzte Souveränität des Kosovo bedeuten und – wie in Bosnien – auch weiterhin eine massive „internationale“ Präsenz erforderlich machen.

Wirbel um neue Verfassung

Italiens Volk entscheidet über Neuregelungen

Von Vittoria Finzi

In der Regel wird ein Literaturpreis für einen Roman, ein Gedicht oder auch ein Drama verliehen. Daß auch eine Verfassung mit einem Literaturpreis bedacht wird, ist eine Seltenheit.

In Italien wird in der nächsten Woche die italienische Verfassung mit dem „Premio Strega“, einer der wichtigsten literarischen Auszeichnungen, prämiert.

Anlaß dieser symbolischen Handlung ist nicht nur der 60. Geburtstag der Republik, sondern auch die Tatsache, daß die geplante neue Verfassung unter Federführung des ehemaligen Ministerpräsidenten Berlusconi entstanden ist. Dieser Verfassungstext wurde im November des vergangenen Jahres von der kürzlich abgewählten Mitte-Rechts-Regierung auf Mehrheitsbasis beschlossen. Da sich die Opposition jedoch nicht mit der neuen Verfassung einverstanden erklärte, hatte sie ein Referendum durchgesetzt. Aus diesem Grund sind die Italiener am 25. und 26. Juni dazu aufgerufen, mittels Referendum über die Verfassungsreform abzustimmen.

„Devolution“ ist das Schlagwort, das den Regionen mehr Autonomie verleihen soll. So sollen die Bereiche Gesundheit, Schule und Polizei nicht mehr wie bisher zentral von Rom, sondern von den Regionen aus in finanzieller Eigenregie verwaltet werden. Da Italien durch ein sehr starkes soziales Nord-Süd-Gefälle geprägt ist, hat eine solche Änderung auch zur Folge, daß ein Kranker in Palermo schlechtere Chancen auf Heilung hätte als in Mailand.

Berlusconi macht viel Werbung für »seine« Verfassung

Ein besonders wichtiger Punkt der neuen Verfassung ist, daß der Ministerpräsident mit mehr Macht ausgestattet werden soll. Bisher ist es so, daß der Ministerpräsident vom Präsidenten der Republik ernannt wird. Nach der neuen Verfassung soll er direkt vom Volk im Zuge der Parlamentswahlen gewählt werden können. Außerdem soll er Minister bestellen, abrufen sowie die Kammern des Parlaments auflösen können. Diese Aufgaben liegen bisher beim Präsidenten der Republik. Der Ministerpräsident würde, wenn es nach der neuen Verfassung ginge, nicht mehr wie bisher das Vertrauen der Kammern benötigen, um regieren zu können.

Dezentralisierung – Mehr Macht für die Regionen

Wächst die Macht des Ministerpräsidenten nach der neuen Verfassung, so wird der Präsident in seinen politischen Kompetenzen eingeschränkt: Er ist nicht mehr die letzte Instanz, die über Gesetze entscheidet, die Kammern auflöst und den Ministerpräsidenten ernennt.

Reformiert werden sollen auch das Zwei-Kammern-System, welches aus Parlament und Senat besteht. Bisher setzte sich das Parlament aus 630 Abgeordneten zusammen. Laut Gesetzesentwurf soll die Anzahl der Parlamentarier aus Kostengründen auf 518 reduziert werden. Der Senat, der die Interessen der Regionen vertritt, würde künftig nur noch 200 statt 315 Senatoren zählen. Abgeschafft werden würden auch das Amt des Senators auf Lebenszeit, von denen es derzeit fünf gibt.

Für den vor kurzem abgewählten Ministerpräsidenten Berlusconi ist das Referendum eine Verlängerung des Wahlkampfes. In seinen TV-Kanälen „Rete4“, „Italia 1“ und „Canale 5“ laufen Kampagnen, in denen die Wähler aufgerufen werden, für die neue Verfassung zu stimmen, um der Linken eine Lektion zu erteilen. Genannt wird bei diesen Kampagnen jedoch nur der Punkt, in dem es darum geht, die Anzahl der Abgeordneten und Senatoren zu reduzieren. Ein Punkt, über den man sich in Italien relativ einig ist.

Der Ex-Präsident Azeglio Ciampi, von der Rechten wie der Linken gleichermaßen geschätzt, hatte sich in den vergangenen Tagen in der italienischen Tageszeitung „La Repubblica“ entschieden gegen die neue Verfassung ausgesprochen. Er sei von den Grundwerten und der Stabilität der alten Verfassung überzeugt. Mit dieser Aussage hatte er sich den Groll der Rechten – insbesondere des Lega-Nord-Chefs Umberto Bossi – zugezogen, dessen erklärtes politisches Ziel von jeher die „Devolution“ ist.

Bei diesem Volksentscheid ist ein Mindestwahlbeteiligung nicht erforderlich. Bisher sieht es danach aus, daß die Wähler der Empfehlung ihres ehemaligen Präsidenten Ciampi folgen werden, gegen die neue Verfassung zu stimmen.



Muhammad Ali entzündete 2002 in Salt Lake City das olympische Feuer: Der berühmte Boxer ist einer der prominentesten Parkinson-Patienten. Auch der US-Schauspieler Michael J. Fox, die 2003 verstorbene Schauspielerin Katharine Hepburn, der Opernsänger Peter Hofmann und der 1989 verstorbene surrealistische Maler Salvador Dali leiden beziehungsweise litten unter der heimtückischen Krankheit.

Foto: pa

Parkinson: Neue Hoffnung

Mit einer Pumpe kann der Patient sich selber versorgen

Von HANS-J. MAHLITZ

Mit unsicheren Schritten nähert sich Veit S. dem Rednerpult, er scheint ruhiger zu werden, als es ihm beim ersten Versuch gelingt, das Mikrophon zu ergreifen. Noch ein paar hastige Bewegungen, und er beginnt zu reden: „Ich bin heute mit der Bahn hierhin gereist, fast 300 Kilometer weit!“ Tosender Beifall – das fachkundige Publikum weiß, was diese so banal klingende Mitteilung zu bedeuten hat.

Veit S., 64 Jahre alt, leidet seit zwei Jahrzehnten an Parkinson, seit vielen Jahren bereits im weit fortgeschrittenen Stadium. Aus der fränkischen Heimat ist er nach Frankfurt a. M. gereist, um auf einem wissenschaftlichen Symposium im Rahmen des Deutschen Parkinson-Kongresses über neue Therapiemöglichkeiten zu berichten. Was er vorträgt, findet bei den vielleicht 150 Zuhörern – Mediziner (überwiegend im Professorenrang), Pharma-Forscher und Fachjournalisten – lebhaftes Interesse. Wie er es vorträgt – frei redend, für einen Parkinson-Patienten auffällig unaufgeregt – beeindruckt auch emotional. Und die Tatsache, daß er erstmals eine solche Reise mit einem öffentlichen Verkehrsmittel wagen konnte, verstärkt diese Wirkung noch.

Parkinson (wissenschaftlich: Morbus Parkinson, benannt nach einem britischen Arzt, der die Symptome 1817 erstmals beschrieb) ist eine neurodegenerative Erkrankung des Gehirns. Sie zerstört Nervenzellen, die den Botenstoff Dopamin herstellen. Solche Stoffe haben die Aufgabe, Impulse zwischen den Nerven weiterzuleiten; Dopamin ist unter anderem für die „Befehlsübertragung“ im motorischen System des Körpers zuständig. Steht es nicht ausreichend zur Verfügung, gerät der gesamte Bewegungsapparat aus dem Gleichgewicht.

Die Krankheit tritt etwa ab dem 45. bis 50. Lebensjahr auf, bei Männern nahezu doppelt so häufig wie bei Frauen. In Deutschland leben zur Zeit rund 400 000 Parkinson-Patienten. Die Fachmediziner rechnen mit steigenden Zahlen; auch beobachten sie, daß immer häufiger auch Jüngere erkranken (laut Prof. Dr. Wolfgang Oertel, Uni Marburg, sind bereits zehn Prozent der Parkinsonkranken unter 40).

Drei markante Symptome sind typisch für Parkinson: Rigor, Tremor und Bradykinese. Rigor bedeutet eine Versteifung der Muskulatur, welche zu unnatürlicher Körperhaltung führt und mit starken Schmerzen verbunden ist.

Eine Krankheit, die auch einen dramatischen Verlust an Lebensqualität bedeutet

Beim Tremor handelt es sich um ein unkontrolliertes rhythmisches Zittern von Händen, Armen oder Beinen – für den Laien das auffälligste Merkmal eines Parkinson-Patienten. Bradykinese schließlich ist die zunehmende Verlangsamung aller möglichen Bewegungen. Sie äußert sich zum Beispiel in einer auffälligen Veränderung der Mimik, der Sprache oder des Bewegungsablaufs beim Gehen.

Für den Patienten hat die Krankheit aber noch weitaus stärkere Auswirkungen. Schon in der Frühphase werden häufig Depressionen und Schlafstörungen beobachtet. Sprechstörungen, Verlangsamung der Denkfähigkeit und Einschränkung der Konzentrationsfähigkeit führen dazu, daß der Kranke für geistesgestört (dement) gehalten wird, obwohl seine geistige Leistungsfähigkeit weitgehend erhalten bleibt (der eingangs beschriebene Auftritt auf dem Ärzte-Symposium war ein eindrucksvoller Beleg dafür).

Große Probleme entstehen, wenn schnelle Reaktionen gefordert sind, etwa wenn man ins Stolpern gerät. Der Gesunde gleicht das mit wenigen, meist unbewußten Bewegungen aus, während der Parkinsonkranke bei der geringsten Störung total aus dem Gleichgewicht gerät und zu stürzen droht. Dies und der Wechsel zwischen hyperaktiven und geradezu apathischen Phasen hat oft eine gesellschaftliche Stigmatisierung, ja Diskriminierung zur Folge – neben Schmerzen und körperlichen Leiden ein dramatischer Verlust an Lebensqualität!

Eine Heilung, also eine Therapie der Ursachen, ist bis heute nicht möglich. Man kann nur Symptome lindern und den Krankheitsverlauf verlangsamen. Hier haben sich drei Typen von Medikamenten bewährt: Levadopa (L-Dopa), eine Art Dopamin-Vorstufe, die im Hirn die Produktion des Botenstoffs anregt, Dopamin-Agonisten (Ersatzstoffe, welche die Wirkung von Dopamin nachahmen), sogenannte Hemmer, die den Abbau von Dopamin (MAO-B-Hemmer) beziehungsweise L-Dopa (COMT-Hemmer) bremsen.

Im fortgeschrittenen Krankheitsstadium zeigen diese Mittel aber auch deutliche Nachteile. Die Verabreichung wird für den Patienten immer komplizierter, die Wirkung immer schwächer, der Wechsel zwischen Zuständen guter (On) und schlechter Beweglichkeit (Off) immer häufiger; am Ende droht ein schmerzerfülltes Leben im Rollstuhl.

Neue Hoffnung gibt diesen Patienten das auf dem Symposium vorgestellte Therapiekonzept Duodopa. Es handelt sich um eine Kombi-Substanz aus L-Dopa und einem COMT-Hemmer, die über eine Sonde direkt in den Dünndarm gelangt. Der Patient trägt am Körper einen Beutel, nicht größer als ein Portemonnaie, mit einer Pumpe und einem 24-Stunden-Vorrat des Medikaments. Damit kann er situationsgerecht selber den L-Dopa-Spiegel steuern.

Wie die Marburger Neurologin Dr. Karla Eggert berichtet, hat sich das von „Orphan Europe“ entwickelte Therapiekonzept in vierjähriger klinischer Erprobung bestens bewährt. Es ist seit 2004 in Deutschland zugelassen und wird von den Krankenkassen bezahlt. Mit Duodopa behandelte Patienten haben doppelt so lange Zeiten normaler Beweglichkeit, signifikant weniger Tremor-Erscheinungen und Schmerzen und insgesamt eine deutlich höhere Lebensqualität. So können endlich auch Parkinson-Kranke im weit fortgeschrittenen Stadium zumindest begrenzt am öffentlichen Leben teilnehmen. Und Patient Veit S. konnte nur deshalb zu diesem Symposium nach Frankfurt reisen, weil er seit ein paar Monaten auf die Duodopa-Pumpe drückt.

Sieg der Unvernunft

Wofür haben Klinikärzte eigentlich gestreikt?

Die „Hauptsache“ erfuhr man so nebenbei: Mit der Anerkennung als eigenständiger Tarifpartner habe der Marburger Bund „Tarifgeschichte geschrieben“, bekundete stolz dessen streitbarer Vorsitzender Dr. Frank Ulrich Montgomery. Das hätte er auch schon ein paar Wochen früher haben können; Unterschiede zwischen dem vorletzten und dem letzten Angebot der Länder im Tarifstreit mit den Klinikärzten sind nur bei sehr genauem Hinsehen wahrnehmbar. Das im Vergleich zu den vollmundigen 30-Prozent-Forderungen fast schon dürftige Ergebnis muß Montgomery nun den von ihm Vertretenen schmackhaft machen. Was angesichts des berechtigten Zorns der Ärzte in den östlichen Bundesländern nicht einfach sein dürfte – wie die Urabstimmung über den neuen Tarifvertrag ausgeht, ist völlig offen.

Um der massiven Kritik auch aus den eigenen Reihen die Wucht zu nehmen, tritt Ärzte-Funktionär Montgomery die Flucht nach vorn an: „Nach dem Streik ist vor dem Streik“.

Nun will er 70 000 an kommunalen Krankenhäusern angestellte Mediziner an die Arbeitskampf-Front führen, um dort zu erkämpfen, was die 22 000 Ärzte in Landesdiensten bereits erreicht haben: den Status eines eigenständigen Tarifpartners auf „gleicher Augenhöhe“ mit der übermächtigen DGB-Gewerkschaft ver.di. Und nach der in den vergangenen 13 Streikwochen zur Schau getragenen Sturheit müssen sich auch die Patienten in städtischen und Kreiskrankenhäusern auf lang anhaltende Beschwernisse einstellen.

Die kommunalen Krankenhausbetreiber lehnen die Forderungen des Marburger Bundes generell ab und bestehen auf Anwendung des mit ver.di ausgehandelten Tarifvertrags für den Öffentlichen Dienst. Diese Position ist wegen der desolaten Finanzlage der Öffentlichen Hände verständlich, aber nicht unbedingt sachgerecht.

Die Tätigkeitsmerkmale des medizinischen Klinikpersonals unterscheiden sich wesentlich von denen der Müllwerker, der Sachbearbeiter in einem Statistikamt oder der Sekretärin des Bürgermeisters. Es dient der Sache, wenn hier spezifische Regelungen der Arbeitsbedingungen und -zeiten ausgehandelt werden – in diesem Punkt ist dem Marburger Bund beizupflichten.

Leider ist dieser Aspekt aber mit zunehmender Dauer des Klinikstreiks immer mehr in den Hintergrund getreten; am Ende war nur noch von Geld, Verbandsinteressen und verletzten Eitelkeiten die Rede.

Dafür den Kopf (oder welchen kranken Körperteil auch immer) hinhalten zu müssen, sind die Patienten in den Landes- und Unikliniken leid. Sie können sich nicht sicher sein, nunmehr endlich von Kampfaktionen verschont zu bleiben, und auch die in den kommunalen Krankenhäusern, die nach dem Willen der Marburger-Bund-Fuktionäre demnächst „dran sind“.

Die im Marburger Bund organisierten Ärzte sind in der Pflicht, endlich deutlich zu machen, wofür sie eigentlich gestreikt haben und vielleicht weiter werden. Sonst werden sie auf die Solidarität der Patienten nicht mehr zählen können. *H.J.M.*

Die ostdeutsche Tradition weitergereicht

Vor 25 Jahren starb der Maler Karl Eulenstein, der sich erst spät dem Expressionismus zuwandte

Von SILKE OSMAN

Der Maler Eulenstein erfreut sich schon lange nicht nur unter den Malern aus dem östlichen Bereich eines ausgezeichneten Rufes“, schrieb einmal Paul Fechter über den Maler aus Memel. „Von seinen Bildern aus den Jahren vor dem Kriege sind viele mit Recht in Privatsammlungen und Museen gelandet; er ist ein Maler aus der Substanz, aus dem Sein, nicht nur aus dem Können; er geht dem, was er vom Heute aus wie alle lebenden Gestalter der Gegenwart als sinnvolle Aufgabe empfindet, von der Substanz, nicht von der Technik aus nach. Er hat schon früh eine Aufgabe erkannt, an der zu arbeiten heute sinnvoller und notwendiger ist denn je: die Aufgabe nämlich, die spezifisch ostdeutsche Tradition nicht zu bewahren, aber lebendig weiterzureichen ...“

Es entstand eine künstlerische Nähe zu Corinth

„Eulenstein“, so Fechter weiter, „begann seinen Weg in den Jahren, in denen die ersten nachexpressionistischen Generationen sich daran machten, den ‚Ausdruck‘ um jeden Preis, den man dann später der Literatur überließ, wieder durch Bilder zu ersetzen, das heißt durch Malerei. Der deutsche Osten hat an der Lösung dieser Aufgabe intensiv mitgearbeitet ... Man braucht vor allem nur das Werk Karl Eulensteins aus den 20er und 30er Jahren zu betrachten, um dieses Aufsteigen einer neuen – man ist versucht zu sagen: östlich bestimmten – Formenwelt sehr deutlich zu erkennen ...“

„Sie sind von sehr verschiedener Art, diese Aquarelle und Gemälde aus den letzten Jahren“, betonte Paul Fechter. „Eulenstein möchte zu der Schwere und übersonnten Melancholie des Memellandes auch gern das Strahlende, das Licht in dem Riesenraum über dem weiten Lande und seiner Einsamkeit geben ...

Der Traum vom Osten wird Farbtraum eines melancholischen Leuchtens: Zwischen fernen Dünen und schweren Segeln der Haffkähne glänzt irisierend in opalisierender Unwirklichkeit die abendliche Farbenwelt des Haffs mit all den Wundern und all dem Reichtum, wie ihn trotz des Bodensees nur das Kurische und das Frische Haff zu entfalten vermögen – in Stunden, in denen schon die Wirklichkeit selbst unwirklicher und phantastischer wird als sie es je auf den gelöstesten und am meisten entwirklichten Blättern eines mit William Turner wetteifernden östlichen Malers werden könnte ...“

Der Kunsthistoriker Günter Krüger, der als ausgewiesener Kenner der Künstlerkolonie Nidden galt und der sich im Schaffen so vieler ostpreußischer Künstler auskannte wie kein anderer, urteilte über das Werk des Memelers: „Aus Karl Eulensteins Bildern sprechen das aus der Erfahrung, dem Erscheinungsbild der Natur und ihrer Lebewesen gewonnene und auf das Wesentliche angereicherte sowie transzendente Denken. Beide Denkweisen gemeinsam ermöglichen die Allgemeingültigkeit seiner schöpferischen Aussagen ...

Gerade darin liegt das Eigene in Eulensteins Kunst, die stärkere, allein aus der Wirkung der heimatlichen Umwelt auf den feinfühligen Menschen erklärbare Nähe zu Corinth, der in seinem Buch vom Erlernen der Malerei den Satz geprägt hatte: ‚Das Schwerste ist: Unwirklichkeit üben!‘ Wie Corinth suchte Eulenstein die Lösung vom Gegenstand, von der Natur, durch die Farbe ...“

„Das Geheimnis der Unterscheidung des ostpreußischen Expressionismus, wie ihn Eulenstein in vollendeter Weise vertritt“, so Krüger, „liegt letzten Endes allein in der Natur, in der er lebte, in dem Erleben des Elementaren, aus dem er herauswuchs und das sein Wesen so stark prägte, daß er selbst fern der Heimat nur noch deren Bild in seinem Herzen trug und auf die Leinwand oder Pappe bannte ...

Aus dieser Verdichtung des Bildes der Heimat und ihrer Menschen entstand ein Altersexpressionismus, der in seiner Eigenständigkeit, von der östlichen Landschaft und ihren Gegebenheiten geprägt, dem der ersten Expressionistengeneration nicht nachsteht.

Vielmehr stellt er eine Umsetzung dar von der schon immer als dekorativ empfundenen Gegenüberstellung hart umreißender Form und reiner Farbfläche zu dem letztmöglichen Ausdrucksgehalt des Malerischen. Dies ist ein echter, bisher zu wenig erkannter und bekannt gewordener Beitrag Ostpreußens im Werden der deutschen Kunst.“

Wer war dieser Mann, der auf so unverkennbare Weise die Landschaft des Nordostens mit dem Pinsel festhielt? Karl Eulenstein, der als sechstes von sieben Kindern eines Kapitäns am 25. August 1892 in Memel geboren wurde, studierte von 1919 bis 1923 bei Richard Pfeiffer an der Königsberger Kunstakademie, wo er als Vorsitzender des Studierendenausschusses in der Nachfolge von Ernst Mollenhauer an den Reformbewegungen beteiligt war. 1926 ließ er sich als freischaffender Maler in Berlin nieder. Flucht und Vertreibung aus der Heimat blieben ihm so erspart, doch ging der Zweite Weltkrieg auch an ihm nicht spurlos vorüber. Noch in den letzten Tagen des Krieges wurde sein Berliner Atelier ein Opfer der Bomben – die meisten seiner Arbeiten verbrannten, nur weniges konnte gerettet werden.



Karl Eulenstein: In der Memelniederung (Tempera, 1954) — Foto: Archiv

„Das ist keine Landschaft der Erinnerung, sondern der Beteiligung, als sei der Maler selbst von den Elementen eines“, las man 1939 über eine Eulenstein-Ausstellung. Und ein Jahr später: „Immer fühlt man vor diesen Gemälden die Verbundenheit des Künstlers mit dem Elementarischen, der über ihr Abbild hinaus das Sinnbildhafte der Wirklichkeit in malerisch reicher Verdichtung meistert ... Ihm offenbart sich, wie der Erde, dem Wasser, der Luft, dem Licht ‚zumute ist‘ ...“ Eulenstein selbst hat einmal die Begegnung des Künstlers mit der heimatlichen Landschaft und seine Stimmung geschildert. Er schrieb 1932 in den „Ostdeutschen Monatsheften“: „Nach Jahren wieder in der heimatlichen Landschaft – ein wunderliches Gefühl. Die Bilder, die man tief im Innern mit sich geführt hat, die ab und zu visionär emportauchten, sie stimmten nicht. Alles ist viel nüchterner. Man sucht eine Häusergruppe auf, eine Straße, ein Ufer, Eindrücke, die einen jahrelang verfolgt haben – und man ist enttäuscht. Platt, nichtssagend steht alles da. Man versteht sich selbst nicht.“ – Worte, die auch ein Mensch nachempfinden kann, der nicht künstlerisch fühlt oder gar arbeitet.

Eulenstein aber erkennt: „Und doch ist alles richtig. Man hat nur übersehen, daß alles einmalig ist, auch Eindrücke einer Landschaft ... Die Natur besteht für sich. Sie ist für den Betrachter immer das, was er aus ihr macht. Auch für die Künstler. Sein Werk aber besteht ebenfalls für sich. Die Grenzen sind gesetzt: hier Natur – hier Kunst.“

Und Karl Eulenstein hat immer wieder die Begegnung mit der Natur gesucht, hat sich dem Erleben gestellt. Auch als er bereits in Berlin lebte und arbeitete, ist er immer wieder in seine Heimat Ostpreußen gereist, hat die Kurische Nehrung, hat Nidden besucht und Eindrücke gesammelt, die ihn bis zu seinem Tod am 23. Juni 1981, vor nunmehr 25 Jahren, nicht mehr losließen.

Und dennoch: „Meine Versuche, vor der Natur zu malen, sind mir immer mißlungen“, bekannte er. „Ich wurde erbarmungslos erdrückt, besonders von der Nehrung. Erst in stillen Stunden, wenn die Überfülle der Natur die beschränkten malerischen Ausdrucksmittel nicht mehr zu unfruchtbaren Experimenten verführen konnten, entstand etwas anderes, Selbständiges, nach seiner eigenen Gesetzlichkeit. Und seine Form stand nur in sehr losem Zusammenhang mit der Natur. Ja, ich glaube, die Natur gibt nur das Stichwort, den durch eine lange Geschlechterreihe angehäuften Formungsdrang in seinem letzten Glied, im Künstler, zur Entladung zu bringen.“

Eulenstein hat in Öl, Tempera und Aquarell gemalt. Seine Themen fand er vor allem in der Landschaft seiner Heimat, ihren Menschen, den Bauern und Fischern. Als der Mitarbeiter des *Ostpreußenblatts* Martin Pfeideler Karl Eulenstein 1958 in seinem Berliner Heim besuchte und ihn fragte: „Weshalb, Herr Eulenstein, haben Sie sich nie an einem anderen Gegenstand versucht? Sie leben seit 1926 in Berlin, weshalb gibt es kein Bild vom Grunewald, keine märkische Landschaft von Ihnen?“, da antwortete der Maler: „Weil man hier nie so allein ist, um die Landschaft wirklich tief erleben zu können ...“ – „Aber“, so Martin Pfeideler, „Sie waren ja auch bei den Fischern ...“ Darauf Eulenstein: „Das waren aber auch Ostpreußen! Und keine Berliner ...“

Warum Eulenstein nie im Grunewald malte

Jörn Barfod, der 1991 über Eulenstein eine Monographie im Husum Verlag herausgegeben hat, schrieb über das Werk des Spätexpressionisten: „In der technischen Wirkung und den Farben findet man sich plötzlich in der Gestaltung von Himmel und Wasser an einen der Großen des deutschen Expressionismus erinnert, an Emil Nolde. Denn in den Werken ab etwa 1950 kommt Eulenstein aus den ... Tendenzen der späten 1930er und frühen 1940er Jahre sowie in Motivabstrahierungen aus Erinnerung und Vorlagen zur expressionistischen Stilhaltung. Daß er Nolde schätzte, ist überliefert. Auch die anderen namhaften Expressionisten waren ihm sicher aus den Besuchen in den Berliner Museen bekannt, teils auch persönlich ... Ab etwa 1950 jedenfalls kann man Karl Eulenstein als ostpreußischen Spätexpressionisten bezeichnen; spät in der allgemeinen Kunstentwicklung wie auch in seinem eigenen Werk: der Expressionismus ist der Stil des Spätwerks Eulensteins ...“

In allen Bildern Eulensteins, in den frühen Werken, die uns meist nur durch schwarzweiße Fotografien überliefert sind, ebenso wie in dem Spätwerk wird deutlich, was Karl Eulenstein einmal in einem Interview bekannt haben soll: „Ich kann nicht sagen, was mir die ostpreußische Heimat gab, aber ich kann es malen!“

Das Schweigen gebrochen

Dem Schriftsteller Wolfgang Koeppen zum 100. Geburtstag

Wolfgang Koeppen
Foto: Wolfgang-Koeppen-Archiv

Eine Entdeckungsfahrt in die deutsche Prosa“ nannte die „New Yorker Staatszeitung“ den ersten Roman von Wolfgang Koeppen, der 1934 bei Bruno Cassirer unter dem Titel „Eine unglückliche Liebe“ erschienen war. „Der Erstlingsroman eines jungen Schriftstellers, der sich durch die Originalität seiner Sprache, die Konsequenz seiner Psychologie und die großartige dichterische Einseitigkeit seiner Leidenschaft als Werk einer Persönlichkeit über zahllose Neuerscheinungen dieses Herbstes hinaushebt“, lobte die „Kölnische Zeitung“, während die rechtsgerichtete „Berliner Börsen-Zeitung“ am 23. Dezember 1934 rigoros forderte, den Autor in ein Arbeitsdienstlager zu schicken. Zum Abschluß der großen Koeppen-Ausstellung, die in München von der Stadtbibliothek bis zu diesem Sonntag in der Glashalle am Gasteig gezeigt wird (die *PAZ* berichtete), wurde dieser Roman in einer szenischen Lesung mit Ensemblemitgliedern der Münchner Kammerspiele einem interessierten Publikum dargebracht. Bekannt wurde Wolfgang Koeppen allerdings durch drei andere Romane, die nacheinander in kurzen Abständen erschienen: „Tauben im Gras“ 1951, „Das Treibhaus“ 1953 und „Der Tod in Rom“ 1954. Sie zählen heute zu den wichtigsten der gesamten deutschen Nachkriegsliteratur. Selbst Kritikerpapst Marcel Reich-Ranicki war voll des Lobes. „Wann immer die neue deutsche Literatur zu trübseligen Gedanken Anlaß gab, dachte ich mir im Stillen: Aber es gibt *ihn*, der die ‚Tauben im Gras‘ geschrieben hat ...“, würdigte er zum 85. Geburtstag Koeppens in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ den Autor. Um den vielfach ausgezeichneten Koeppen ist es lange Zeit still gewesen. Nun, zu seinem 100. Geburtstag am 23. Juni, erinnert man sich seiner wieder. Geboren als unehelicher Sohn der Näherin Marie Koeppen wuchs Koeppen zunächst im pommerschen Greifswald auf. Der Vater, der Augenarzt Reinhold Halben, wollte nichts von ihm wissen. 1908 zog die Mutter mit dem Kind nach Thorn zu ihrer Schwester und folgte ihr auch ins ostpreußische Ortelsburg, wo Wolfgang das Realgymnasium besuchte. 1919 ging's zurück nach Greifswald. Laufbursche einer Buchhandlung und Volontär am Greifswalder Stadttheater waren die weiteren Stationen des jungen Mannes, der später auch zur See fuhr, als Schiffskoch. Doch immer mehr zog ihn das Wort, das Theater an. „Die folgenreichste und glücklichste Tat in meinem Lebenslauf war, wenn ich rückblickend von ihr sprechen darf, die Übung des Lesens. So eröffnete sich mir früh schon neben der enttäuschenden realen Welt eine andere verheißungsvolle, eine Über-, Unter-, Vorder- und Hinterwelt, eine unauslöschliche Freude, ein Astralgebilde, das mir zum archimedischen Punkt meiner Existenz wurde“, schrieb er in „Eine schöne Zeit“. In Wismar und in Würzburg, schließlich in Berlin erfolgten erste ernsthafte Begegnungen mit der Bühne. Dann aber wandte sich Koeppen dem Journalismus zu, wurde festes Redaktionsmitglied des „Berliner Börsen-Courier“, bis dieser gleichgeschaltet wurde. Nach dem ersten Roman erschien dann bald auch ein zweiter: „Die Mauer schwankt“ 1935. Koeppen arbeitete an Drehbüchern und Exposés für Filme, schrieb Beiträge für Zeitungen. Nach seinen drei großen Romanen verfaßte er vor allem Reisereportagen, bis er 1962 eine erste große Schreibkrise hatte, eine Krise, die nahezu bis zu seinem Tod am 15. März 1996 anhalten sollte.

„Ich lebe in einem Roman und das mindert meinen Willen, ihn zu schreiben“, begründete Koeppen seine Unlust in einem Interview 1972. Horst Krüger sagte von ihm: „Wer die Sprache so dicht um sich versammelt hält – was bleibt ihm denn als Schweigen?“ Im Gedenken zu seinem 100. Geburtstag wurde das Schweigen um Wolfgang Koeppen gebrochen, für wie lange? *SiS*

Stasi-Garde ohne Schamgefühl

Betr.: „Als Täter entlarvt“ (Nr. 20)

Herr Rentmeister nennt die ab 1945 im Speziallager Sachsenhausen Inhaftierten „die einstigen Peiniger und Mörder unserer Kameraden“, aus dem Buch „Stalins Lager in Deutschland“ (Klonovsky / v. Flocken) entnehme ich, daß dort Kinder von neun bis 15 Jahren zu dem Häftlingskreis gehörten. Von einer Klasse zehn- und elfjähriger kamen drei zurück. Herr R. war selbst niemals Häftling in Sachsenhausen, er war ein Kind, das durch die Haft des Vaters eine schwere Kindheit hatte, doch das berechtigt nicht, andere so beschämend abzuqualifizieren, die selbst noch Kinder waren und nicht Hitlers Taten zu verantworten hatten.

„Frontal 21“ zeigte neulich die selbstsichere Auftreten ehemaliger Stasi-Offiziere in Hohenschönhausen, beklemmend, wie diese Gruppe die einstige Arbeit als „ehrenhaft“ unterstrich. Auch meine Generation hat sich in jungen Jahren für eine Idee engagiert, deren unmenschliche Auswüchse von uns nach 1945 begriffen wurden. Wir haben uns noch für Verbrechen geschämt, für die wir einzelnen nicht verantwortlich waren. Dieses Schamgefühl existiert bei der alten Stasi-Garde nicht, sonst hätte man sich Herrn Minister Schönbohm gegenüber nicht so ungehörig aufgeführt.

Marg.-Elfriede Krause, Pattensen

Unrecht wird totgeschwiegen

Betr.: „Einheitsfront gegen die Opfer“ (Nr. 22)

In *PAZ* Nr. 20 hatte ich Gelegenheit, mich zum Thema der Enteignungsopfer in den „Gedanken zur Zeit“ zu äußern. Der nun veröffentlichte Vortrag von Karl Feldmeyer spricht mir mit jedem Wort aus der Seele. Ich kann heute hinzufügen, daß ich auf meinen Text „Aufbau Ost bleibt ohne Mittelstand ein Torso“ von keinem der Führungspersönlichkeiten aus Politik und Medien, die ich mit meiner Denkschrift konfrontiert hatte, eine positive Reaktion erhielt, die die konkrete Inangriffnahme einer Korrektur der 1990 auf Basis von Unwahrheiten begangenen Fehler vermuten ließe. Die Nichtreaktion auf das, was Feldmeyer mit Recht ein deutsches Watergate nennt, muß jedem Menschen, der noch ein Gewissen hat, eine Warnung sein. Gerade die politische Klasse und die Meinungsmacher in den Massenmedien predigen seit Jahrzehnten aus überzeugendem Grund, nicht wieder wegzusehen, wenn Unrecht geschieht. Die Ausgrenzung einer Gruppe aus der Rechtsgemeinschaft, wie 1990 durch die Grundgesetzänderung geschehen, ist himmelschreiendes Unrecht. Doch jene, die die Macht haben, schweigen. Welche Überzeugungskraft kann von den Appellen solcher "Eliten" überhaupt noch ausgehen?

Lienhard Schmidt, Hamburg

Danke Benedikt

Betr.: „Die richtigen Worte“ (Nr. 22)

Ich bin eine protestantische Ostpreußin, in Ostpreußen geboren und möchte dem katholischen, in Bayern geborenen, Papst Benedikt XVI. aus ganzen Herzen danken für die mutigen Wahrheitsworte, die er über das ganze deutsche Volk in Auschwitz (nicht über Auschwitz) gesprochen hat.

Worte, die nach so langer Zeit der Unversöhnlichkeit einmal gesprochen werden mußten, die aber keiner der deutschen Politiker, weder Männer noch Frauen, gewagt haben: Daß es nämlich kein Volk gibt, das nur aus Verbrechern besteht, daß es falsch ist, eine ganze Generation zu verdamme, weil eine Schar von Verbrechern sich durch falsche Versprechungen die Macht erschlichen und mißbraucht hat, zum unsagbarem Leid für andere, aber vor allem für die Deutschen selbst.

Danke, Danke Papst Benedikt XVI.

Annemarie Kordack, Herford



Gefeiert wie ein Popstar: Papst Benedikt XVI. in Polen — Foto: EPA / Corbis

Spendenaufruf für Dönitz?

Betr.: Pflege von Karl Dönitz' Grab

Sie berichteten über den Zustand vom Grab von Großadmiral Karl Dönitz. Daß die beiden Marineverbände dem Zeitgeist folgen, überrascht mich nicht! Leider kann man aus dem Artikel nicht erkennen, ob das vorhandene Geld für die Pflege und den Erhalt des Grabes reicht. Sollte das Geld nicht reichen, wäre ein Spendenaufruf zum 115. Geburtstag am 16. September 2006 doch empfehlenswert!

Reiner Baur, Ludwigsburg

Linke haben ihren Haß gepflegt

Betr.: „Da wird mir übel“ (Nr. 23)

Ich glaube nicht, daß sich Deutschlands Linke von ihrem Haß gegen ihr eigenes Land trennen werden. Diesen Haß haben sie doch seit Jahrzehnten gepflegt, selbst in Gesetze gegossen und haben unter dem Joch einer „politischen Korrektheit“ die freie Meinung zu ersticken gesucht.

Der Papst sagte in Warschau, daß wir uns vor dem arroganten Anspruch hüten müßten, uns zu Richtern früherer Generationen zu erheben, die in anderen Zeiten und unter anderen Umständen gelebt haben. Diesen arroganten Anspruch pflegt die ganze Linke, deren Denken weit in das bürgerliche Lager hineinreicht und es uns schwer macht, Linke und Nicht-Linke zu trennen, was uns dazu führen sollte, unter Auslassung einer verschwommenen Mitte Rechts und Links sauber abzuklären. Was ist denn eigentlich rechts, was links? Antifa, Runde Tische gegen Rechts und ähnliche Gruppierungen sind nach ihren Zwecken, ihren Zielen, Absichten und Meinungen genauso zu untersuchen, wie das für sogenannte rechte Gruppierungen gelten muß. Wir müssen endlich wissen, was gemeint ist und was sich hinter Namen und Schlagworten versteckt, bevor wir zutreffend zu urteilen vermögen.

Monika Engelsmann, Nordhorn

Reif zur Versöhnung

Betr.: „Die richtigen Worte“ (Nr. 22)

Warum ist Herr Mahlitz in seinem Artikel eigentlich so zufrieden, daß sich Papst Benedikt XVI. bei seiner Reise in Polen nicht entschuldigt hat? Ganz offensichtlich verkennt er, daß sich unser Papst vor Gott und den Menschen sehr wohl dafür entschuldigt hat, daß eine verbrecherische deutsche Clique mit Terror, Einschüchterung und Mord unser eigenes Land beherrschte und sogar die Willkür des Mordens nach Polen, insbesondere aber nach Auschwitz getragen hat. Das ist wahrlich ein großes, mutiges Bekenntnis von ihm. Und wenn das so von der überwiegenden Mehrheit der Polen erkannt und anerkannt wird, sollten wir doch alle nachdenklich und zuversichtlich werden. Damit sind wir jetzt doch viel näher an und offener mit unserer eigenen Geschichte, als die, die die wahrhaften Äußerungen des Papstes ins Abseits stellen wollen, indem sie mit der „Gesamtdeutschen Täterschuld“ weiter schwadronieren.

Eigentlich sollten diese Meinungsträger heutzutage längst bemerkt haben, daß sie damit den Ausgleich zwischen Deutschen und Polen massiv behindern, wenn sie und ein Großteil von Politikern meinen, in alten Schablonen „Neues“ schreiben und sagen zu müssen.

Lassen wir doch die Menschen beider Länder entscheiden, lassen wir sie doch als friedliche Nachbarn zusammenkommen! Der Besuch des Papstes hat deutlich gezeigt, daß diese Menschen reif zur Versöhnung sind. Setzen wir also auf die sich positiv entwickelnden Kräfte der Gegenwart, der Zukunft und vor allem auf die Jugend.

Und wenn uns Benedikt XVI. dabei so massiv unterstützt, sollten wir in Gottes Namen auch dafür dankbar sein.

Bernhard Kienast, Gunzenhausen

Kultur und gewachsene Strukturen erhalten

Betr.: „Schwarz-Rot-Gold oder Schwarz-Weiß-Rot?“ (Nr. 17)

Ich bin noch schwindelig von der Lektüre Ihres von großer Sachkenntnis zeugenden Artikels über die deutschen Farben, zeigt Ihr Aufsatz aber auch, gewollt oder ungewollt, welch' unmöglich gebrochenes Verhältnis die Deutschen zu ihrer Nation haben.

Ihre beiden Artikel steigerten deutsches Gefühlsleben ins geradezu Groteske. Ich hätte es begrüßt, wenn Sie ganz eindeutig festgestellt und bekannt hätten, daß „Schwarz-Rot-Gold“ im Laufe der Jahrhunderte die größten deutschen Traditionen „abdeckte“, ebenfalls der Hinweis auf die eindeutige Herkunft unserer Reichsfarben. Sie schnitten dieses Thema nur an. Unbestritten sind die Farben ein Rückgriff auf das alte Kaiserwappen des Mittelalters: das goldene Schild, der schwarze Adler und die roten Fänge.

In der Zeit der großdeutschen Revolution, 1848, war der Wappenadler noch doppelköpfig. Sie wissen es. Mit Gründung des zweiten deutschen Reiches ohne Einbeziehung Österreichs, 1871, wurde wohlbedacht Schwarz-Weiß-Rot eingeführt. Schwarz-Weiß als Reverenz vor dem den Kaiser stellenden Preußen und Rot-Weiß für den Norddeutschen Bund, mit welchem Preußen 1870 gegen Frankreich in den Krieg zog. Tatsächlich, und das ist ja nicht zu verkennen, wurde S/W/R mit kleiner bekannter Unterbrechung bis zum 8. Mai 1945 geführt (!), ab 1932/33 jedoch mit einer bis dahin neuartigen Zusammenstellung. „Schwarz-Rot-Gold“ sollte man inzwischen nicht mehr zur Disposition stellen. „Wegen dem Seelenschatz, der so vielen abgezwungen!“

... vielleicht noch nebenbei und abweichend vom eigentlichen Thema: Fiel Ihnen schon auf, daß unsere jetzige Republik als erste deutsche Staatseinheit sich eindeutig zum Namen „Deutschland“ bekennt und darunter firmiert.

Ihnen frohes Schaffen und bitte, wenn es denn geht, nicht allzu lange Artikel.

Unterscheidungen preiszugeben heißt, Kultur und danach gewachsene Strukturen fallenzulassen.

Friedrich-Karl Hehnen, München

Unangepaßte Richterin

Betr.: „Gegen den Strom“ (Nr. 22)

Der Autor irrt, wenn er meint, daß das von ihm genannte Sondervotum das erste der Richterin Evelyn Haas sei. Die Richterin hat bisher zehn Sondervoten erstellt. Sie sind in der Liste der „Abweichenden Meinungen“ der Registerbände enthalten. Sie stehen in jeder Bücherei eines Amtsgerichtes. Von den „Abweichenden Meinungen“ soll hier nur das vom 93. Bande erwähnt werden. Es ist auch heute noch lesenswert. Es behandelt den Ehrenschutz des Soldaten bei schweren Beleidigungen.

Heinzgeorg Neumann, Vizepräsident des Verwaltungsgerichtes a. D., Lüneburg

Gefiltertes Bild

Betr.: „Streit um bulgarische Bettlerbande“ (Nr. 21)

Was uns heute vor allem fehlt, sind wache, objektive Medien, die ohne politische Schlagseiten ihre Leser und Hörer korrekt informieren. Heute erhalten viele Leser / Hörer oftmals ein gefiltertes Bild der Wirklichkeit, die Vorurteile und politische Justierungen von Journalisten werden als Wahrheiten verkauft, während die Pflicht zum Hinterfragen und zum Zweifel vergessen wird.

Auch an Vertreter der Kirchen, die ja auch nicht die Wahrheit gepachtet haben, ist die Forderung zu stellen, erst sorgsam zu prüfen, bevor Gläubige möglicherweise mit falschen Informationen gefüttert und Emotionen geweckt werden, für die es keinen Anlaß gibt.

Nora Fraude, Lörrach

Die CDU wird unter Merkels Führung zu einem Paket ohne Inhalt

Betr.: „Fehlpässe der Regierung“ (Nr. 23)

Mit Angela Merkel erleben wir eine Pleite. Mit ihr steigen die Steuern und Lasten, die Bürokratie wie die Bevormundung der Bürger wachsen, wirkliche Arbeitsplätze lassen sich für Deutsche wohl nur auf dem Mond finden. Vertretung deutscher Interessen? Was ist das? Eine EU-Verfassung will sie in Gang bringen, die keiner will. Unsere Soldaten entsendet sie in ferne Länder, wo sie nichts zu suchen haben. Die CDU wird unter ihrer Führung zu einem Paket ohne Inhalt, kopf-, führungs- und wertelos. Allerdings ginge es uns unter einem SPD-Kanzler sicher nicht besser.

Im Ausland soll sie gut angekommen sein. Uns hat das Geld gekostet. Was hat es uns gebracht?

Da lebe doch der Fußball hoch. Hatten nicht schon die alten Römer Spiele für das Volk? Ballacks Wade bewegt Millionen. Vor dem Reichstag eine Attrappe des Olympiastadions, in dem am vergangenen Donnerstag die Moderatoren Kerner und Gottschalk genauso hilflos agierten wie die gegenwärtige Bundesregierung.

Freimut Fendler, Landshut/Isar

Die letzten Kriegstage waren für uns ein angstvolles Durcheinander

Betr.: „8. Mai – Tag der Besinnung“ (Nr. 19)

Nach 61 Jahren nennt man diesen Tag wohl so. Wir aus Ostpreußen lernten ihn dann hier später als „Tag der Befreiung“ kennen. Dieser 8. Mai 1945 war ein ungewöhnlich schöner, sonniger Tag, ruhig und still. Nach diesem strengen Winter, wo man am 21. Januar fast ganz Ostpreußen auf die Straßen schickte.

Im Februar 1945: Der Geschützdonner kam näher. Ringsherum loderten helle Feuer. So beschloß unsere Familie noch am Abend „wir gehen weiter zum Dorf in einen festen Keller“, was unserer Familie dann auch das Leben rettete. Es war der 5. Februar. Auch dieses Haus brannte, als man uns aus dem Keller holte und über eine Wiese trieb. Zum Wald, zur Ziegelei und danach noch ein paar Orte weiter. Am 4. März erst gelang es uns zurückzukehren. Gleich beim Ortseingang fanden wir dann Aufnahme im Oberstübchen. Großeltern, Mutter und wir drei Kinder.

Eine Kommandantur gab's nicht im Ort. Wurden wir mal überfallen, waren wir schutzlos. Es hielt aber immer jemand Wache.

Nun dieser sonnige 8. Mai 1945. Es kam ein russischer Offizier, der uns mitteilte, das „Chittler tott und Wojna kaputt“, er wolle aufschreiben, wie viele Familien, wie viele Personen; hatte Papier und Bleistift dabei. Ging von Haus zu Haus, das heißt von Stube zu Stube, es sollte jede Familie eine Kuh erhalten. Meine Oma hat geweint, war es doch die Milch, die Kindern und alten Leuten zum Überleben fehlte. Wußte sie noch, wie ihre Großmutter ihr einst erzählt hatte, daß im unglücklichen Krieg 1806/07 der ganze Ort nur eine Kuh hatte.

Nur wehe den Menschen, wo die russischen Soldaten alkoholische Getränke bekamen und im Rausch und Siegestaumel nicht mehr wußten, was sie tun. Da ist noch viel Blut geflossen. Beim Fließen von Alkohol gab's auch noch Tote – die Mütter erhielten die Nachricht „fürs Vaterland gefallen“. Das war: „Der 8. Mai 1945“

Ursula Lübge, Fischbeck

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kriegsverbrechen

Betr.: „Das Spiel mit den Opferzahlen“ (Nr. 19)

Nach dem militärisch vollkommen sinnlosen Luftangriff der Amerikaner und Engländer im Februar 1945 auf Dresden sind 25 000 gezählte Brandopfer politisch korrekt. Das Massaker von Dresden, das die Alliierten gezielt herbeigeführt haben, ist und bleibt ein Kriegsverbrechen, auch wenn die Politiker im Bundestag sich winden, dies zuzugeben.

Die aus Schlesien vertriebenen und in der Stadt sich aufhaltenden Flüchtlinge dürften die offiziell verordnete Zahl von 25 000 erheblich übertreffen. Doch Vorsicht ist geboten: In vielleicht wenigen Jahren könnte die angezweifelte Zahl der 25 000 grausam Getöteten den Staatsanwalt auf den Plan rufen. Warum? Die Behauptung, daß Alliierte sich eines Kriegsverbrechens einer solchen Größenordnung schuldig gemacht haben, vor allem bei weitem größer als bislang von offizieller Seite eingestanden wurde, widerspricht der veröffentlichten Meinung von den moralisch guten Alliierten und den bösen deutschen Kriegsverbrechern.

Jochen Lückoff, Bad Liebenwerda



Ehrenmal in Königsberg für die 1945 im Kampf um die Stadt gefallenen sowjetischen Marinesoldaten: Was für viele Russen eine Touristenattraktion ist, läßt viele deutsche „Heimwehtouristen“ erschauern. Foto: Caro

Von Herder

Betr.: „Was äußerlich nicht da ist“ (Nr. 21)

Darf ich darauf hinweisen, daß es sich bei den Worten „Licht, Leben, Liebe“ auf dem Bild der „Madonna von Stalingrad“ ursprünglich um die Inschrift auf Johann Gottfried Herders Grabplatte in Weimar gehandelt hat? Jedem halbwegs gebildeten protestantischen Geistlichen ist das 1942 vermutlich noch bewußt gewesen.

Dr. Dr. h.c. Norbert Hinske, Trier

Das ist Tilsit

Betr.: „Königsberg – Verzeih!“ (Nr. 20)

Das auf Seite 14 zu obigem Artikel abgebildete Foto ist eindeutig die Hohe Straße in Tilsit und nicht in Königsberg. In dem linken Haus mit den Säulen befand sich früher der Kreditverein, rechts daneben steht das Haus mit dem Ritter oberhalb des Balkons, auf dem Balkon darunter befindet sich ein großer Fisch. Auf dem abgebildeten Foto deutlich sichtbar.

Siegrid Ernst, Kiel

Königsberg im Herzen – »Wir hoffen lediglich, noch ein kleines Stückchen Heimat zu finden«

Betr.: „Königsberg – Verzeih“ (Nr. 20)

Der Artikel „Königsberg – Verzeih“ von Harald Breede hat mich mehr als ein wenig befremdet.

Gleich am Anfang ist er enttäuscht, daß die Ostsee-Kreuzfahrten nicht in dem früheren Königsberg anlegen. Die Kaimauern des Hafens sind zerbröckelt, die Zäune sind verrostet und teilweise heruntergefallen. Einen Schiffsverkehr gab es kaum in dem Hafen, auf der gegenüberliegenden Seite sind Unmengen von Kränen zusammengetragen und anscheinend nicht benutzt, denn wir sahen keine Aufbau-Arbeit irgendwo, der Hafen war leer. Die Hafengebäude waren teilweise zerfallen, Fenster ausgeschlagen, die Außenmauern schmutzig und bröckelnd. Sicherlich ist eine Kreuzfahrt-Gesellschaft nicht bereit, ihre zahlenden Kunden da hereinzufahren.

Herr Breede bedauert, daß meistens nur von den Plattenbauten gesprochen wird. Das ist verständlich, denn wenn man in das frühere Königsberg hereinfährt, fährt man Straßen entlang und ist überwältigt von diesen vernachlässigten Plattenbauten, einer neben dem anderen. Die ganze Innenstadt scheint davon übersät zu sein, wo man auch hinsieht. Und sie sind grau und schmutzig, die Geländer der Balkons meist verrostet und hier und da mit Wellblech verstärkt. Dieses aber mit Mietskasernen in Trabantenvorstädten in westlichen Ländern zu vergleichen, ist wirklich ein wenig zu weit gegriffen. Ja, es gibt solche Viertel in den meisten Städten, aber sie bedecken nirgends sonst ein ganze Stadt.

Wir „Heimweh-Touristen“ haben nicht vergessen, was man unserer Heimat angetan hat. Wir suchen Königsberg und finden es überwältigt und erstickt von Kaliningrad. Wir hoffen lediglich bei einem Besuch noch irgendein kleines Stückchen Heimat zu finden, ein kleines winziges Bleibsel aus unserer Vergangenheit, als Ostpreußen und Königsberg noch schön waren. Deshalb ist ein alter Kanaldeckel aus der Zeit, als die Stadt noch Königsberg war, sehr wichtig. Herr Breede scheint zu vergessen, daß wir alten Ostpreußen, wir „Heimweh-Touristen“, nach dem früheren Königsberg fahren, nicht nach dem heutigen Kaliningrad. Ich, und ich kann ja nur von mir selbst sprechen, bin nicht daran interessiert, Kaliningrad zu erforschen. Ich möchte irgendwie finden, daß Ostpreußen noch nicht ganz tot ist, daß Königsberg noch atmet. Ja, der Dom ist wieder gebaut – mit deutschen Geldern, Herr Breede, sonst läge er auch heute noch in Trümmern, oder hätte einen Plattenbau anstelle. Wenn jemand den Ankunftsbahnhof Nordbahnhof anstatt von dem Hauptbahnhof genannt hat, so ist es vielleicht, daß der Nordbahnhof so sehr viel bekannter war in Königsberg. Uns wurde von der russischen Stadtführung das Innere des Hauptbahnhofs vorgezeigt. Wir haben ihn gesehen samt goldenem Kronleuchter. Gewöhnlich ist ein Bahnhof kein Vorzeigestück in Stadtrundfahrten, aber ja, der Bahnhof ist wieder aufgebaut. Der Nordbahnhof steht auch noch mit den Säulen von „damals“. Mein Blick wurde aber immer wieder zu dem großen Parkplatz davor gezogen, denn darunter liegt mein Vater immer noch in einem Massengrab. Und ich konnte nicht einmal eine Blume in Gedenken dort hinlegen. Auch nicht natürlich, wo die vielen, vielen anderen Mitglieder meiner Familie irgendwo verscharrt oder vielleicht nur liegengelassen wurden. Für Deutsche gibt es in dem heutigen Kaliningrad keine Friedhöfe mehr. Sollte ich das vergessen, um eine wieder renovierte Villa zu bewundern? Ich wundere mich übrigens, warum unsere russische Stadtführung uns diese wunderschöne Villenvorstadt, von der Herr Breede erzählt, nicht gezeigt hat. Das Villenviertel, das uns gezeigt wurde, war überwachsen mit Unkraut und anscheinend unbewohnt. Darunter waren zwei oder drei sehr schön renovierte Villen, mit schönen Gärten, zwischen all dem Schmutz und Zerstörung. Die russische Führung erklärte, daß diese Villen den Mafia-Bossen gehören. Herr Breede schreibt von dem schönen blauen Schloßteich, den wir anscheinend nie sehen. Oh doch, wir sind um den Teich herumgegangen. Der Teich war jedenfalls vor drei Jahren völlig braun und verschmutzt, mit Unkraut bewachsenen Ufern, in dem auch mehr als genug Unrat lag. All das wird nicht schöner, weil neue Autos – die habe ich nicht übersehen – auf den Straßen fahren.

Bitte, Herr Breede, bitten Sie nicht um Verzeihung in unserem Namen. Wer um Verzeihung bitten sollte, sind die Amerikaner, die unsere schöne Stadt mit Bomben zerstörten, und die Russen, die unsere ganze Heimat niederwalzten und versuchten, ihr die Seele zu nehmen. Wir brauchen Königsberg nicht um Verzeihung zu bitten, denn wir tragen Königsberg und unsere geliebte Heimat in unserem Herzen. Das heutige Kaliningrad bedeutet uns nichts und hat eigentlich nichts mit unserem Königsberg gemein, außer der geographischen Lage und dem wiedererbauten Dom und anderen wenigen renovierten Plätzen, und nicht einmal das ist, außer der Erlaubnis, den Russen zu verdanken. Herrn Breede sprach in seinem Artikel nicht Königsberg an, denn anscheinend hat er keine Tränen für Königsberg. Es klang mehr wie eine Bitte um Verzeihung an Kaliningrad, das wir „Heimweh-Touristen“ nicht sehen können oder wollen. Ich fand, was da heute steht, ist nicht Königsberg und verdient bei Gott nicht den Namen.

Irme d'Erceville, West Vancouver, Kanada

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Klaus D. Voss
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Jürgen Liminski.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 € monatlich, Luftpost 14,50 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51
http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
info@ostpreussen.de
Pressestelle:
presse@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **2471**

Wir wollen Kanaldeckel und alte Ruinen

Betr.: „Königsberg verzeih“ (Nr. 20)

Der Auszug hat mich sehr verärgert. Regelrecht wütend gemacht, was bei mir selten vorkommt. Dieser Herr Breede hat wahrscheinlich keinerlei persönliche Beziehung zu unserer Stadt. Breede steht nicht im Königsberger Einwohnermeldebuch. Mir hat jeder andere Bericht mit Foto von einem „Kanaldeckel“ mehr Freude bereitet. Er fuhr sehr bequem und mit viel Geld in der Tasche. Wodka für jeden, der mit mir spricht sozusagen.

Die meisten von uns verließen die Heimat damals plötzlich. Luftschutzgepäck, extra Kleidung angezogen und ab. Mit einem Frachter, zu Fuß bis Pillau, mit dem letzten Zug am 22. Januar 1945 oder ähnlich. Viele blieben zurück. Auch für diese Menschen blieb keine Zeit zum Abschied nehmen. Nur der Augenblick zählte zum Überleben. Durchhalten, durchhalten, es kann doch nur noch besser werden.

Herrn Breedes Bericht über die schönen breiten Straßen und Plätze, wir wissen daß unter dem Asphalt viele Deutsche ihr Grab gefunden haben, und wir treten da leise auf. Die breiten Straßen und Plätze gibt es, weil viele Straßen ausradiert sind. Deshalb die Spurensuche.

Die Kreuzapotheke – mein Vater hat dort gearbeitet von 1934 bis 1945. Im Amtsgericht war er vom 1. Februar bis 9. April 1945, einer der letzten Kampfstützpunkte. Die Sternwarte, ach der herrliche alte Park rundum, von Ecke Volksgarten bis runter zur Kinderklinik voller Anemonen und im Herbst Kastanien. Hannelore Randzuss, die auf dem Gelände der Sternwarte in einem Einfamilienhaus wohnte, war mit mir befreundet, unsere Väter ebenfalls.

Gegenüber der Botanische Garten. Hier wohnte Professor Mothes mit Familie, und mein Bruder und die Mothes-Zwillinge Heinrich und Winrich waren Schulkameraden und Freunde. Die Medizinische Klinik in der Drumstraße, nebenan war „meine Herbartschule“, steht auch noch. Und ist, Gott sei's gedankt, noch gut zu erkennen. Wie schön, daß sie nicht renoviert ist und neu angepinselt.

Herr Breede, das sind Erinnerungen, Erinnerungen an unsere Heimat, die uns genommen wurde. Meinen Sie, ich bin aus lauter Unternehmungslust nach Kanada gezogen?

Wir wurden in dem Rest von Deutschland mit Geringschätzung aufgenommen. Beschimpft, geprügelt und verhöhnt. „Marjellchen, hast dir bekleckert mit das Gelbe von die Ei“ war noch das mildeste.

So, die Leute, die da „Nach Hause“ fahren, sind keine Touristen. Es sind Heimatlose, die Spuren suchen. Spuren, welche beweisen, wenn auch nur sich selbst gegenüber, daß auch sie hier einmal beheimatet waren. Die Spurensucher suchen nicht nur nach der alten Schule, sondern auch den Platz, wo viele ihrer Angehörigen den letzten Atemzug getan haben.

Lesen Sie „Überleben war schwerer als sterben“, E. Morgenstern. Auch sie war in die Herbartschule gegangen. Die Bücher von Lehndorff, Lothar Fink, Hans Deichelmann, Anneliese Kreutz – „Das große Sterben in Königsberg“. Dann erst, Herr Breede, werden Sie die „Spurensucher“ verstehen.

Uns, meinen Eltern und vielen anderen war das *Ostpreußenblatt* seit seinem Anfang ein Stückchen Heimat. Berichte von Ostpreußen, Suchanzeigen, Geschichten von zu Hause. Eine Zeitung, die uns verstand.

Wir wollen Kanaldeckel und alte Ruinen und Berichte, nicht Reiseberichte von Touristen – für Reklame kann ich ein Reisebüro besuchen. Und vor allem, Herr Breede, verunglimpfen Sie in der Zukunft nicht die Berichte anderer in der Annahme, daß alle vor Freude darüber vor Ihnen Purzelbäume schlagen.

Wer im Herbst nach Königsberg fährt, bitte schickt mir eine Kastanie aus Königsberg für meinen „Kastanienbaum aus Königsberg“ (wird gepflanzt).

Brigitte von Kalben, West Hill, Kanada

Letzter Zeitzeuge

Betr.: „Was äußerlich nicht da ist“ (Nr. 21)

Mir ist bekannt, da ich selbst am 31. Januar 1943 in sowjetische Gefangenschaft in Stalingrad geriet, daß die Zeichnung „Madonna“ von Herrn Reuber an seinen Freund, den Baron aus dem Ort Grießem bei Hameln, der als Kranker oder Verwundeter noch fast als letzter aus dem Kessel ausgeflogen wurde, mitgegeben wurde. Dieser Baron, dessen Namen mir entfallen ist, baute zum Dank seiner Heimkehr in Grießem auf seinem Grundstück eine kleine Kapelle für die Gemeinde, da es in diesem Ort keine Kirche gab. In dieser Kapelle befindet sich auch das Relief der Madonna. 1982 war ich dort, der Baron war verstorben, die Tochter traf ich nicht an. Die Kapelle war total verwahrlost.

Ich bin einer der letzten Zeitzeugen, daher auch meine Stellungnahme. **Rudolf Nagaitschik, Wolfenbüttel**

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kurioses Erbe

Ein Wehrturm gegen die Schmach der Armut

Von HELGA SCHNEHAGEN

„Ihr werdet sehen – mein Turm wird noch bewundert werden, wenn eure Häuser schon längst nicht mehr stehen“, prophezeite Margarete Böttiger trotzig ihren Nachbarn.

Rund 650 Jahre hält sich das 90 Zentimeter starke Mauerwerk des Lindleinturms in Creglingen nun schon aufrecht. Die Vorhersage hat also eine gewisse Berechtigung.

Darf man hier wirklich eintreten? Die Bewohnerin scheint gerade außer Haus, Pardon, außer Turm, zu sein. Der Blick des Besuchers schweift über die armselige Habe der kleinen Stube. Hemd und Handtuch hängen zerlöchert am Haken, aus einer Toilettentasche quillen Medikamente, auf dem Tisch stapeln sich Zeitschriften und Papiere, das Bett versinkt unter einem Berg von Decken und der Wasserkessel auf dem Windofen wartet nur darauf, erhitzt zu werden.

Die Bewohnerin scheint gerade außer Haus zu sein

An die Wand ist der Schwarz-Weiß-Abzug eines Hochzeitsbildes geheftet. Täglich saß Margarete Böttiger auf dem einfachen Holzstuhl davor. Wer mag hier geheiratet haben? Margaretes Mutter war ledig, sie selbst wurde 1897 in Creglingen unehelich geboren. Verheiratet war auch sie nicht. Dafür besaß sie den Turm. Ihre Familie waren die Tiere, vor allem Katzen. „Auf Wiedersehen im Himmel“ notierte sie im Kalender hinter jedem Datum, an dem einer ihrer Lieblinge verstorben war. Dazu gehörte auch das „liebe Perlhuhn“. Als sie selbst 1995 im Alter von 98 Jahren entschlief, hinterließ sie der Stadt 325000 Mark und den Auftrag, ihr Heim ungeachtet aller materieller Wertigkeit zu konservieren und aus dem Lindleinturm ein Heimatmuseum zu machen.

Dafür hatte die Magd und Tagelöhnerin ihren Nachttopf 70 Jahre lang im Stall hinter dem Turm entleert und Holz und Brikett zum Herd geschleppt. Einziger Luxus waren ein Eisschrank sowie in späteren Jahren ein Gaskocher und ein elektrischer Heizkörper.

Ein bewußt ärmliches Leben, obwohl sie es als Dienstmädchen in sogenannten besseren Häusern anders kennengelernt hatte. Als ihr die schwer erkrankte Mutter im Juli 1927 schrieb: „Liebe Tochter der Thurm ist noch nicht verkauft. Ich denke, wenn es Gottes Wille ist, komme ich vom Armenhaus raus ... ich kann es nicht mehr erwarten, bis Du kommst“, kehrte die Tochter von ihrer Dienststelle aus Stuttgart nach Creglingen zurück und erwarb die Immobilie noch im selben Jahr. Für die Mutter jedoch zu spät. Sie verstarb wenige Monate vor dem Einzug.

Das heiß ersehnte gemeinsame Turm-Weihnachtsfest fand nicht mehr statt. Dafür verschwanden weder Weihnachtsbaum, noch Weihnachtsschmuck jemals wieder aus der Guten Stube. Auch nicht zu Margaretes Geburtstag am 19. Mai, wenn Pfarrer und Bürgermeister regelmäßig zum Gratulieren kamen. Einer der seltenen Tage, an denen das obere Turmgeschoß zu Ehren kam. Denn mit dem nie benutzten frisch bezogenen Bett war es seit dem Einzug Museum für die Mutter.



Lindleinturm: Innenansicht der Guten Stube mit permanenter Weihnachtsdekoration Foto: K.Hein

Seit Beginn des 13. Jahrhunderts gehörte das Dorf im Taubertal zum Besitz des Hauses Hohenlohe Brauneck. Am 19. Januar 1349 erhielt Gottfried III. von Kaiser Karl IV. die Erlaubnis, Creglingen zur Stadt zu erheben und diese mit Gräben, Mauern und Türmen zu befestigen. Die exakte Entstehungszeit der mittelalterlichen Befestigungsanlage ist bislang unerforscht. Aufgrund einer Urkunde von 1362, die Creglingens Einwohner als Oppidani bezeichnet, nimmt man an, daß sie zu diesem Zeitpunkt bereits bestand. Noch im frühen 19. Jahrhundert war Creglingen vollständig umwehrt. Erst durch die Stadterweiterungen im 20. Jahrhundert wurde die Stadtbefestigung weitgehend abgebrochen.

Der Lindleinturm war nach dem Dreißigjährigen Krieg als Lagerraum verpachtet, 1795 als „entbehrlicher Thurm“ versteigert und zum „Wohnhäußlein“ umgebaut worden. 1999 wurde er als Heimatmuseum eröffnet. In zwei weiteren Wach- und Wehrtürmen, die ebenfalls den Zeitläuften trotzen konnten, sind heute komfortable Ferienwohnungen eingerichtet.

Lindleinturmmuseum: Öffnungszeiten Freitag von 10 bis 12 Uhr, am Wochenende von 10 bis 12 und von 14 bis 17 Uhr.



Burg Falkenstein: Die Burgkapelle blieb erhalten. Foto: privat

Märchenhafte Stimmung

Burg Falkenstein im Harz bietet einen Blick in die Geschichte

Von ESTHER KNORR-ANDERS

Die aus dem 12. Jahrhundert stammende Burg Falkenstein gilt als Kulturjuwel des östlichen Harzes. Auf einem Berg im Selketal errichtet, blickt sie auf urwalddichte Wälder. Literarisch unsterblich machte sie Gottfried August Bürger mit der Ballade „Die Pfarrerstochter von Taubenhain“, in der ein Bergjunker mit der Dorfschönen folgenschwer techtelmechtelte. Zahllose Künstler verfielen dem Reiz der Burg und der sie umgebenden Landschaft: Caspar David Friedrich, Novalis, Klopstock. Carl Maria von Weber komponierte Teile seines „Freischütz“ im Selketal. Der berühmteste Schreiber aber war Eike von Repgow, der um 1220 bis 1235 das älteste deutsche Rechtsbuch, den „Sachsenspiegel“, verfaßte, und zwar in so eindeutiger Sprache, daß er auch eindeutige Rechtsprechung schuf. Die Nutzung des Buches ging weit über den deutschsprachigen Raum hinaus, holländische und polnische Übersetzungen folgten.

Mit dem „Sachsenspiegel“ sind wir mitten in der Geschichte der Falkensteiner, denn Graf Hoyer von Falkenstein, ein Freund Repgows, hatte zur Niederschrift angeregt. Zwölf Generationen, von 944 bis 1334, umfaßte das Geschlecht. Der letzte Falkensteiner, Graf Burchard, vermachte 1332 seinen gesamten Besitz dem Domstift Halberstadt, das wiederum Grund und Boden den Freiherren von der Asseburg übertrug, die sich ihrerseits, durch die Jahrhunderte bis 1945, für das Wohlergehen der Burg einsetzten. Dann fand im mittleren Deutschland die sattsam bekannte Enteignung statt; später betreuten verantwortungsbewußte Museumsbeauftragte das Kulturdenkmal, das 1993 dem neuen Bundesland Sachsen-Anhalt zur weiteren Pflege anvertraut wurde. Der Rundgang durch die Burganlage versetzt in märchenhafte Stimmung. Bei der enormen Ausdehnung der Burg müssen wir uns auf Einzelheiten beschränken. Der Innenhof verleitet zum Verweilen. Drei mächtige Bauwerksflügel und drei Türme umschließen ihn. Der größte Turm, der Bergfried, diente als Verlies für Schwerverbrecher, die durch das „Angstloch“ abgeseilt wurden. Das „Herrenhaus“ war Wohntrakt der männlichen Falkensteiner und Asseburger.

Natürlich wurden die Räume im Verlauf der Jahrhunderte verschieden genutzt; das Inventar wechselte mit dem Zeitgeschmack. Das „Biedermeierzimmer“ besticht durch herrliche Holztäfelung, zwei Stücke der als Raritäten geltenden „Lyramöbel“ mit halbrundem Unterbau (Schreibsekretär, Vitrine) werden bestaunt. Der kostbare Hammerflügel von Ignaz Pleyel wurde aus Paris nach Falkenstein geliefert. Die Burgkapelle ist Bestandteil des „Frauenhauses“ und original aus der Renaissance erhalten. Die Gemälde auf der Empore samt Inschriften sind nachdenklicher Betrachtung wert. Auf der „Flucht nach Ägypten“ lesen wir: „Gott findet für den, der sich mitten unter Feinden befindet, Schutz, mag er auch von der heimatlichen Erde verbannt sein.“ Hoch an der Wand, seitwärts der Kanzel, ein spätgotisches Kruzifix. In der gegenüberliegenden Wand fällt ein „Romanischer Belüftungsstein“ auf. Er diente der Frischluftzufuhr des fensterlosen Raumes, in dem „Inklusen“, Frauen und Männer, die sich zur Askese einmauern ließen, ihr Leben fristeten. Speise und Trank wurde durch einen Spalt gereicht. Aberglaube will wissen, daß die Inklusen dem Bauwerk Unversehrtheit sicherten.

Nach dem Rundgang kann man zum nahen, von Achatz Ferdinand von der Asseburg erbauten Barockschloß Meisdorf wandern, heute eine Anlage eleganter Hotellerie.

Museum Burg Falkenstein, 06543 Falkenstein, Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag von 9 bis 17 Uhr, am Wochenende von 9 bis 18 Uhr, November bis Februar von 9 bis 16 Uhr.

Töchter sind doch was Liebes, oder?

Wenn der Nachwuchs seine Marotten auslebt und die Eltern charmant um den Finger wickelt

Von GABRIELE LINS

Es ist leichter, einen Sack Flöhe zu hüten, als ein Haus voller Kinder, heißt es im Volksmund. Wer diesen Satz erfunden hat, muß eine genervte Mutter gewesen sein, die mindestens drei Töchter hatte ... Als der liebe Gott diese besondere Spezies erschuf, muß er ein kleines bißchen verwirrt gewesen sein. Vielleicht hatte er ja auch nur zuviel von seinem selbst geschaffenen Wein gekostet.

Und doch: Töchter sind was Liebes! Sie sind ganz und gar verschieden, doch in einem gleichen sie sich alle: Wenn sie diesen gewissen Ausdruck in den Augen haben, mit dem sie ihren Vater herumkriegen wollen. Schon die Allerkleinsten haben ein feines Gespür für die Schwächen ihrer Eltern.

Manchmal möchte man die verwandtschaftlichen Verhältnisse verleugnen. Zum Beispiel dann, wenn man mit so einem Töchterchen in einem überfüllten Wartezimmer sitzt, und das liebe Kind überdeutlich in das kränkelnde Schweigen ruft: „Mama, guck mal, die Frau hat aber dicke Beine!“

Auch in einem feinen Restaurant mit verbindlich lächelndem Ober kann einem so ein niedliches töchterliches Wesen einen Schock versetzen, indem es strahlend verkündet: "Der Bediener sieht aus wie ein Pinguin!“ (Womit sie durchaus nicht Unrecht hat).

Als mein Mann und ich es uns abgewöhnt hatten, in solchen Augenblicken rote Köpfe zu kriegen, waren die lieben Töchter schon groß. Nun passiert so etwas nicht mehr – halbwüchsige Töchter schießen mit anderen Kanonen auf Spatzen.

Will man diese zottelhaarigen Geschöpfe, die mit ihren langen Armen und Beinen und ihrem Freiheitsdrang nicht wissen wohin, voller Stolz mit einem etwas pingeligen Verwandten zusammenführen, so kann es sein, daß sie zum Schrecken ihrer Eltern ungekämmt und mit den ältesten Jeans angetan, hereingeschlurft kommen und Gummi kauend nur ein uninteressiertes „Hey ...“ nuscheln, wobei sie den entsetzten Onkel wenigstens noch charmant anlächeln. Die sogenannte Etikette ist den halbwüchsigen Töchtern von heute egal, Benehmen ist bei ihnen ohnehin Glückssache. Eins muß man ihnen allerdings lassen: Sie sind erfrischend natürlich, dazu grundehrlich. Was wir damals verschämt hinter der vorgehaltenen Hand flüsterten, sagen Teenies heute frei und unverklemmt heraus. Man weiß immer, woran man mit ihnen ist.

Haben sie das heulende Elend, dann werfen sie sämtliche Türen knallhart ins Schloß und sich selbst auf die unaufgeräumte Couch mit den vielen Schmusetierchen. Für die böse Welt sind sie erst einmal gestorben. Dann weiß man als Mutter gleich: Den Rasen mähen sie heute nicht mehr. Dazu sind sie viel zu frustriert. Und morgen schon gar nicht.

Schlimm wird es, wenn die Töchter verliebt sind. Meine, die vorher kaum eine Nudel von einem Kloß unterscheiden konnten, entfalteten plötzlich ungeahnte Kochkünste. Im Nu war mein vorher so gut gefüllter Kühlschrank leer, die Küche dafür voll von Essensresten und schmutzigem Geschirr. Nun brauchten sie auch statt der üblichen zwei T-Shirts und drei Jeans die doppelte Menge Wäsche pro Woche. Bevorzugt wurden jetzt Kleidchen, kurz wie das Oberteil eines Schlafanzugs und außerordentlich schwer zu pflegen.

Das Weltbild mancher Töchter ist in einem gewissen Alter recht kompliziert; ihr Verhältnis zu Männern ist oft gespalten. Spendable Väter gehen gerade noch durch, der kleine Bruder nervt, nur der jeweilige Freund ist okay.

Aber sie haben auch ihr Gutes. Liegt man krank und geschafft im Bett und sie stehen verlegen vor dir, wickeln ein paar verdrückte Blümchen aus, heimlich aus Nachbars Garten gepflückt, und sagen in einem Atem: „Hier, Muschken, damit du ganz schnell wieder gesund wirst – ohne dich ist es irgendwie öde – kannst du uns mal deine beiden neuen Edeljeans leihen – wir haben doch heute Abend diese Fete“, dann reißt es einen vor Rührung vom Linnen und man denkt mit einer Träne im Augenwinkel: „Töchter sind doch was Liebes!“

MELDUNGEN

Neue Zertifikate in Königsberg

Königsberg – In die Russische Föderation dürfen nur noch Fahrzeuge eingeführt werden, die der Euro-Norm 2 entsprechen. Seit dem 22. Mai gibt es in der Föderation Zertifikate über die Erfüllung dieser Umweltschutznorm für eingeführte Autos aus dem Westen. Ausstellungsort ist Ostpreußens Hauptstadt Königsberg. An anderen Einfuhrpunkten wird die Abwicklung für ausländische Fahrzeuge zumindest längerfristig wesentlich komplizierter werden. Wie die Internetzeitung „gazeta.ru" berichtet, sind Spezialisten des Zertifizierungszentrums aus Moskau nach Königsberg geflogen, um ein entsprechendes „Zentrum für Standardisierung und Vermessung" einzurichten. Bislang hat das Zentrum weder eine Beurteilung noch eine Lizenz. Dennoch sollen hier Zertifikate ausgestellt werden, deren Preis zwischen 1000 und 3000 Rubel (ungefähr zwischen 30 und 90 Euro) variieren kann. Laut einem Experten aus Moskau wird die Dauer der Zertifizierungsprozedur wohl zwischen wenigen Stunden und einigen Tagen liegen.

Am anderen Ende der Russischen Föderation hat man aus dem Faktum, daß es hier keine Euro-2-Zertifikate gibt und auch niemand – nicht einmal die technischen Überwachungsdienste für Kraftfahrzeuge – einem bislang sagen kann, wo man zum Beispiel in Wladiwostok solch ein Zertifikat bekommen könnte, die Konsequenzen gezogen. Die Fernöstliche Zollbehörde ließ durch ihre Pressestelle mitteilen, daß man dort, solange es keine verbindliche Regulierung bezüglich der Euro-2-Zertifikate gebe, weiter nach den bisherigen Einfuhrbestimmungen verfahren werde.

Doch auch aus einem anderen Grund ist kurzfristig nicht mit einer signifikanten Verbesserung der Luftqualität zu rechnen. So brauchen die in der Russischen Föderation selber produzierten Kraftfahrzeuge nicht der Euro-Norm-2 zu entsprechen, was sie auch nicht tun. Der Produzent der auch im Westen bekannten russischen Automobilmarke „Lada" kündigte lediglich an, daß einige der zukünftigen Modelle der Umweltschutznorm entsprechen würden. Allerdings wird mit diesen in frühestens drei Jahren gerechnet. *MRK*

Wilna–Riga–Königsberg

Königsberg – Die litauische Fluggesellschaft „Air Baltic" wird in Zusammenarbeit mit der russischen Fluglinie „Pulkovo Airlines" zum 2. Juli eine Direktverbindung zwischen Riga und Königsberg einrichten. Damit gibt es eine Flugverbindung von litauischen Vilnius (Wilna) über Riga nach Königsberg. „Air Baltic" wird viermal pro Woche Flüge mit einer Fokker 50 durchführen, und zwar an den Wochentagen Montag, Mittwoch, Freitag und Sonntag. Der Flug wird etwa 70 Minuten dauern. Ein einfaches Ticket wird um die 80 Euro einschließlich Flughafengebühr kosten. *JJ*



Fokker 50 Foto: privat



Einweihung: Sie wurde von hohen kirchlichen und staatlichen Würdenträgern in einem festlichen Rahmen vorgenommen. Foto: Marxen

»Carl-Blum-Haus« eingeweiht

Die ehemalige Schule in Gembern wird fortan als evangelisches Altersheim genutzt

Am 10. Juni wurde im zum Königsberger Gebiet gehörenden Gembern das evangelische Altersheim „Carl-Blum-Haus" unter der Diakonie der Kirchengemeinde Gumbinnen eingeweiht. Das Gebäude ist Anfang der 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts in Mallenuppen, Kreis Darkehmen als Schule erbaut worden, in der die Kinder aus den umliegenden Dörfern von der 1. bis zur 8. Klasse in einem Raum unterrichtet wurden. Von 1946 bis 2003 wurde das Gebäude als Kindergarten genutzt.

Der heutige Probst des Königsberger Gebietes, Heye Osterwald, hat das leerstehende Gebäude für das Altersheim ausgesucht. Viele bürokratische Hürden waren zu überwinden und das Geld für den notwendigen Umbau zu besorgen. Spender von verschiedenen kirchlichen Stellen der Bundesrepublik Deutschland, viele kirchennahe Einzelpersonen sowie ehemalige Bewohner Ostpreußens und Freunde des Projektes aus Holland haben diese Gelder aufgebracht. Einen besonderen Anteil hat dabei Horst-Peter Boltz, der als Koordinator für die Geld- und Sachspenden fungierte.

Die Einweihung wurde von hohen kirchlichen und staatlichen Würdenträgern in einem festlichen Rahmen vorgenommen. Der Komponist und Musikmanager Siegfried Matthus konnte dabei alte Fotos der ehemaligen Schule von 1942 und des Kindergartens von 1988 übergeben, denn nur knappe 200 Meter von diesem Haus entfernt wurde er 1934 im damaligen Mallenuppen geboren. Für seine beiden Brüder, den Organisten Günter Matthus und den Arzt Gert Matthus, die ebenfalls dabeiwaren, hieß ihr Geburtsort dann Gembern, wie Mallenuppen nach 1937 genannt wurde.

> Ein ehemaliger Zögling der Schule war auch dabei

Von 1940 bis 1941 ist Siegfried Matthus in dem Gebäude zur Schule gegangen und hat hier die Grundlagen des Schreibens und des Lesens gelernt. Von 1941 bis 1944 besuchte er dann die Schule in Angerapp.

Keinen größeren Kontrast kann man sich vorstellen, als zwischen dem im neuen Glanz der Renovierung entstandenen Gebäude und der urwaldartigen Wildnis, die über den 1998 noch erkennbaren Fundamenten von Siegfried Matthus' Geburtshaus inzwischen gewuchert ist. Lediglich der von seinem Vater mit Betonringen befestigte alte Brunnen ist zwischen dem dichten Gestrüpp noch in einer Vertiefung zu finden, denn die umliegende Erdschicht ist mehr als ein Meter über dem damaligen Niveau gewachsen.

So verläuft Menschheitsgeschichte. Dort, wo keine Bemühungen unternommen werden, Überliefertes zu erhalten und weiter zu entwickeln, wird es von der unbesiegbaren Lebenskraft der Erde verschlungen und versinkt in Vergessenheit. Wo jedoch neue Ideen schöpferisch gestaltet und umgesetzt werden, entsteht in die Zukunft weisendes Neues.

Diese Gedanken gingen Siegfried Matthus an diesem Tag in seinem Geburtsort Mallenuppen bei der Einweihung seiner ehemaligen Schule als Altersheim durch den Sinn. *S. M.*

»Wiwat«-Chor in Stettin

Auftritte mit Polen und Deutschen

Das ehrwürdige Schloß von Stettin beherbergte einst die Herzöge von Pommern. Heute gibt es in dem wunderschönen Bau ein Museum, viele Ausstellungen, Theateraufführungen und Konzerte. Und ein Mal im Jahr dürfen sich in den alten Mauern auch Kinderchöre beim Deutsch-Polnischen Workshop zu Hause fühlen.

Hier gibt es viele Räume zum Proben und eine tolle klangliche Atmosphäre. Davon konnten sich in den letzten Wochen nun auch der Königsberger Knabenchor „Wiwat" überzeugen. Gemeinsam mit dem MDR-Kinderchor und dem Chor des Gymnasiums „Kantylena" aus Treptow an der Rega aus der Republik Polen wurde täglich mehrfach geübt, oft natürlich gemeinsam oder die einzelnen Stimmgruppen unter sich. Es ging darum, beim Finalkonzert am 1. Juni im Bogislaw-Saal aus drei Chören ein großes Ensemble zu bilden und mit diesem drei Werke aufzuführen: zwei Kanons von Josef Swider und zum Schluß ein Festival Sanctus von John Leavitt. Das sei den 110 Mädchen und Jungen sehr gut gelungen, meint der Dirigent des MDR-Kinderchores, Professor Gunter Berger: „Es war ein großer Chor zu erleben. Die Kinder standen zusammen auf der Bühne. Es gab praktisch keine Grenzen – als wenn sie jahrelang zusammen gesungen haben. Das hat auch das Publikum spüren können und hat unsere Arbeit mit kräftigem Applaus honoriert."

> Die Kinder aus den drei Nationen verstanden sich gut

Der Gastgeber, Schloßdirektor und Musik-Professor Eugeniusz Kus, ergänzte: „Der Workshop ist immer wieder eine gute Gelegenheit, um Kinder aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen und sozialen Verhältnissen miteinander in Kontakt zu bringen." So verbrachten die Sängerinnen und Sänger nach dem Konzert in der Kirche von Arnswalde, einer Kleinstadt in der Woiwodschaft Westpommern, ihre Freizeit gemeinsam beim Grillen am See, und sie unternahmen eine kleine Bootsfahrt. Das Lied „Bruder Jacob" kannten alle, und ansonsten ging es auf Englisch, Deutsch, ein bißchen auf Polnisch oder Russisch oder mit Händen und Füßen um ihre Lieblingsmusik, um schicke Klamotten, um offene Grenzen, den Euro und vieles mehr. Und das sei ja gerade der Sinn dieser alljährlichen Treffen, sagte einer der Gründungsväter, Professor Reinhard Stollreiter aus Berlin: „1995, 50 Jahre nach Kriegsende haben wir hier die Singende Grenze veranstaltet – von Ahlbeck bis Zittau. Auf beiden Seiten oder direkt auf den Brücken über Oder und Neiße trafen sich Chöre und haben miteinander gesungen. Diese Idee haben wir in den Folgejahren mit dem Festival und dem Workshop in Stettin aufgegriffen, denn gerade auf die junge Generation kommt es an, daß man nicht nur gemeinsam singt, sondern daß auch Freundschaften entstehen." Höhepunkt für die drei Kinderchöre war dann der gemeinsame Auftritt bei der Eröffnungsveranstaltung des 5. Internationalen Stettiner Chorfestivals, an dem 28 Chöre aus zehn Staaten teilnehmen. *E. B.*



Gemeinsames Singen in der Kirche von Arnswalde Foto: MDR

Erst saß hier ein Komtur später Gefangene

Die etwa 35 Kilometer östlich von Königsberg liegende Burg Tapiau wird seit 1879 als Strafvollzugsanstalt genutzt

Von CHRISTOFER HERRMANN

Tapiau gehört zu den Anlagen des entwickelten Kastelltyps der späten Ordenszeit. Die Burg wurde über annähernd quadratischem Grundriß errichtet (46 x 48 Meter). Man verzichtetet auf Bergfried und Ecktürme, so daß nach außen hin der blockhafte reine Kubus der vier aneinander gefügten Häuser dominiert. Es handelt sich um einen frühen Großbau des „reduzierten“ Typs, dessen Entwicklungsreihe mit Ragnit (1397–1408) endete. Bemerkenswert sind die beträchtlichen Ausmaße der Burg und die Verwendung des vierflügeligen Kastelltypus, der eigentlich die klassischen Konventsburgen auszeichnete. Tapiau war im 14. Jahrhundert jedoch nur noch Pflegersitz in einem abgelegenen Randbereich des Ordensstaates. Der aufwendige Ausbau nach 1351 erklärt sich vermutlich aus der Funktion als Etappenort der Litauerfahrten. Den zahlreichen vornehmen Teilnehmern dieser Kriegszüge wollte man Zwischenstationen mit standesgemäßer Ausstattung und herrschaftlicher Architektur bieten. Bei einem Teil der eleganten Räume im erhaltenen Nordwestflügel dürfte es sich um Gastzimmer gehandelt haben.

Der Chronist Peter von Dusburgs berichtet, daß die Burg 1265 gegründet wurde. Der Name eines Komturs (Ulrich Bauwarus) ist erstmals 1280 überliefert. Nach einer im 16. Jahrhundert erwähnten Bauinschrift soll die Burg 1351 unter dem Obersten Marschall Siegfried von Dahenfeld (1347–59) an ihren heutigen Platz verlegt und neu errichtet worden sein. 1390/91 hielt sich Heinrich von Derby, der spätere englische König, während seiner Preußenreise einige Tage in Tapiau auf. Nach 157 verwahrte man hier Teile des aus der Marienburg überführten Ordensarchivs. Nach dem Ende der Ordenszeit war Tapiau ein häufiger Aufenthaltsort von Herzog Albrecht, der 1568 auf der Burg starb. Zischen 1787 und 1797 erfolgte der Abbruch von drei Flügeln und der Ausbau des nordwestlichen Flügels zur Landesarmenanstalt. 1879 richtete der preußische Staat ein Gefängnis in Tapiau ein. Dabei stockte man den erhaltenen Burgflügel auf und erstellte neue Gebäude anstelle der abgebrochenen Flügel. 1945 blieb der Bau unversehrt, und bis heute wird er als Gefängnis genutzt. Aufgrund dieser Funktion ist die Burg seit dem 19. Jahrhundert für Forscher und Besucher fast unzugänglich.

Tapiau liegt etwa 35 Kilometer östlich von Königsberg an der Hauptstraße nach Insterburg. Die Burg befindet sich am Südrand der Stadt.

*Aus: „**Burgen im Ordensland – Deutschordens- und Bischofsburgen in Ost- und Westpreußen**“, Bergstadtverlag, Würzburg 2006, 160 Abb., 288 Seiten, 24,90 Euro, Bestell-Nr.: 5489*



Ordensburg Tapiau: Ansicht aus dem Jahre 1895, als die Burg bereits in ein preußisches Staatsgefängnis umgewandelt war Foto: Herrmann

Königsberg soll schöner werden

Wurde die Stadt letztes Jahr für die 750-Jahr-Feier herausgeputzt, so laufen jetzt die Vorbereitungen für das Jubiläum 60 Jahre Oblast

Von MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Wurde im vergangenen Jahr bereits einiges unternommen, um die Stadt zum 750jährigen Bestehen herauszuputzen, gibt es in diesem Jahr neue Pläne des derzeitigen Chefarchitekten der Stadt, Alexander Baschin, sie zur Feier des Jubiläums 60 Jahre Oblast weiter zu verschönern. Für die Bürger bedeutet dies, daß sie ihre Balkonverkleidungen aus Glas auf eigene Kosten entfernen lassen müssen. Zunächst betrifft dies die Anwohner der Fuchsberger Allee (Sowjetskij Prospekt) und der Wrangelstraße (Tschernjachowskij Prospekt). Grund für diese Anordnung ist, daß die Gebäudefassaden komplett renoviert und die Balkons gefliest werden sollen.

Bei den Bewohnern stößt dieses Vorhaben auf wenig Begeisterung. Die Russen nutzen den Balkon gerne als zusätzlichen Wohnraum, in dem Dinge gelagert werden, die in der meist kleinen Wohnung keinen Platz finden. Auf dem Balkon zieht man Gemüsepflanzen vor und trocknet seine Wäsche. Als Freisitz zum Genuß des schönen Wetters findet der Balkon keine Verwendung. Daß die Häuserfassaden durch die an Bretterbuden erinnernden Holzrahmen mit Glasfüllung das Stadtbild nicht gerade verschönern, wollen die Mieter, welche die Konstruktionen auf eigene Kosten und meist im Eigenbau errichtet haben, nicht einsehen, oder sie setzen eben andere Prioritäten. Wollen sie nach der Renovierung ihre Konstruktionen wieder aufbauen, müssen sie sich in Zukunft erst eine Baugenehmigung bei der Behörde holen.

Es trifft jedoch nicht nur die einfachen Bürger. Alexander Baschin hat bereits 24 Geschäftsinhaber der Fuchsberger Allee, die Läden in der Straße betreiben, zu einem Treffen eingeladen, bei dem er sie mit der Information überrumpelte, daß sie die Fassaden ihrer Läden einheitlich zu gestalten hätten, und zwar auf eigene Kosten. Zur Unterstützung hatte der Stadtplaner den Designer Tair Waleew mitgebracht, der als rechte Hand des Architekten die gestalterische Planung für die Renovierungen übernehmen soll. Nach den Plänen sollen die Gebäude der Straßen farblich einheitliche Fassaden erhalten. Dem Stadtarchitekten gefällt es nicht, wenn der Sockel eines Hauses eine andere Farbe hat als die restlichen Stockwerke. Benachbarte Häuser sollen nicht in unterschiedlichen Farben gestrichen sein. Oberstes Ziel Baschins ist es, Ordnung in das Stadtbild zu bringen. Unter Berufung auf die Unterstützung seines Programms durch Gouverneur Boos teilte er den wenig begeisterten Geschäftsleuten mit, daß sie bis zum 1. September die Bauarbeiten abgeschlossen haben sollten, schließlich werde Präsident Putin zum Gebietsjubiläum erwartet.

Baschin verfolgt hochgesteckte Ziele. Er möchte die Zeit der „Beton“-Zäune als Element des vergangenen Jahrhunderts hinter sich lassen. Seiner Meinung nach gibt es bereits zu viele Garagen und Hallen am Ufer des Pregels. Auch auf die Kioske auf den Straßen des Zentrums hat es der Architekt abgesehen: Fliegende Händler ohne festen Standort sollen aus dem Stadtbild verschwinden. Baschin möchte zu kleineren Formen zurückkehren, alles das, was auf Augenhöhe eines Menschen zu sehen ist, verschönern. Bürgersteige, Abfallbehälter, Kioske sollen ein einheitliches Design erhalten.

Daß mancher Geschäftsmann, der die Fassade seines Ladens erst im vergangenen Jahr für die 750-Jahrfeier auf seine Kosten und mit Genehmigung der zuständigen Behörden hat herrichten lassen, kaum Verständnis aufbringen wird für neuerliche Baumaßnahmen wegen der Geschmacksänderung der Stadtplaner, ist mehr als verständlich.

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied und Familienfreunde,

als Neuleserin möchte ich heute Frau **Carola Hinz** aus Wandersleben begrüßen, und das hat seinen besonderen Grund. Natürlich freue ich mich über jeden neuen Abonnenten, weil er unseren Familienkreis erweitert und somit die Erfolgschancen für die bei uns veröffentlichten Wünsche und Fragen steigen läßt, doch darauf werde ich noch im weiteren Verlauf eingehen. Worüber ich mich aber besonders gefreut habe, ist die Art, wie sie zu unserer *PAZ* gestoßen ist, und ihre Erklärung, warum sie sofort ein „Schnupperabo“ bestellte. Frau Hinz schreibt: „Eine Familienforscherin schickte mir die *Preußische Allgemeine Zeitung* vom 21. Mai mit Ihrem Beitrag ‚die Ostpreußische Familie‘. Ich muß dazu sagen, ich kannte weder die Zeitung noch ihre Beiträge. Erst war ich überrascht, dann kam ich vom Lesen nicht wieder los, habe jetzt ein Schnupperabo.“ Das war die Einleitung zu ihrem Schreiben, in dem sie unsere Ostpreußische Familie um Hilfe bittet. Frau Hinz kommt nämlich in ihrer Familienforschung nicht weiter, zu lange lag sie auf Eis. Das lag vor allem am geteilten Deutschland – ihr Vater wußte nicht einmal, daß seine Urgroßmutter aus Ostpreußen stammte. Das stellte Frau Hinz jetzt erst fest und ist aber damit an einen toten Punkt gelangt, den wir vielleicht beleben können. Es geht also um die Ur-Urgroßmutter von Carola Hinz, über die sie einige konkrete Angaben besitzt, da es sich um keine Flüchtlingsfamilie handelt. **Amalie Mathilde Schimmelpfennig**, * 5. Januar 1858 in Paterswalde, † 8. April 1938 in Lübeck, war verheiratet mit **Christian Hilgenfeldt**, * 4. März 1855, † 17. November 1920 in Lübeck. Ihre Tochter **Therese Amalie Mathilde** Hilgenfeldt, * 11. April 1879 in Lübeck, dort 1940 verstorben, heiratete **Fritz August Carl Krauskopf**. Es sind die Urgroßeltern von Carola Hinz, geborene Krauskopf. Sie hat bislang nicht herausfinden können, ob die Urgroßmutter Therese noch Geschwister hatte. Gänzlich fehlen ihr aber Angaben über die ostpreußische Herkunft der Amalie Schimmelpfennig, über die Frau Hinz, wie sie schreibt „bei meinen Ahnen weiterkommen will“. Es geht also um die Wurzeln, die im dicht bei Wehlau gelegenen Paterswalde liegen und die sich auf die Familie Schimmelpfennig beziehen, wahrscheinlich auch auf die Familie Hilgenfeldt. Der Geburtsort des Urgroßvaters ist leider nicht übermittelt. Es wäre möglich, daß sich im Kreis unserer Ostpreußischen Familie Angehörige dieser Familien finden, die aus dem Kreis Wehlau stammen, vielleicht sogar aus Paterswalde. Wenn auch solch eine Verwandtschaft dann auch nur „das siebente Wasser vom Kissehl“ wäre – wie man im alten Ostpreußen eine sehr, sehr weitläufige Sippenverbindung bezeichnete –, so hilft sie Frau Hinz doch in ihrer Familienforschung einen Schritt weiter. Jedenfalls würde sie sich über jede Zuschrift freuen (Carola Hinz, Am Sportplatz 10 in 99869 Wandersleben).

Ja, ich sprach von den Chancen, die sich vergrößern, je breiter sich unser Leserkreis auffächert. Welche Erfolge könnten wir vorweisen, wenn jeder Landsmann unsere Zeitung zumindest lesen würde! Aber wir wissen, daß unsere treuen Freunde unermüdlich helfen, den hier aufgezeigten Spuren nachzugehen. Und so hofft auch **Helmut Gutowski** weiter, daß sich doch noch Verwandte finden, die mit ihm und seiner Frau am 12. August das Fest der Goldenen Hochzeit begehen, das wäre sein größter Wunsch. Es muß Verwandte geben, denn seine Großeltern **Karl** und **Luise Maziul** aus Vallenzinnen, Kreis Johannisburg hatten zehn Kinder! Die blieben mit Sicherheit nicht ohne Nachkommen – nur, wo sind sie zu finden? Unser erster Aufruf vor einigen Wochen erbrachte nicht einen Hinweis, es kam keine Zuschrift, kein Anruf. Also haken wir noch einmal nach, damit das Ehepaar Gutowski die Goldene Hochzeit in einer Großsippe begehen kann. Es handelt sich um die Familien Maziul und Skowronek – aus dieser Familie stammte die Großmutter – aus Vallenzinnen. Die Großeltern sollen nach der Flucht in Sachsen gewohnt haben, es gab aber keine Verbindung zu den Verwandten. Hoffen wir, daß sich nun endlich jemand aus der Familie meldet – vielleicht können wir ja dann im August ein Foto von der Goldenen Hochzeit bringen – mit der endlich gefundenen Verwandtschaft (Helmut Gutowski, Arndtstraße 29 in 74074 Heilbronn, Telefon 0 71 31 / 17 25 72)!

Nachfassen wollen wir auch noch einmal für Frau **Brigitte Lehmitz**, für die wir im Februar nach **Christel Baltrusch** – so der Mädchenname der Ostpreußin, die von der Fluchtwelle in das schleswig-holsteinische Poggensee geschwemmt wurde – suchten. Christel, die mit ihrer Mutter und Schwester **Wally** geflohen war, arbeitete im Nachbardorf Mannhagen auf dem Bauernhof von **Bernhard** und **Brigitte Winterberg**, den Eltern von Brigitte Lehmitz. Das 1932 geborene Mädchen war dort von 1949 bis 1952 tätig und gewann das Herz der Winterberg-Tochter. Schmerzvoll war deshalb der Abschied von der 20jährigen, als diese mit ihrer Familie 1952 in das Rheinland zog, wahrscheinlich nach Mönchengladbach. Christel Baltrusch dürfte geheiratet haben und einen anderen Namen tragen, aber Frau Lehmitz hofft noch immer, sie aufgrund dieser ergänzenden Angaben endlich zu finden (Brigitte Lehmitz, Am Rensemoor 9 in 23909 Ratzeburg, Telefon 0 45 41 / 87 80 35).

Erstaunlich schnell haben sich dagegen die Suchwünsche von Dr. **Rudolf Monzel** und seiner Frau **Waltraut** erfüllt, die ich in der *PAZ* Nr. 20 brachte. Als 13jährige mußte Waltraut – damals **Perk** – im Februar 1945 ihre Heimatstadt Mehlsack verlassen und mit ihrer Mutter und vier Geschwistern über Haff und See flüchten. Verständlicherweise hat Frau Monzel nur noch vage Erinnerungen an den Fluchtweg und wollte diese ergänzen, fragte deshalb nach eventuellen Zeitzeugen. Hier nun das Schreiben von Herrn Dr. Monzel, das bereits Anfang Juni bei mir eintraf:

„Meine Frau und ich danken sehr herzlich für die Veröffentlichung unserer Informationswünsche. Ihre Aussage hat sich voll bestätigt, der Erfolg blieb nicht aus. Der erste Anruf erfolgte bereits mittags am 20. Mai. Inzwischen sind fünf Anrufe und zwei längere Briefe eingegangen. Es haben sich allein fünf Familien aus Mehlsack gemeldet, drei davon haben auch am 10. Februar die Flucht angetreten, zum Teil auf den gleichen Schiffen, beziehungsweise den gleichen Fluchtweg gehabt: Haffeis – Nehrung – Pillau – mit „Hektor“ nach Gotenhafen, nach mehreren Tagen mit der „Deutschland“ nach Saßnitz – mit dem Zug nach Schleswig-Holstein. Wir konnten dank der Ostpreußischen Familie für uns neue und wertvolle Hinweise zum Fluchtweg der Familie Perk erhalten. So wissen wir zum Beispiel jetzt, daß die Ausschiffung auf Reede Saßnitz am 24. Februar 1945 erfolgte. Es ist beschlossen, die jetzt bestehenden Kontakte weiter zu pflegen und den Austausch der Fluchterlebnisse fortzusetzen.“

Gerade dieser letzte Satz hat mich erfreut, beweist er doch wieder einmal, wieviel Verbindungen über die eigentlichen Fragen hinaus durch unsere Ostpreußische Familie zustande kommen.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



Ruth Geede Foto: privat



ZUM 99. GEBURTSTAG

Conrad, Käte, geb. Becker, aus Lyck, Memeler Weg 3, jetzt Pfarrer-Barheine-Weg 21, 44149 Dortmund, am 1. Juli

Osygus, Friederike, geb. Chrzon, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Remscheider Straße 76, Ev. Altenheim, 42899 Remscheid, am 2. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Hofviele, Martha, geb. Zapatka, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, jetzt Haspeler Schulstraße 26, 42285 Wuppertal, am 1. Juli

Lehmann, Erwin, aus Monken, Kreis Lyck, jetzt 4 Cité Mahon, 68000 Neuf-Brisach, Frankreich, am 2. Juli

Schlecht, Erna, geb. Matz, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, jetzt Stadenstraße 91, 90491 Nürnberg, am 27. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Albrecht, Curt, aus Jorksdorf, Kreis Labiau, jetzt Berliner Straße, 58511 Lüdenscheid, am 26. Juni

Kummutat, Horst, aus Mühlen – Försterei – Kreis Osterode, jetzt Postweg 25, 26203 Hundsmühlen, am 28. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Meding, Maria, geb. Jeschkowski, aus Königsberg-Juditten, Ringstraße, jetzt c/o Eggerth, Am Küsterholz 1, 23611 Bad Schwartau, am 30. Juni

Steckel, Charlotte, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt An der Jahnhöhe 4, 97084 Würzburg, am 26. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Grajetzky, Dr. Gerda, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Vereinsstraße 8, 51103 Köln, am 30. Juni

Rettkowski, Martha, aus Kleinruten, Kreis Ortelsburg, jetzt Breite Straße 67, 32130 Enger, am 26. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Pfeiffenberger, Martha, geb. Kotsch, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Marschweg 66, 24568 Kaltenkirchen, am 30. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Augustin, Emma, geb. Fröhlich, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Maurenstraße 16, 78354 Sipplingen, am 28. Juni

Berger, Eugen, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, jetzt Südweg 20 B, 06255 Schafstädt, am 30. Juni

Buchow, Ilse, geb. Zuhn, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Hebborner Straße 129, 51467 Berg. Gladbach, am 2. Juli

Gonschorrek, Margarete, geb. Kleszewski, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, jetzt Tilsiter Weg 3, 31535 Neustadt / Rbg., am 29. Juni

Jacksohn, Hildegard, geb. Petrowitz, aus Lötzen, jetzt Otto-Langbehn-Straße 10, 23669 Timmendorfer Strand, am 2. Juli

Mohrlang, Christoph, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, jetzt Humboldtstraße 11, 31812 Bad Pyrmont, am 29. Juni

Nachtigall, Antonie, geb. Blasko, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, jetzt Niederfeldstraße 58, 33611 Bielefeld, am 30. Juni

Schulz, Adalbert, aus Leegen, Kreis Ebenrode, jetzt Scheideweg 5, 23896 Nusse, am 26. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Guddat, Walter, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, jetzt Sielhorst 78, 32369 Rahden, am 27. Juni

Rupietta, Berta, geb. Schiminowski, aus Kyschienen, Kreis Neidenburg, jetzt 513 Bush Street, Redwing, MI 55066, am 28. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bludau, Eva, aus Rogenau-Rittergut, Kreis Ortelsburg, jetzt Amselring 13, 31608 Marklohe, am 30. Juni

Knoop, Erika, geb. Jessat, aus Zoppert und Goldap, jetzt Gartenstraße 39 B, 31812 Bad Pyrmont, am 2. Juli

Lassek, Johann, aus Kl. Eippingen, Kreis Neidenburg, jetzt Dorfstraße 2, 99510 Großromstedt, am 28. Juni

Pauli, Käthe, geb. König, aus Tapiau, Bergstraße, Kreis Wehlau, jetzt Blumenstraße 5, 59955 Winterberg, am 30. Juni

Thiel, Frieda, geb. Reischuck, aus Stellwagen, Kreis Elchniederung, jetzt Bredenhop 17, 32609 Hüllhorst, am 1. Juli

Zerneckl, Emma, geb. Chojetzki, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, jetzt Sudheimer Straße 29 a, 37154 Northeim, am 29. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Balschun, Hanna, geb. Quaß, aus Saiden, Kreis Treuburg, jetzt Harzweg 7, 34134 Kassel, am 29. Juni

Brennert, Johanna, geb. Kalweit, aus Damerau, Kreis Ebenrode, jetzt Rosenstraße 57, 59079 Hamm, am 27. Juni

Droste, Werner, aus Montzen, Kreis Lyck, jetzt Bölckestraße 8, 42899 Remscheid, am 27. Juni

Fricke, Gerda, geb. Schukat, aus Teichacker, Kreis Ebenrode, jetzt Boomstuck 6, 29575 Eddelstorf, am 26. Juni

Gassewitz, Kurt, aus Lyck, jetzt Lokstedter Holt 12, 22453 Hamburg, am 28. Juni

Glaner, Lotte, geb. Lippik, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Mühlentor 1 a, 19243 Wittenberg, am 26. Juni

Heßke, Fritz, aus Pr. Thierau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Karlstraße 24, 36341 Lauterbach, am 1. Juli

Kühne, Ruth, aus Insterburg, jetzt Jacob-Rehder-Straße 2, 23701 Eutin, am 29. Juni

Kunze, Irmgard, geb. Kornatzki, aus Prostken, Hauptstraße, Kreis Lyck, jetzt Grundstraße 9, 64289 Darmstadt, am 1. Juli

Mikisch, Anna, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Grenzstraße 49, 45881 Gelsenkirchen, am 28. Juni

Sakrzewa, Erich, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, jetzt Reichenbacher Straße 12, 98574 Schmalkalden, am 29. Juni

Salvat, Vera, geb. Bloch, aus Königsberg, jetzt Hermann-Köhl-Straße 10, 86159 Augsburg, am 22. Juni

Scharnowski, Ilse, geb. Schönebeck, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt OT Spitzkuhn, Eichenallee 10, 17207 Bollewick, am 28. Juni

Schlungbaum, Ruth, geb. Reszies, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Cottbuser Straße 11, 56075 Koblenz, am 2. Juli

Tegtmeyer, Ruth, geb. Martinu, aus Wehlau, Parkstraße, jetzt Holunderweg 28, 99706 Sondershausen, am 28. Juni

Treiber, Hildegard, geb. Stendtke, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Fichtestraße 25, 69126 Heidelberg, am 28. Juni

Will, Ingeborg, geb. Schröder, aus Heiligenbeil, Friedrichstraße, jetzt Rastatter Straße 1, 79108 Freiburg, am 28. Juni

Wolowice, Lucie, geb. Bludau, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, jetzt Bahnhofstraße 11, 23966 Wismar, am 26. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Apsel, Walter, aus Wehlau, Gartenstraße, jetzt Rilkestraße 8, 93152 Nittendorf, am 28. Juni

Barthel, Liselotte, geb. Greifenberger, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, jetzt Wallstraße 34, 31061 Alfeld, am 26. Juni

Buchholz, Waltraud, geb. Slopianka, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Müldaustraße 291, 41238 Mönchengladbach, am 28. Juni

Burba, Klaus, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Waldweg 3, 23974 Neuburg, am 28. Juni

Czekay, Lisbeth, aus Reichensee, Kreis Lötzen, jetzt Marienstraße 66, 42105 Wuppertal, am 1. Juli

Dambacher, Irmgard, geb. Heft, aus Bekarten, Kreis Pr. Eylau, jetzt Hausenerstraße 1, 78658 Zimmern o. R., am 1. Juli

Danilowski, Berta, geb. Kupschies, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Darler Heide 98, 45891 Gelsenkirchen, am 27. Juni

Dorß, Günter, aus Treuburg, Mühlen 4, jetzt Werfelring 52, 22175 Hamburg, am 28. Juni

Falkenberg, Charlotte, geb. Maruhn, aus Worienen (Landsberg), Kreis Pr. Eylau, jetzt Scheideweg 1, 23896 Nusse, 18. Juni

Gassewitz, Gerhard, aus Lyck, jetzt Lokstedter Holt 12, 22453 Hamburg, am 1. Juli

Geschonke, Hans, aus Wehlau, Deutsche Straße, jetzt Luxenburg 3, 26434 Wangerland, am 2. Juli

Gollnow, Hildegard, geb. Niedzwetzki, aus Moneten, Kreis Treuburg, An der Weide 65, 29614 Soltau, am 29. Juni

Gröneveld, Renate, aus Lyck, jetzt Cloppenburger Straße 171, 26133 Oldenburg, am 1. Juli

Gropp, Antonie, geb. Wilkat, aus Rauschmünde, Kreis Ebenrode, jetzt Biengartenweg 5, 95632 Wunsiedel, am 30. Juni

Heinrichs, Hildegard, geb. Gerdes, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, jetzt Hermannsplatz 17, 41460 Neuss, am 27. Juni

Hildebrandt, Elfriede, geb. Reinert, aus Großdorf, Kreis Johannisburg, jetzt Altkönigstraße 37, 65824 Schwalbach a. Ts., am 28. Juni

Kärgel, Elsbeth, geb. Plew, aus Tapiau, Königsberger Straße, Kreis Wehlau, jetzt Eichenweg 10, 58509 Lüdenscheid, am 1. Juli

Klein, Ute, aus Treuburg, jetzt An der Dankeskirche 4, 40597 Düsseldorf, am 2. Juli

Kolnisko, Siegfried, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Holunderweg 2, 31855 Aerzen, am 28. Juni

Kopke, Christel, geb. Sadlowski, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Hidding 7, 45772 Marl, am 27. Juni

Kostrzewa, Kurt, aus Ortelsburg, jetzt Weißenburger Straße 8, 22049 Hamburg, am 27. Juni

Krause, Grete, geb. Kulessa, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Karl-Thon-Platz 7, 14641 Nauen, am 2. Juli

Krebs, Heinz, aus Binien, Kreis Lyck, jetzt Tiegener Straße 11, 29614 Soltau, am 26. Juni

Kurtz, Waltraut, geb. Annuß, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Hermann-Steht-Straße 1, 59348 Lüdinghausen, am 28. Juni

Lasarzik, Ruth, aus Cranz, Kreis Samland, jetzt Ginnheimer Landstraße 187, 60431 Frankfurt, am 27. Juni

Meier, Lieselotte, geb. Schattauer, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, jetzt Lindenstraße 93, 25548 Kellinghusen, am 26. Juni

Moellenbeck, Edith, aus Gr. Rosinsko, Kreis Johannisburg, jetzt Kirchstraße 3, 47546 Kalkar, am 27. Juni

Mohr, Edith, geb. Breuksch, aus Köthen, Kreis Wehlau, jetzt Vögelser Straße 12, 21339 Lüneburg, am 30. Juni

Mohr, Otto, aus Starkenberg Abbau, Kreis Wehlau, jetzt Gartenstraße 19, 71134 Aidlingen, am 2. Juli

Müller, Renate, geb. Wischnewski, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Alexanderweg 36, 27324 Eystrup, am 2. Juli

Pucilowski, Gertrud, geb. Weißmann, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, jetzt Breslauer Straße 14, 42549 Velbert, am 27. Juni

Prinz, Jochen, aus Prökelwitz, Kreis Mohrungen, jetzt Karl-Marx-Straße 3, 44141 Dortmund, am 30. Juni

Schramma, Edith, aus Lemzendorf, Kreis Lyck, jetzt Wenkenstraße 26, 32105 Bad Salzuflen, am 28. Juni

Starre, Rudolf, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Neustraße 72, 47228 Duisburg, am 28. Juni

Stille, Erna, geb. Tobjinski, aus Heiligenbeil, Mauerstraße 2, jetzt Wohldamm 2, 30855 Langenhagen, am 26. Juni

Treskow, Hildegard, geb. Treskow, aus Wehlau, Krichenstraße, jetzt Gustav-Werner-Straße 6, 72762 Reutlingen, am 28. Juni

Waschkewitz, Walter, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Hansteinstraße 40, 34121 Kassel, am 27. Juni

Weiß, Frieda, geb. Kledtke, aus Skören, Kreis Elchniederung, jetzt Lange Straße 2, 27607 Langen, am 26. Juni

Wilms, Helga, geb. Hippler, aus Lyck, jetzt Viktoriastraße 64, 41061 Mönchengladbach, am 29. Juni

Wittenberg, Gertrud, geb. Fink, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, jetzt Riecklinger Stadtweg 1, 30823 Garbsen, am 29. Juni

Zapka, Erwin, aus Georgsheide, Kreis Ortelsburg, jetzt Rochowstraße 11, 10245 Berlin, am 27. Juni

ZUR GOLDENEN HOCHZEIT

Grunwald, Georg, aus Hütte, Kreis Elbing, und Frau Margarete, geb. Matysek, aus Blesen, Kreis Schwerin/Warthe, jetzt Kühleweinstraße 24, 39106 Magdeburg, am 30. Juni

Kriese, Gerhard, aus Marienwalde, Kreis Angerapp, und Frau Ursula, geb. Baumgart, aus Liebenort, Kreis Labiau, jetzt Eseiner Straße 11 g, 29303 Bergen, am 23. Juni

Penner, Helmut, aus Neuhof, Kreis Elbing, und Frau Ilse, geb. Heybowitz, aus Groß Jerutten, Kreis Elbing, jetzt Majenfelder Landstraße 3, 23715 Majenfelde, am 30. Juni

Ausstellung

München – Im Kulturzentrum Gasteig ist noch bis zum 25. Juni eine Ausstellung dem Schriftsteller Wolfgang Koeppen (1906–1996) gewidmet. Unter dem Titel „Ich wurde eine Romanfigur“ sind große Teile aus dem Nachlaß des in Greifswald geborenen und in Ortelsburg aufgewachsenen Koeppen zu sehen. Täglich von 8 bis 23 Uhr im Kulturzentrum Gasteig, Rosenheimer Straße 5, 81667 München, Telefon (0 89) 48 09 80

Veranstaltung der LO

23. Juli, das Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen, Feste Boyen, Lötzen.

6. bis 8. Oktober, das Geschichtsseminar im Ostheim, Bad Pyrmont.

16. bis 22. Oktober, die 52. Werkwoche im Ostheim, Bad Pyrmont.

27. bis 29. Oktober, das Schriftleiterseminar im Ostheim.

4. / 5. November, die Ostpreußische Landesvertretung im Ostheim, Bad Pyrmont.

6. bis 10. November, Politisches Seminar für Frauen im Ostheim, Bad Pyrmont.

Kontakt: Landsmannschaft Ostpreußen, Parkallee 84 / 86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 4 14 00 80.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Leo Michalski, Adolf-Westen-Straße 12, 42855 Remscheid, Telefon und Fax (0 21 91) 2 45 50. Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen a. T. W., Postfach 12 09, 49170 Hagen a. T. W., Telefon (0 54 01) 97 70

Endgültiger Name – Mitte Mai erhielt das neue Gymnasium in Wartenburg (Barczewo), das vor einem Jahr eingeweiht worden ist, seinen endgültigen Namen, und zwar „Gymnasium No. 1 der Ermländischen Heimat“. Auf Bitten der Verwaltung von Wartenburg wurde der Kreisgemeinschaft die Übernahme eines Patronats angetragen. Die gleiche Bitte erging an die Gemeinde Hagen a. T. W. als Partnergemeinde zu Wartenburg und an den Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger Personen unter der Schirmherrschaft von Dr. Heiner Ehrenbrink und Heinz Niemann. Das Patronat wurde von allen vorgenannten Institutionen angenommen. Der Kreisvertreter Leo Michalski überbrachte in Vertretung der Kreisgemeinschaft eine Geldspende. Die Gemeinde Hagen a. T. W. unter Leitung ihres Bürgermeisters, Dieter Eickholt, unterhält seit 13 Jahren eine Partnerschaft mit Wartenburg. Zu den Feierlichkeiten reisten neun Personen aus der Verwaltung an. Zwischen der Realschule Hagen a. T. W. und dem Gymnasium in Wartenburg besteht seit Jahren eine gut funktionierende Schulpartnerschaft. Der Kreisvertreter wurde im Verlauf der Veranstaltung vom polnischen Fernsehen und der Presse interviewt zum Thema: Schulpartnerschaften und Partnerschaften mit den Gemeinden im heutigen Landkreis Allenstein.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Bärbel Lehmann, Telefon (0 42 61) 80 14, Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme)

Heimatbrief Nr. 137 – Den Angerburger Heimatbrief Nr. 137 – Ausgabe Mai 2006 – dürften alle Bezieher erhalten haben. Wer den Heimatbrief jedoch nicht erhalten haben sollte oder künftig lesen möchte, wende sich bitte an unsere Geschäftsstelle in 27356 Rotenburg (Wümme). Den aufmerksamen Lesern wird auch nicht entgangen sein, daß in dem Heimatbrief ein Wort des Kreisvertreters fehlte. Versehentlich wurde das Wort des Kreisvertreters nicht abgedruckt. Hier nun das etwas gekürzte Wort des Kreisvertreters.

Das Jahr 2006 gilt nicht nur als Mozart-Jahr – der große Komponist wurde vor 250 Jahren geboren –, sondern auch als Heine-Jahr (Heinrich Heine * 1856), Freud-Jahr (Sigmund Freud * 1856), Brecht-Jahr (Berthold Brecht * 1856) und Franz-II.-Jahr (1806 legt Franz II. die deutsche Kaiserkrone nieder). Auch der 400. Geburtstag des Malers Rembrandt, 1606 in Leiden geboren, wird in diesem Jahr begangen. Ein wichtiges Datum ist für uns Angerburger der 4. April 1571. Mit diesem Datum versehen ist „Der Angerburger Privilegium“, mit dem Herzog Albrecht Friedrich in Preußen Angerburg das Stadtrecht, seinen Namen und sein Wappen gab. Das umfangreiche Dokument befindet sich noch heute als historische Abschrift im Preußischen Staatsarchiv Berlin. Mit der Unterschrift des Herzogs war Angerburg die 96. Stadt, die der Deutsche Ritterorden im Rahmen seines Auftrages (den er 1226 vom Kaiser in Rimini und 1234 vom Papst in Reiti erhalten hatte) und das nach ihm folgende Herzogtum Preußen auf ihrem Gebiet angelegt hatten. 1946 gaben die neuen Bewohner der Stadt Angerburg den Namen „Wegorzewo“ und dem Fluß Angerapp den Namen „Wegorapa“. Die Stadt Angerburg hat also eine lange und wechselvolle Geschichte, daran wollen wir uns in diesem Jahr erinnern. Wenn Sie diese Zeilen lesen, hat in Masuren ein neuer Frühsommer begonnen und die 48. heimatpolitische Tagung liegt hinter uns. Der Zuspruch zu dieser von Friedrich-Karl Milthaler ins Leben gerufene Tagung ist nach wie vor groß. Prof. Dr. Wolfgang Eichwede von der Universität Bremen, Projektleiter Gerhard Lipfert von der Bruderschaft Salem und Propst i. R. Erhard Wolfram haben die Tagung zu einem Erfolg werden lassen. Dafür möchte ich den Referenten nochmals danken. Herzlich einladen möchte ich Sie auch zu den 52. Angerburger Tagen am 16. / 17. September 2006 in Rotenburg (Wümme). Es wird diesmal eine Kaffeefahrt angeboten. Informationen über dieses Treffen finden Sie im Heimatbrief Nr. 137. Alle unsere Veranstaltungen sind mit großem Aufwand verbunden und machen nur Sinn, bei entsprechendem Besuch. Bitte leisten Sie mit Ihrem Besuch einen Beitrag für die nötige Motivation der Organtoren. Bitte versäumen Sie unsere Treffen nicht und kommen Sie mit Ihren Angehörigen, Bekannten und Freunden zu unseren Veranstaltungen. Dank verdienten auch der Schriftleiter des Angerburger Heimatbriefes, Horst Preuß, für seine unermüdliche Arbeit und auch alle die ihn dabei unterstützt haben. Bitte helfen Sie ihm weiterhin mit Beiträgen, Bildern und Dokumenten. Danken möchte ich aber auch allen, die unsere Arbeit für Angerburg durch eine Spende unterstützen und auch die Friedhöfe in der Heimat nicht vergessen. Bleiben Sie gesund, und genießen Sie die vor uns liegende Sommerzeit.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Geschäftsstelle: Annelies Kelch, Luise-Hensel-Straße 50, 52066 Aachen. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Tel. (02 03) 2 83-21 51

Treffen der Tannenwalder – Das Treffen der Tannenwalder fand wieder im Ostseebad Kühlungsborn statt. Diese Tradition begann 1992. Nach einer „Suchmeldung“ im *Ostpreußenblatt* kam sofort eine Antwort von Gisela Schlacht. Sie hatte die Tannenwalder mit Unterstützung von Inge Eisermann gesucht, in Listen geführt und Kontakte hergestellt. Loni und Franz waren sofort tatkräftig dabei und unterstützten diese Arbeit. So wurden die Tannewalder Treffen organisiert und ins Leben gerufen. Jährlich wurden zur Weihnachtszeit rund 300 Einladungen verschickt. Es wurden unzählige Besuche in Tannenwalde unternommen, dort wurden Kontakte zur Lehrerschaft und zu den russischen Bewohnern hergestellt. Franz war wie ein Tannenwalder dort zu Hause. Sein Verdienst ist es, daß die Treffen zum Erlebnis wurden und auch Einladungen und Besuche russischer Tannenwalder nach Stockelsdorf entstanden. Seinen Wunsch, dies alles aufrechtzuerhalten, werden wir ihm erfüllen. Wir haben das Glück, daß im vergangenen Jahr zwei „junge“ Tannenwalder des Jahrgangs 1938 über Annelies Kelch und das Internet zu uns gefunden haben: Sie sind eine wesentliche Bereicherung und lassen es auch nicht an tatkräftiger Unterstützung fehlen. In der Regel kommen die Tannenwalder zweimal jährlich zusammen, im Frühjahr und im Herbst. Waren es im Jahre 2000 noch an die 145 Personen, so fanden sich diesmal 58 Tannenwalder und Partner ein. Seit Mitte der 90er hat sich Kühlungsborn als ständiger Veranstaltungsort bewährt. Traditionell begann das diesjährige Treffen mit einem Gottesdienst mit Abendmahl. Herta Schulz-Dankers assistierte wieder der Referentin Frau Jax, die den Pfarrer Burkhard vertrat. In der Predigt wurde der Verstorbene des vergangenen Jahres gedacht: Dr. Egon Conrad, Franz Schubert und Inge Eisermann-Bergmann. Anschließend begrüßte Loni Schubert die Angereisten recht herzlich und bedankte sich für die vielen liebevollen Beweise der Anteilnahme zum Tode ihres Mannes. Ein großes Danke sprach sie auch an Inge Eisermann für deren ständige Unterstützung aus. Sie werden uns sehr fehlen. Am nächsten Tag ging es mit einem Bus zur Insel Poel und in die Hansestadt Wismar. Am Sonntag fand nun eine Art „Abschiedsabend“ statt, denn ein Teil der Teilnehmer fuhr nach Hause, die übrigen 40 Tannenwalder blieben und genossen in der Folgewoche ihren Urlaub. Herr „BernStein“ mit Begleitung brachte wunderschöne Lieder aus Ostpreußen zu Gehör, die er zum Teil selbst getextet hat, besonders Lieder über seine Heimat Masuren. An zwei Folgeabenden zeigte Horst Videos, die uns Ostpreußen im Jahre 1937 zeigten, da sah alles noch ordentlich und gepflegt aus und Ostpreußen galt als gefragtes Urlaubsland bei den Deutschen. Nach der Verteilung eigenhändig angefertigter Liederbücher mit ostpreußischen und anderen Volksliedern haben wir dann jeden Abend mehrere Lieder gesungen. Begleitet haben uns dabei routiniert mit Oboe und Gitarre Klaus und Monika Gerbeth, zwei ehemalige Orchestermitglieder an der Komischen Oper in Berlin. Elsa Tolksdorf-Lopschus (86) ließ es sich nicht nehmen, uns an mehreren Abenden Anekdoten und Gedichte vorzutragen, die zum Schmunzeln, aber auch zum Nachdenken anregten. Alle vermissen die Heimat. Mit Bedacht kehren wir deshalb immer wieder an die Ostseeküste nach Kühlungsborn zurück: der Ostseestrand, die tiefen Wälder, einsame Dörfer, das flache Land, selbst der weite Himmel Mecklenburgs, all das erinnert an unser geliebtes Ostpreußen, und ein Gefühl der heimatlichen Nähe kommt auf. Wir wollen uns im Herbst dieses Jahres wiedertreffen. Auch wenn wir nicht mehr in der Zeit von Postkutschen leben und es heute einfacher und bequemer ist, zu reisen, so ist doch für den einen und anderen auch heute die Anreise beschwerlich – mit mehrmaligem Umsteigen und langer Anreise, zum Beispiel aus Freiburg i. B. So ist es immer wieder für diejenigen unter uns, die im hohen Alter sind, eine anerkennenswerte Leistung, am Treffen teilzunehmen. Unser Blick geht voraus: Am 24. August 1807 wurde Tannenwalde zum ersten Mal urkundlich erwähnt, so daß unser Tannenwalde im nächsten Jahr 200 Jahre alt wird. Dessen wollen wir würdig gedenken, mit einer Reise um den 15. Mai 2007 in die Heimat. Die Reise wird etwa acht bis zehn Tage dauern. Tatjana Abramowa wird den Empfang wieder für die Tannenwalder ausrichten. Anmeldungen werden erbeten an: Loni Schubert, Clever Landstraße 21 a, 23617 Stockelsdorf, Telefon (04 51) 2 57 77. Auch für die nächsten Treffen möchten sich die Tannenwalder bitte unter dieser Anschrift melden. Das Treffen im Herbst 2006: vom 11. bis 20. Oktober, Frühjahr 2007: 12. bis 22. April 2007.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (0 21 61) 89 56 77, Fax (0 21 61) 8 77 24. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Tel. (05 71) 4 62 97, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Ortstreffen der Groß Ottenhagener – Daß Groß Ottenhagen wahrscheinlich bereits vor 2000 Jahren besiedelt war, erfuhren die Teilnehmer bei dem Ortstreffen. Timo Ibsen, Archäologe aus Kiel, jetzt wissenschaftlich tätig beim Archäologischen Landesmuseum Schleswig-Holstein, informierte wieder über seine neuesten Forschungsergebnisse. Er hatte das Gräberfeld von Groß Ottenhagen, das bereits in den 20er Jahren von Herbert Jankuhn untersucht worden war und dessen Funde bis auf wenige Ausnahmen als verschollen gelten, 2003 und 2004 erforscht. Um die Lage des Gräberfeldes genau einzugrenzen, hatte Prof. Jankuhn drei Gebäude, das Wohnhaus Blöhmke, die Scheune Blöhmke und die Schmiede Fehlau in sein Feldtagebuch eingetragen. Die originalen Ausgrabungsberichte selbst und zahlreiche Fundzeichnungen aus seinem Nachlaß haben sich glücklicherweise erhalten. Sie lagern heute fast vollständig im Archiv des Archäologischen Landesmuseums Schleswig, Stiftung Schleswig-Holsteinisches Landesmuseum, Schloß Gottorf. Das Gräberfeld von Groß Ottenhagen, auf Grund dessen man unter dem heutigen Ortskern oder zumindest in unmittelbarer Umgebung eine Siedlung annimmt, befindet sich am Rande der Kiesgrube Blöhmke. Die Archäologen haben drei sogenannte Belegungsphasen festgestellt: Die erste datiert von etwa 30 v. Chr. bis 480 n. Chr. und entspricht der Epoche der Römischen Kaiserzeit; sie ist gekennzeichnet durch Körperbestattungen und Brandbestattungen. Die zweite Belegungsphase ist die Zeit der Völkerwanderung (nach 375); für sie sind ausschließlich Brandbestattungen nachzuweisen. Die dritte Phase ist die des frühen Mittelalters (10. und 11. Jahrhundert). Unter den menschlichen Brandbestattungen lagen regelhaft unverbrannte Pferdebestattungen. Herr Ibsen hielt seine Zuhörer so in seinem Bann, daß die zweistündige „Lehrstunde“ keine Langeweile aufkommen ließ; er referierte auf Wunsch der Teilnehmer auch noch über seine derzeitig Ausgrabung in der Nähe von Cranz, dem Dorf Wiskiauten. Dort gibt es ein bereits im Jahre 1865 entdecktes Gräberfeld. Prof. Ibsen, deutsche und russische Archäologiestudenten graben nach der dazugehörigen Ansiedlung, wo Pruzzen und Wikinger gelebt haben dürften. Beim nächsten Treffen will er über die Ergebnisse seiner neuen Ausgrabungen berichten; ihn interessiert die Begegnung mit früheren Bewohnern des Landstrichs, dessen Vorgeschichte er jetzt erforscht. Wir Ostpreußen können kaum glauben, daß sich heute auch junge deutsche Wissenschaftler mit der „grauen Vorzeit“ unserer Heimat beschäftigen, und wir Groß Ottenhagener sind stolz darauf, daß gerade in unserem Dorf bedeutende Funde zu Tage gefördert werden. Trotz der Vorträge kamen die familiären und nachbarschaftlichen Themen nicht zu kurz. Und auch über die Gedichte und Vorträge, die von unseren Landsleuten geboten wurden, konnten wir lachen und uns amüsieren. So wurde der letzte Abend zu einem unterhaltsamen und fröhlichen Ausklang, an dem dank des Akkordeonspiels von Walter Löwenberg auch noch getanzt werden konnte. Schließlich äußerte man allgemein den Wunsch, nicht wieder zwei Jahre bis zum Wiedersehen verstreichen zu lassen, sondern schon im kommenden Jahr ein Treffen zu veranstalten; denn immerhin waren 56 Teilnehmer gekommen, obgleich sich zunächst nur 46 angemeldet hatten. Über Termin und Einzelheiten wird rechtzeitig informiert.

Gr. Lindenauer Orts- und Umgebungstreffen – Beim 10. Gr. Lindenauer Orts- und Umgebungstreffen fanden 38 Landsleute zusammen. Das Treffen stand unter dem Motto: „Wiedersehen macht Freude“. Die Tage verliefen in einer sehr harmonischen Atmosphäre. Es gab viele gute Gespräche, dazu einen kurzen Videofilm über die Entstehung der Weberei Kapkeim. Zusammen mit den „Freunden der Mundharmonika im Werra-Meißner-Kreis“ wurden mit großer Begeisterung schöne Heimat- und Volkslieder gesungen, darunter auch das alte Ostpreußenlied von Johanna Ambrosius „Sie sangen all, du bist nicht schön ...“ Aus der Stadt Sontra hatten wir die Hänselsänger zu Gast, und auch die Teilnehmer selbst trugen so manches Besinnliches und Heiteres in ostpreußischer Mundart vor. Ein Besuch im Museum im alten Boyneburger Schloß – ein Museum zum Anfassen – war sehr interessant und amüsant. Insgesamt ein gelungenes Treffen und deshalb werden wir alle – wenn uns die Gesundheit erhalten bleibt – auch 2008 zu Himmelfahrt wieder in Sontra zusammenkommen.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

NEIDENBURG

Kreisvertreterin: Marion Haedge, Dorfstraße 45, 29331 Lachendorf, Telefon (0 51 45) 7 77

Heimatbrief Nr. 126 – Der Heimatbrief Nr. 126, der den Wahlaufruf enthält, ist inzwischen zum Versand gebracht worden. Alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft werden gebeten, sich an der Wahl zu beteiligen. Gemäß Paragraph 9 Abs. 2 unserer Satzung weisen wir auf die erste Veröffentlichung des Wahlaufrufes im Weihnachtsheimatbrief 2005 sowie in der *PAZ / OB*, Folge 15, 15. April 2006, hin. Die Wahlkarte muß bis zum 15. Juli 2006 (Ausschlußfrist) beim Wahlleiter Horst Preuß, Fuldastraße 7, 40822 Mettmann vorliegen.



SENSBURG

Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstraße 9, 32602 Vlotho, Telefon (0 57 33) 55 85. Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“ in der Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstraße 15, 42849 Remscheid.

Gerhard Terner – Am 3. Juli feiert Gerhard Terner, seit 25 Jahren Mitglied des Kreisausschusses der Kreisgemeinschaft und als solches Beauftragter für die Sensburger Gesellschaft „Bärentatze“, seinen 80. Geburtstag. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft übermittelt ihm herzliche Glückwünsche verbunden mit einem Dankeschön für seinen langjährigen intensiven Einsatz für seine Landsleute in der Bundesrepublik Deutschland und denen in der ostpreußischen Heimat. Lm. Terner wurde am 3. Juli 1926 in Köhlershof, Gemeinde Neberg als Sohn des Landwirts Georg Terner geboren. Nach Beendigung der Schulzeit an der Freiherr-vom-Stein-Schule in Sensburg absolvierte er auf dem elterlichen Betrieb die landwirtschaftliche Lehre und legte 1943 die Gehilfenprüfung ab. Im selben Jahr wurde er „zur Verteidigung der Heimat“ eingesetzt. In der Nähe von Danzig geriet er in russische Gefangenschaft, die er in Sibirien bis 1949 durchstehen mußte. Als Spätheimkehrer wurde er in Westdeutschland nach Abschluß einer zweiten Lehre – im kaufmännischen Bereich tätig. Auf Grund seiner Leistungen, seiner Einsatzbereitschaft und seines Verantwortungsbewußtseins stieg er bis zum Geschäftsführer eines Dortmunder Unternehmens auf. Sobald es seine Zeit erlaubte, wurde Gerhard Terner in der Kreisgemeinschaft Sensburg tätig, zunächst als Kirchspielvertreter von Sorquitten. Sehr schnell wurde er in den Kreisausschuß berufen und übernahm dort verschiedene Aufgaben. Seine größte und anstrengendste Arbeit wartete auf ihn als Beauftragter für die Sensburger Deutsche Gesellschaft „Bärentatze“. Er wirkte bei der Gründung der „Bärentatze“ mit und war Vermittler zwischen der LO und den Sensburgern, er war Berater bei dem Aufbau der sozialen Arbeit dort, bei der Alten- und Krankenbetreuung und setzte sich für die Förderung des deutschen Sprachunterrichts ein. Mit nie ermüdendem Engagement unterstützte er die in der Heimat verbliebenen Landsleute, sammelte Geld, Medikamente und Sachspenden, packte hunderte Pakete und organisierte deren Transporte. Wie viele es waren, hat er nicht gezählt. Seine jährlichen Fahrten nach Ostpreußen führten ich nicht nur zur Geschäftsstelle der „Bärentatze“, sondern darüber hinaus zu vielen hilfsbedürftigen alten Menschen, die ihn mit großer Freude erwarteten. Wenn Terner aus gesundheitlichen Gründen diesen Aufgabenbereich in absehbarer Zeit abgibt, wird er auch weiterhin „seinen Bärentatzen-Leuten“, den in der Heimat verbliebenen Landsleuten, eng verbunden bleiben. Als Anerkennung und Dank für seine Leistung und seine Treue zur ostpreußischen Heimat wurde Gerhard Terner 1991 mit dem Verdienstabzeichen und 1996 mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Hartmut Preuß, Hordenbachstraße 9, 42369 Wuppertal, Telefon (02 02) 4 60 02 34, Fax (02 02) 4 96 69 81. Geschäftsstelle: Helmut Pohlmann, Telefon (0 46 24) 45 05 20, Fax (0 46 24) 29 76, Rosenstraße 11, 24848 Kropp

Heimatbrief Nr. 78 – Der Heimatbrief „Land an der Memel“ Nr. 78 ist rechtzeitig vor Pfingsten erschienen und an alle Mitarbeiter und sonstigen Empfänger versandt worden. Landsleute, die den Heimatbrief bisher nicht erhalten haben, können diesen bei dem Schriftleiter Manfred Malien, Rastorfer Straße 7 a, 24211 Preetz, Telefon und Fax (0 43 42) 8 75 84, anfordern. Dort ist auch das „Memel Jahrbuch 2006 – Rund um die Memel und das Kurische Haff“, 152 Seiten, 8.50 Euro, zuzüglich Versandkosten, erhältlich.

Donauschwaben

Wien – Über 96 000 Zugriffe verzeichnet die Donauschwäbische Arbeitsgemeinschaft für ihr Internet-Totenbuch der Donauschwaben. Unter www.totenbuch-donauschwaben.at können Landsleute und Interessierte Suchwörter zu Donauschwaben eingeben, nach Verwandten und Angehörigen recherchieren oder im Forum zu dem Thema diskutieren. Suchworte wie Heimatgemeinde, Vor- und Familienname sind möglich. Nähere Informationen bietet das Haus Der Heimat, A-1030 Wien, Steingasse 25, Tel.: 01 / 7 18 59 58, Fax 01 / 7 18 59 68.

Sonne, Mond und Sterne

Sommerferienprogramm für Kinder im Ostpreußischen Landesmuseum



Auf den Spuren der Planeten: Kinder entdecken Copernicus. Foto: privat

Auf den Spuren des berühmten Planetenforschers Nicolaus Copernicus können Kinder vom 24. bis 28. Juli 2006 und vom 21. bis 25. August 2006, jeweils von 13.30 bis 16.30 Uhr, wandeln.

Die Erde dreht sich – um sich selbst und um die Sonne! Diese ungeheuerliche Entdeckung machte Nicolaus Copernicus, ein Domherr aus Frauenburg. Copernicus (1473–1543) beobachtete mit bloßem Auge, wie sich die Erde und andere Planeten um die Sonne bewegen.

Auf den Spuren des berühmten Wissenschaftlers und Astronoms Copernicus können Kinder von 8 bis 14 Jahren eine Woche lang Geheimnisse des Weltalls erforschen. Sie erfahren mehr über das kopernikanische Weltbild, nach dem die Planeten alle um die Sonne kreisen und nicht, wie früher angenommen, um die Erde.

Die jungen Forscher bauen ein eigenes Planetenmodell, lassen Raketen starten und entdecken mehr über ihre Sternzeichen. Die können sie selbst als Linolschnitt drucken. Eine abenteuerliche Phantasiereise entführt die Kinder zu den Sternen. Der Wissenschaftler und Astronom Nicoalus Copernicus stieß mit seinen Entdeckungen das ptolomäische Weltbild um. Ptolomäus (zirka 110–178) ging davon aus, daß alle Himmelkörper sich um die Erde drehen. Diese Theorie wurde vom kopernikanischen Weltbild widerlegt.

Kosten: 28 Euro (inklusive Material) für eine Woche. Anmeldung bei Silke Straatman, Museumspädagogische Abteilung des Ostpreußischen Landesmuseums, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 7 59 95 20. EB

Ausstellung

Ellingen – Noch bis 16. Juli zeigt das Kulturzentrum Ostpreußen alte Bilder aus Ostpreußen: „Der Fotograf ist da!“ Kontakt, Tel.: (0 91 41) 86 44-0.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vors.: Jochen Zauner Geschäftsstelle: Parkallee 86, 20144 Hamburg, Tel. (0 40) 41 40 08 24, Fax (0 40) 41 40 08 48, E-Mail: knapstein@lm-ostpreussen.de

Bundesvorstand – Sonnabend, 22. Juli, 14 Uhr, findet das 2. Völkerballfest der ostpreußischen Jugend in Lötzen statt. Das Programm kann unter E-Mail: knapstein@ostpreussen.de angefordert werden. – Sonntag, 23. Juli, 10 Uhr, ist das große ostpreußische Sommerfest auf der Feste Boyen in Lötzen. Es werden rund 2 000 Teilnehmer aus Ostpreußen und der Bundesrepublik anreisen. – Vom 21. bis zum 29. Juli gibt es eine BJO-Freizeit im Kreis Lyck. Lyck, Lötzen, die Masurischen Seen und Danzig stehen auf dem Programm. Informationen dazu erhalten Sie ebenfalls unter E-Mail: knapstein@ostpreussen.de. – Vom 23. Juli bis zum 6. August wird eine Kinderfreizeit in Ottendorf (im Kreis Cuxhaven) unter der Leitung der stellvertretenden BJO-Bundesvorsitzenden Aneta Maciag in Kooperation mit der Kreisgemeinschaft Schloßberg (Pillkallen) geboten.

BJO-West – Sonntag, 16. Juli, 11 Uhr, findet ein „Kleines Ostpreußentreffen“ der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen auf Schloß Burg statt. Der Bund Junges Ostpreußen (BJO) ist mit einem Infostand und dem beliebten Café Lorbaß vertreten. Beginn der Veranstaltung ist um 11 Uhr, die Kundgebung findet um 14 Uhr statt. Nähere Informationen erhalten Sie unter www.kleinesostpreussentreffen.de.vu



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel./Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsst.: Haus der Heimat, Schloßstr. 92, 70176 Stuttgart, Tel./Fax (07 11) 6 33 69 80

Buchen – Freitag, 23. Juni, 15 Uhr, Treffen im „Amtsstüble“, Mosbach. Wolf Wiechert erzählt über „Die Wiecherts in Ostpreußen“.

Freiburg – Sbd., 24. Juni, 15 Uhr, Sommerbeisammensein mit Kaffee und Kuchen, „Schloß Völz“, Quellenstraße 14, Munzingen.

Lahr – Donnerstag, 6. Juli, 19 Uhr, Stammtisch im Gasthaus Krone, Dinglinger Hauptstraße 4.

Schorndorf – Mittwoch, 5. Juli, traditionelles Gartenfest bei Hildegard Eckstein in Oberken. Die Göppinger Gruppe ist eingeladen.

Schwenningen – Donnerstag, 6. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Senioren im „Thessaloniki“. Bericht über das Bundestreffen der Pommern.

Ulm / Neu-Ulm – Sonnabend, 8. Juli, Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.



BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Tel. (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Augsburg – Sonnabend, 24. Juni,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

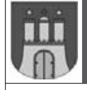
15 Uhr, Treffen in den „Zirbelstuben“. Als Gast wird der Sprecher der LO, Wilhelm v. Gottberg, erwartet.



BERLIN

Vors.: Hans-Joachim Wolf, Tel. (03 37 01) 5 76 56, Habichtweg 8, 14979 Großbeeren, Geschäftsführung: Tel. (0 30) 23 00 53 51, Deutschlandhaus, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

Rastenburg – Sonntag, 9. Juli, 15 Uhr, Stammhaus, Rohdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen an Herbert Brosch, Telefon 8 01 44 18.



HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Tel. (040) 44 49 93, (0170) 3 10 28 15. Stellv.: Walter Bridszuhn, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Tel./Fax (040) 6 93 35 20.

LANDESGRUPPE

Norddeutsches Ostpreußentreffen – Am 6. und 7. Oktober findet eine zweitägige Busreise nach Neubrandenburg und zum Golm / Usedom mit Besuch der Gedenkstätte für die Opfer des 12. März 1945 statt. Abfahrt ist um 7.30 Uhr, Hamburg-Hauptbahnhof, Kirchenallee. Der Preis beträgt 72 Euro pro Person im Doppelzimmer (DZ); darin enthalten sind die Busfahrt, die fachkundige Führung auf dem Golm, Kaffee und Kuchen, Abendbuffet, Übernachtung sowie Frühstücksbuffet. Es sind nur noch wenige DZ frei. Näheres bei Walter Bridszuhn, Telefon (0 40) 6 93 35 20.

HEIMATKREISGRUPPEN

Elchniederung – Sensburg – Sonntag, 2. Juli, 15 Uhr, Grillparty im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Anmeldungen umgehend an K. Budszuhn, Friedenstraße 70, 25421 Pinneberg, Telefon (0 41 01) 7 27 67.

BEZIRKSGRUPPEN

Billstedt – Dienstag, 5. September, 15 Uhr, Treffen im Restaurant „Für'n Appel und 'n Ei“, Möllner Landstr. 27, Billstedt (im Ärztehaus am Marktplatz). Die Treffen sind kultureller Natur (Heimatgeschichte, Literatur, Erlebniserzählungen, Plachandern, Ausflüge und anderes mehr). Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Annelie Papiz, Telefon (0 40) 73 92 60 17.

Harburg / Wilhelmsburg – Montag, 26. Juni, 15 Uhr, bunter Sommernachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Es wird der Videofilm „Meine Reise nach Rußland – über Königsberg an der Kurischen Nehrung entlang und durch die baltischen Staaten nach St. Petersburg“ gezeigt. Der Referent ist Dieter Gustmann.

WESTPREUSSEN

Norddeutsches Ostpreußentreffen – Am 6. und 7. Oktober findet eine zweitägige Busreise nach Neubrandenburg und zum Golm / Usedom mit Besuch der Gedenkstätte für die Opfer des 12. März 1945 statt. Abfahrt Hamburg-ZOB 7.45 Uhr, Hamburg-Kirchenallee 8 Uhr. Übernachtung in Neubrandenburg. Kosten mit Abendessen und Frühstück, Kaffee: 90 Euro im EZ, 77 Euro im DZ. Auskunft und Anmeldung bei Dieter Neumann, Telefon 7 00 92 79.

HESSEN

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

Bergstraße – Sonntag, 2. Juli, 11 Uhr, Sommerfest im Hause des Geflügelzuchtvereins Reichenbach. Es gibt: Prager Schinken, diverse Salate sowie Kaffee und Kuchen.

Darmstadt – Mittwoch, 5. Juli, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Städtischen Seniorentreff Darmstadt-Eberstadt-Süd III, Weidigweg 2.

Kassel – „Gelobt seihst du jederzeit, Frau Musika“ – dieses geflügelte Wort des Dichterfürsten Emanuel Geibel schwebte über dem Treffen der Gruppe. Es wurde dort der „Wald in Lied und Wort“ gefeiert, und wer könnte dies besser als die romantisch veranlagten Deutschen? Dorothea Deyß führte als „geistige Waldführerin“ durch die klingenden und sprechenden grünen Gefilde und verdeutlichte an vielen Beispielen, mit welch schönen und einprägsamen Bildern die Dichter das Weben und Wesen der Baumwelt dem menschlichen Sein und Treiben gegenüberstellten. Der Musikkreis Deyß / Dietrich setzte mit Chor- und Instrumentalbeiträgen zusätzliche Akzente. Wie sehr die Herzen der Anwesenden bewegt wurden, bewies das kräftige Mitsingen der bekannten Waldlieder. Sehr begrüßt wurde die Vorlage einiger fast vergessener oder gänzlich unbekannter Stücke, wie beispielsweise „Und wieder blühet die Linde“ (Fritz Sotke) oder „Die Bäume“, eine wunderschöne Volksweise aus den Niederlanden. Schade, daß das Gleichnishafte in der Naturdichtung, auf das die Vortragende immer wieder hinwies, gegenwärtig oft nicht mehr verstanden wird. Wer sich nicht mehr wundern kann, dem kommt auch kaum noch ein Lob und Dank an den Schöpfer aller Gaben über die Lippen. Frau Deyß und ihr Kreis wurden mit einem herzlichen Dankeschön und dem kräftigen Beifall aller Landsleute verabschiedet. – Die Gruppe ist auch immer gut für Sonderunternehmungen: So organisierte das Vorstandsmitglied Kurt Spriewald im Mai eine Kleinbusfahrt zur Weser und an die Leine. Alle Ausflügler kamen bei den Besichtigungen von E-Werk, Kloster und Heimkehrerdenkmal Friedland voll auf ihre Kosten.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstraße 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Bielefeld – Die Gruppe flog aus, und zwar zur „Dittchenbühne“ nach Elmshorn. Nach der Ankunft im Hotel machte man sich frisch, und weiter ging es zur Dittchenbühne. Dort wurde die Gruppe schon erwartet. Es gab gleich Kaffee und Kuchen sowie hinterher einen Bärenfang. Es war wie der Besuch bei guten Freunden. Dann zeigte der Leiter Raimar Neufeldt seinen Gästen das Haus, das Theater mit 120 Sitzplätzen, die Außenbühne mit ebenfalls 120 Plätzen, den Kindergarten für 60 Kinder und erzählte von den verschiedenen Kurs- und Freizeitangeboten. Anschließend sahen die Teilnehmer das Schauspiel „Der Strom“, von dem großen westpreußischen Dichter Max Halbe. Das Schauspiel fesselte geradezu die Besucher. Am nächsten Tag ging es nach Friedrichstadt. 1621 wurde die Stadt unter Herzog Friedrich III. von Gottorf durch vertriebene holländische Glaubensflüchtlinge, den „Remonstranten“ gegründet. Es ist eine kleine Stadt ganz im holländischen Stil mit Grachten, Brücken und hübschen Giebelhäusern. Um die Stadt näher kennenzulernen wurde eine einstündige Schiffsrundfahrt durch die Grachten gemacht, in deren Verlauf die Stadtgeschichte nähergebracht wurde. Anschließend ging man zum „Lampion“, wo ein gutes Mittagessen eingenommen wurde. Ein weiterer kultureller Höhepunkt erwartete die Reisenden in Husum – eine Führung durch das „Theodor Storm Haus“, danach fand sich noch ein weinig Zeit, durch die Stadt zu bummeln und Kaffee zu trinken. Am Abreisetag besuchte man in der Nachbarstadt Pinneberg das Samland Museum. Es ist in einem 200 Jahre alten Fachwerkhaus untergebracht, das von

Geänderte Bedingungen

Der Lastenausgleich – noch 1500 Verfahren offen

Einstimmig ohne Aussprache hat der Bundestag am 6. April einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung und Bereinigung des Lastenausgleichsrechts (16 / 916,16 / 955) angenommen. Er folgte dabei einer Empfehlung des Finanzausschusses (16 / 1145). Das Lastenausgleichsgesetz aus dem Jahr 1952 regelt den Ausgleich von kriegs- und kriegsfolgebedingten Schäden und Verlusten sowie von Härten, die sich aus der Neuordnung des Geldwesens nach dem Krieg ergeben haben. Im klassischen Lastenausgleich müssen der Regierung zufolge noch rund 1500 zum Teil schwierige Verfahren bearbeitet werden.

Die Zahl der Empfänger von Kriegsschadenrente habe zuletzt jährlich um rund 14 Prozent abgenommen und belaufe sich noch auf rund 14 500, heißt es. Die beauftragten Kreditinstitute verwalten noch 210 Millionen Euro an Krediten. Im Vordergrund stehe die Rückforderung von Zahlungen wegen des Ausgleiches von Vermögensschäden in den neuen Ländern durch inzwischen vorgenommene Rückgaben oder Entschädigungen. Von rund 520 000 möglichen Rückforderungsfällen seien bislang 70 Prozent abgeschlossen. Die Änderungen zielen darauf ab, das Gesetz bei den schwierigen Verfahren für Vergleiche zu öffnen und die Wiederaufnahme nach Abschluß von Vergleichsverfahren zeitlich einzuschränken.

Der Bundesrat hatte darauf hingewiesen, daß das Gesetz mit seiner Zustimmung verabschiedet werden müsse, da auch Landesbehörden betroffen seien. Die Regierung hielt diese Zustimmung nicht für erforderlich. **Walter Haack**

Das Uphagenhaus

Neuerscheinung zum Danziger Rokoko

In einem Rundfunkvortrag vom 3. September 1934 beschrieb Willi Drost das in den 1770er Jahren erbaute Haus der Kaufmannsfamilie Uphagen als Ausdruck der kultivierten Lebensform des Danziger Bürgertums. Es ist dies nicht allein ein persönliches Bekenntnis des verdienstvollen Danziger Denkmalpflegers, sondern auch ein literarisches Juwel, das mit Thomas Manns berühmter kleiner Schrift „Lübeck als geistige Lebensform“ wetteifert, ohne sich wohl dessen bewußt zu sein.

Die kunstvoll geschnitzten, mit präzisen Abbildungen von Pflanzen und Tieren sowie mit exotischen Szenen geschmückten Paneels und Türen der repräsentativ oder intim gestalteten Räume des Hauses sind nach Drost Zeugnisse einer vergangenen, von Schönheit und Harmonie durchdrungenen Welt. In diese einzutreten lud er seine Zuhörer ein. Auch heute noch läßt sich das nach den Kriegszerstörungen als Museum wiederhergestellte Uphagenhaus als von der weltoffenen Freundlichkeit und Lebensbejahung des Danziger Rokoko geprägt wahrnehmen.

Der Text von Drosts Rundfunkvortrag wird in deutscher Sprache und in polnischer Übersetzung wiedergegeben; bebildert wird er mit Photographien aus der Vorkriegszeit sowie mit zeitgenössischen Zeichnungen aus dem Leben der Danziger Bürger von Daniel Chodowiecki. *K. S.*

*Willi Drost: **„Das Danziger Uphagenhaus als Lebensform – Gdanski Dom Uphagena jako forma zycia“**, Mit einem Editorial von Gerhard Eimer. Bonn 2006, broschiert, 32 Seiten, 9 Abb., 3,20 Euro*

der Stadt Pinneberg zur Verfügung gestellt wird. Das Museum bietet einen Überblick über die Geschichte der Region rund um Königsberg bis zu den Erlebnissen von 1945. Alltagsgegenstände wecken Erinnerungen. Auch die Bernsteingewinnung und Verarbeitung wird dargestellt. Was alle sehr beeindruckte, war ein Foto, auf dem die Gestalt einer Frau im abgetragenen Mantel und mit einem Koffe war. Mit diesem Koffer in der Hand, einem Kleinkind auf dem Arm und vier weiteren Kindern an ihrem Gürtel festgebunden war diese Frau über das gefrorene Haff geflüchtet. Viele fühlten sich in diesem Augenblick an ihr eigenes Schicksal erinnert. Zurück in der Gegenwart führte ein Besuch zum Schulauer Fährhaus, dem „Willkommhöft“, am Jachthafen von Wedel. Dort wird jedes Schiff, über 500 Bruttoregistertonnen, mit seiner Nationalhymne begrüßt (Richtung Hamburger Hafen) und verabschiedet (Richtung Elbmündung). Glück muß man haben, und die Reisegruppe hatte dieses. Kurze Zeit nach ihrer Ankunft schob sich das größte Kreuzfahrtschiff der Welt, die „Freedom of the Seas“ vorbei. Anschließend ging es zurück nach Bielefeld wo man, nach einem Zwischenstopp am Steinhuder Meer, ankam.

Köln – Dienstag, 4. Juli, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Kolpinghaus International, St.-Apern-Straße 32, 50667 Köln. Frau Lange zeigt Videofilme über „Schloß Burg“ und das „Deutschlandtreffen in Berlin“. Lm. Meier bringt selbstgemachte Jostenbänder mit, die käuflich erworben werden können. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei D. Taruttis, Telefon (02 21) 79 16 16.

Mönchengladbach – Montag, 3. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Bürgerklause“.

Neuss – Sonnabend, 1. Juli, 12 bis zirka 17 Uhr veranstaltet die Kreisgruppe auf dem Gelände der St. Cornelius-Pfarrei, Euskirchener Straße (Neuss-Erfttal), ihr diesjähriges Grillfest, zu dem herzlich eingeladen wird. Angeboten werden: ostpreußische Spezialitäten, Kaffee und selbst gebackener Kuchen, alkoholfreie Getränke, Bier vom Fass und ostpreußische Spirituosen. Eintritt frei.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Aschersleben – Mittwoch, 5. Juli, 14 Uhr, Handarbeits-Frauennachmittag im „Bestehornhaus“, Zimmer 6.

Dessau – Montag, 3. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe in der Begegnungsstätte H. Rühmann.

Das Herder-Institut und seine Rolle in der Forschung

Landesbeirat für Vertriebene informierte sich in Marburg

Der Kulturausschuß des Hessischen Landesbeirates für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen tagte im Herder-Institut in Marburg und informierte sich vor Ort. Der Beirat wurde vom Landesbeauftragten begleitet und vom Leiter des Institutes, Direktor Dr. Irgang, in die Forschungsarbeit eingeführt.

Der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussied-

Fortsetzung auf Seite 20

Brücke zur Heimat

Der »Glatzer Gebirgsverein« feiert Jubiläum

Von KARLHEINZ MOSE

Ein Wanderverein, der in Braunschweig eigentlich erst 55 Jahre „unter den Sohlen“ hat, feierte dort am Sonnabend, 13. Mai, sein 125jähriges Bestehen. Was etwas widersprüchlich klingt, resultiert aus bewegter Vergangenheit. Das gilt auch für den geographisch nicht ohne Vorkenntnis einzuordnenden Namen: „Glatzer Gebirgsverein“ (GGV).

1881 wurde der Verein in der schlesischen Festungsstadt Glatz (polnisch: Klodzko) gegründet. Der „GGV“ sorgte in der waldreichen, von Bergen umkränzten Grafschaft Glatz für Ausbau und Markierung der Wanderwege und genoß gesellschaftlich hohes Ansehen. 1945, mit der Ausweisung der Deutschen aus Schlesien, wurden auch die „GGVer“ in alle Winde vertrieben. Viele kamen nach Niedersachsen, besonders in den Raum Braunschweig. Das führte 1951 dort zur Neugründung des Vereins unter altem Namen. Heute hat er in der Bundesrepublik 1015 Mitglieder, darunter auch eine „Sektion“ für westlich der Weser wohnende mit Sitz in Düsseldorf.

Neben dem Wandergedanken wird natürlich die Erinnerung an die Heimat hochgehalten. So sind der von den Polen zerstörte Kaiser-Wilhelm-Turm auf dem 1425 Meter hohen Glatzer Schneeberg und die „Glatzer Rose“, bei Botanikern als wildwachsende „Europäische Trollblume“ bekannt, noch immer Symbol und Abzeichen des Vereins.

Zur Feier in der Stadt Heinrichs des Löwen scharten sich etwa 150 Mitglieder um die Vereinsfahne aus dem Jahr 1955. Der – übrigens schon nicht mehr in Schlesien geborene – 1. Vorsitzende des Vereins, Christian Drescher, Braunschweigs Oberbürgermeister, Dr. Gert Hoffmann, und der polnische Vize-Bürgermeister von Glatz, Michalski, sprachen Grußworte. Aus Berlin war der aus der Grafschaft Glatz stammende Apostolische Nuntius, Erzbischof Dr. Erwin Josef Ender, gekommen, um in der Kirche St. Aegidien den Festgottesdienst zu zelebrieren.

Historie und Heimatkunde zugleich brachte der ebenfalls aus dem Glatzer Land stammende emeritierte Hamburger Professor Dr. Arno Herzig in seinen Festvortrag ein: „Die Geschichte der Grafschaft Glatz und ihre Verbindungen zum Herzogtum Braunschweig“. Er erinnerte auch daran, daß die Gründung des „Glatzer Gebirgsvereins“ im Jahre 1881 zeitlich etwa einherging mit dem Bau der Bahnlinien in die berühmten Heilbäder der Grafschaft Glatz, Bad Altheide, Bad Reinerz, Bad Kudowa und Bad Landeck, und mit dem damit zusammenhängenden Beginn des Tourismus. Bis 1945 führte die Reichsbahn sogar einen Kurswagen vom Schlesischen Bahnhof in Berlin (dem „katholischen“, wie die Spree-Athener gern spotteten) bis nach Bad Kudowa, nahe der tschechischen Grenze. Die Heilbäder des Glatzer Berglandes sind unter den Namen Polanica Zdrój für Altheide, Duznicki Zdrój für Reinerz, Kudowa Zrdój und Ladeck Zdrój für Kudowa und Landeck auch heute noch von Polen gepflegte, vielbesuchte und beworbene Kurorte.

> Gefeiert wurde das Jubiläum auch in der Heimat

Als Brückenschlag zur Heimat ist zu werten, daß der „Glatzer Gebirgs-Verein“ seine 125 Jahre nicht nur in Braunschweig feierte, sondern eine Woche darauf auch mit den Polen in der Gründungsstadt Glatz.

Mit Bussen und Privatwagen waren neben den Braunschweiger „GGVern“ auch Mitglieder des Patenvereins „Sauerländischer Gebirgsverein (SGV) aus Lüdenscheid und eine Gruppe Grafschafter Wallfahrer mit ihrem Großdechanten, Prälat Franz Jung, Münster, zu den Feierlichkeiten in die Grafschaft Glatz gekommen. Nach einem Festgottesdienst in der Glatzer Dekanatskirche, zelebriert vom Großdechanten, wurde an einem Haus im Stadtmittelpunkt, in dem einst der Gebirgsverein gegründet worden war, eine Gedenktafel (in deutscher und polnischer Sprache) enthüllt. Nachmittags war Gelegenheit im „Museum Ziemi Klodzkiej“ (Museum des Glatzer Landes) eine Ausstellung zu besuchen, die dem „Gebirgsverein“ als „Quelle der touristischen Bewegung im Glatzer Land“ gewidmet war. Den Tag beschloß ein Festkonzert im Kurpark von Bad Altheide, das von dem Chor „Concerto Glacensis“ sowie von dem Polizeichor Marburg gestaltet wurde.

Die folgenden Tage sahen unter anderem als Programmpunkte vor: die Lichterprozession in der Basilika von Albendorf (Wambierzyce), dem einst „schlesisches Jerusalem“ genannten Wallfahrtsort, Besichtigungen der alten Papiermühle in Bad Reinerz, des Joseph-Wittig-Museums in Neurode und der Kristallglashütte in Seitenberg sowie natürlich auch – wie es sich für einen Wanderverein geziemt – eine Jubiläumswanderung. Der schloß sich – höchst erfreulich – auch eine Gruppe der „Polnischen Gesellschaft für Touristik und Heimatkunde“ an.

ler, Rudolf Friedrich, würdigte die bedeutsame Ostmitteleuropa-Forschung, die sich schwerpunktmäßig auf die Baltischen Staaten und die Länder Polen, Tschechien und die Slowakei konzentriert. Er wies darauf hin, daß es sich bei dem Herder-Institut um eine vom Bund und allen sechzehn Bundesländern öffentlich geförderte Einrichtung handelt, wobei Hessen als Sitzland eine besondere Verantwortung trage. „Ein großer Teil der Forschungsarbeit ist auch im Sinne der Kulturarbeit nach Paragraph 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes zu sehen. Deshalb weiß Hessen die Arbeit des Herder-Institutes zu schätzen und wird an der bisherigen Forschungsförderung festhalten“, resümierte der Landesbeauftragte.

Der Institutsleiter und seine Mitarbeiter gaben einen interessanten Überblick über das Herder-Institut und seine internationale Vernetzung. Ein besonderes Augenmerk gilt den kulturellen, ethnischen und politischen Wechselbeziehungen und Austauschprozessen, die Ostmitteleuropa vom Frühmittelalter bis in die Gegenwart in hohem Maße geprägt haben. Ein wichtiges Anliegen der Institutsarbeit sei die vergleichende Betrachtung der ostmitteleuropäischen Geschichte und ihre Vermittlung und Integration in ein gesamteuropäisches Geschichtsbild, hieß es. Das Institut unterhalte weiterhin umfassende Spezialsammlungen, erstelle grundlegende Hilfsmittel für die Forschung, betreibe eigene Forschung und fungiere als Forum des internationalen wissenschaftlichen Diskurses.

Mit dem Kulturausschußvorsitzenden Dr. Stingl empfahl der Landesbeauftragte eine möglichst zeitnahe Fortsetzung des Informationsbesuches, wobei Friedrich auch dafür warb, Heimatkreisbetreuer der Heimatvertriebenen und deren Landsmannschaften einen Überblick über die Arbeit zu geben.

Erfreut zeigte sich der Landesbeauftragte darüber, daß die Arbeit des Herder-Institutes von den organisatorischen Änderungen an den Universitäten Marburg und Gießen nicht tangiert werde.

Nur freundlich?

Eine unheimliche Begegnung und der Kampf mit der eigenen Angst machen einer Rentnerin zu schaffen

Von Annemarie in der Au

Es war am hellen Mittag, als sie ihm zum ersten Mal in diesem Haus begegnete und zutiefst erschrak. Sie hätte im nachhinein nicht sagen können, warum sie erschrak. Es konnte nicht daran liegen, daß sie ihn noch nie in diesem Haus bemerkt hatte. Das war nichts Ungewöhnliches, denn dieses zehnstöckige Hochhaus spuckte immer irgendwann auf den Fluren oder in den Aufzügen Gesichter aus, die neu erschienen, und dennoch von keinem Bewohner des Registrierens für wichtig befunden wurden.

Nein, das konnte es nicht sein. Es konnte auch nicht an der Schwarzbärtigkeit liegen, die Kinn und Lippenpartie wohlgeformt ausfüllte und diesem Mann gleichermaßen eine südländische Melancholie wie eine gravitätische Dämonie beigab. Nein, auch dieser Anblick war nicht so ungewöhnlich, daß er hätte erschrecken können.

Wenn sie es recht bedachte, war es die unerwartete Freundlichkeit, die sie zutiefst verunsichert hatte. Er hatte für Augenblicke auf sie gewartet, hatte ihr die Tür zum Haus offengehalten. So etwas war in diesem Haus noch nie vorgekommen. So etwas hatte die Zeit abgeschafft. Als Kind war es ihr zum letztenmal begegnet. Da hatte sie auf Befehl ihrer Eltern selber irgend jemandem die Tür aufhalten müssen, dessen Gesicht hinter einem schweren Paket verschwunden war. Dieser Mann hatte ihr die Tür aufgehalten. Er hatte dabei lächelnd eine makellose Zahnreihe entblößt, wie es nur schurkischen Filmhelden zukam. Lächeln? Vielleicht war es eher ein Grinsen gewesen.

Sie grübelte darüber nach. Es gab keine Freundlichkeit ohne Grund. Heute nicht mehr. Es mußte etwas bedeuten. Etwas, wovor immer gewarnt wurde. Wie, wenn die Freundlichkeit nur die Eröffnung einer Hinterhältigkeit war? Wurde man nicht immer wieder zur Vorsicht gerufen? Zuvorkommende Freundlichkeit gab es in dieser Hochhauswelt nicht. Wo hätte man in diesem Massenbetrieb wohl auch damit hinkommen sollen, jedem x-beliebigen Menschen Freundlichkeit zu zeigen.

Je mehr sie nachgrübelte, um so sicherer war sie, daß ihr Erschrecken berechtigt war. Aber sie war gewarnt. Sie würde diese Freundlichkeitsmaske und ihrer Hintergedanklichkeit schon aus dem Wege gehen.

Die Feststellung war wie ein Faustschlag in ihren Magen

Nur ein paar Tage später mußte sie erfahren, daß es damit nicht so einfach war. Es war Sonntag. Sie freute sich jeden Sonntag auf ihr Spezialitätenrestaurant. Das war die einzige kleine Vergünstigung, die sie sich jede Woche gönnte. Da sah sie den Menschen schon von der Tür aus in der Fensternische sitzen, breit und heiter. Niemand aus dem ganzen Hochhaus war je in dieses Restaurant gekommen. Warum er. Er lauert mir also auf. Weiß schon, wo ich sonntags esse.

Diese Feststellung landete wie ein Faustschlag auf ihrem Magen. Der Schmerz riß sie von der Tür fort, ließ sie in ihre Wohnung zurückeilen. Sie würde sich eben mit Brot und Margarine begnügen. Es blieb ihr die billige Beikost, daß sie den Maskenträger abgehängt hatte. Der Trost war teuer bezahlt. Der Sonntag war verdorben. Ihr wurde zum ersten Mal in ihrem Leben übel vor Angst.

Der Dunkelbärtige ließ sich nicht abhängen. Er fand sie im Waschmaschinenraum, wo sie alle vier Wochen ihre Buntwäsche durch die Maschine jagte. Er zeigte ihr, daß er sie zu finden wußte. Bewies ihr, daß es für ihn kein Hindernis gab; sagte es ihr mit einem scheinbar nichtssagenden Zahnpastalächeln. Fügte noch die Harmlosigkeit drein: Also dies ist der Waschraum. Als wenn er den und nicht sie gesucht hätte. Dann nickte er ihr zu, als wenn er etwas vom Waschen verstünde. Verlor seine Lächelmaske nicht, obwohl sie stumm blieb und sich in einen Schutzraum zwischen Außenwand und Waschmaschine zurückgezogen hatte. Er ging und sagte nachdrücklich: Auf Wiedersehen.

Es war nur wie ein kleines Zwischenspiel. Aber die Angst schüttelte sie danach so sehr, daß es ihr schwer fiel, die kleinen Wäschestücke aus der Maschine zu nehmen und im angrenzenden Trockenraum aufzuhängen. Sie zitterte auch im Bett noch, fand die halbe Nacht lang keinen Schlaf.

Was, um des Himmels willen, was steckte dahinter? Was wollte der Mann von ihr? Die Unruhe ließ sie nicht mehr los, machte sie fahrig und seltsam kraftlos. Doch sie dachte nicht daran, so leicht aufzugeben. Er sollte sich das nur nicht einbilden. Sie blieb auf der Hut. Und doch, was nützte es. Wenn sie auch fühlte, wie ihr ein Lauern im Nacken saß, er selbst trat tagelang nicht in Erscheinung. Er ließ sich Zeit. Ließ sie zappeln. Er ließ sich nicht programmieren. Er würde kommen, wenn es ihm paßte; wenn er wieder auf ihr Unvorbereitetsein treffen würde. Das war es wohl. Sie war sicher, daß er so rechnete.

Sie wußte nicht, wie sie sich hatte retten können

Aber auch sie rechnete. Rechnete jeden Augenblick mit seinem plötzlichen Erscheinen. Rechnete sich immer wieder vor, was alle bunten Blätter und einfarbigen Sendungen an Warnungen von sich gaben. Vermied aus diesem Grund den Fahrstuhl, obwohl ihr das Treppensteigen nicht leicht fiel. Rechnete in jeder freien Minute mit seiner herausfordernden Freundlichkeit ab. Alles Aufrechnen brachte sie an den Rand der Zurechnungsfähigkeit. Sie spürte es wohl. Aber dieser Mensch sollte sich verrechnen. Nur darum ging es noch.

Und dann stand er doch wieder unvermittelt vor ihr. Er hatte sie überrumpelt. Profihaft. Es hatte an ihrer Tür geklingelt. Dezent und höflich. Ein Blick durch das Guckloch auf den Hausflur hinaus zeigte ihr nichts. Also kam das Klingeln wohl von der Haustür her. Sie wollte es durch die Sprechanlage abweisen. Es gab für alle Wohnungstüren dieses Flures nur eine Sprechanlage. Sie öffnete die Tür, um an den Apparat zu gehen. Da trat er vor sie. Er hatte so an der Seite gestanden, daß der Türspion ihn nicht erfassen konnte. Nun stand er da, hielt ein winziges Wäschestück in die Höhe, fragte, ob es ihr gehöre, er ginge damit von Tür zu Tür, er hätte es im Wäscheraum gefunden. Und das Lächeln machte sich wie immer aufreizend breit in diesem Gesicht. Es signalisierte Fröhlichkeit, wo für sie keine war.

Sie wußte nicht, wie sie sich hinter die Tür hatte retten können. Sie wußte auch nicht, was ihr noch die Kraft gegeben, vor dieser Tür eine Barrikade aus Tisch und Sesseln zu bauen. Als sie wieder zu sich kam, war es Nacht, und sie lag neben der Barrikade.

Dann beugte der Bärtige sich über sie

Ich bleibe liegen, dachte sie. Ich bleibe für immer hier liegen. Es hat keinen Sinn mehr, überhaupt noch aufzustehen. Warum bin ich noch da. Aber der Morgen trieb sie wieder hoch. Das Pflichtgefühl für ihren Beruf rang noch einmal die Angst nieder.

Sie torkelte in den Tag hinein. Sie schwankte mit schweren Füßen die Treppen hinunter. Ihre Hände tasteten zitternd die Haustür ab, als wüßten sie nicht, sie zu öffnen. Ihre Augen verzerrten die Straße bis zur Unbegehbarkeit. Sie stolperte ihr entgegen. Dachte: Ich muß, ich muß. Dachte: Im Büro ist Rettung. Dachte: Irgendwann war das alles einmal anders. Dachte: Was hat die Freundlichkeit so unfreundlich gemacht. Sie wollte noch weiter denken, aber die Gedanken wurden ihr entrissen. Irgendwas hatte sie der Straße in die Arme gestoßen. Etwas, das grasgrün und groß war. Die Straße preßte ihren Kopf an ihr steinernes, kaltes Herz. Es machte ihr nichts aus. Dann bemerkte sie, daß der Bärtige sich über sie beugte. Sein freundliches Lächeln war erloschen, hatte einem grauen Entsetzen auf seinem Gesicht Platz gemacht. Sie sah es ganz deutlich. Sah es ohne jede Verzerrung. Sie dachte mit Erstaunen: Hinter dieser Freundlichkeitsmaske ist ja doch ein Mensch. Sie nahm dieses Erstaunen mit einer für sie neuen Leichtigkeit, die sie sonderbar glücklich machte, auf ihre Reise mit. Vielleicht, ja vielleicht konnte sie doch noch einmal in diese Freundlichkeit umkehren, die echt gewesen war.

Zahlen-Kreuzwort

Das Ausgangswort ist SALON. Wandeln Sie nun auch die restlichen Zahlen in Buchstaben um. Gleiche Zahlen bedeuten gleiche Buchstaben im Rätsel und im Zahlenschlüssel.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
S	A	L	O	N								

14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26

6	7	8	9	10	■	6	2	11	3	12	2	5	12	■	3	■	13	2	1	2	5
2	■	14	■	15	4	10	1	7	10	■	3	■	4	16	4	5	■	11	10	14	■
3	4	17	17	4	■	7	1	18	2	10	3	7	17	■	18	10	15	18	7	1	10
■	18	■	7	1	10	3	■	1	■	18	■	12	10	6	7	1	1	■	8	■	19
1	9	2	17	■	6	■	18	10	20	2	9	10	■	7	■	17	10	8	11	5	4
■	14	■	10	18	7	9	2	■	2	17	10	3	7	10	18	■	14	■	17	■	17
2	1	21	3	■	12	■	1 S	2 A	3 L	4 O	5 N	■	22	■	2	7	22	2	■	20	■
						23	10	5	2	■	17	6	10	10	22	■	4	18	7	4	5
						4	18	12	7	10	■	14	10	24	10	5	■	18	■	5	■
						22	■	18	10	14	1	10	■	10	■	7	18	2	5	10	18
						3	10	7	5	10	■	1	4	18	24	10	■	9	2	17	10
						10	■	13	■	18	7	17	17	■	4	1	17	■	17	■	10
						18	7	13	13	■	22	■	17	14	24	10	■	25	14	2	3
						■	1	■	2	5	4	18	2	9	■	3	2	14	18	10	3
						11	4	11	3	■	3	■	6	10	5	5	■	10	■	18	■
						2	3	7	24	7	■	12	2	3	2	■	4	18	5	2	17
						2	22	18	10	1	1	10	■	10	24	24	10	■	14	■	11
						18	10	5	■	17	■	3	2	7	10	■	3	2	18	26	10

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

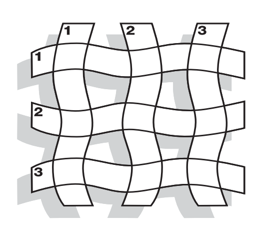
AAEE GILN RT	AEHL ▼	↓	DEELN	LLNU ▼	↓	AEMNT	ERST ▼	AIOT ▼	EELS ▼
↳									
EHMRU ▶						EOS ▶			
DEEL NW			EEIL ST ▶						
↳						ALT ▶			

Brückenrätsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Feuerwerkskörper.

1	PARKETT		BELAG
2	MARK		BAU
3	REKORD		LOS
4	KNOBLAUCH		DREHER
5	WURST		GURKE
6	LOHN		MANN
7	KRAFT		PARK

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Gewürz-, Gemüsepflanze,
2 Rosengewächs, Schwarzdorn,
3 gerade Aufgekommenes

Zahlen-Kreuzwort:

So ist's richtig:

W	I	C	K	E	■	W	A	H	L	G	A	N	G	■	L	■	F	A	S	A	N
A	■	U	■	P	O	E	S	I	E	■	L	■	O	Z	O	N	■	H	E	U	■
L	O	T	T	O	■	I	S	R	A	E	L	I	T	■	R	E	P	R	I	S	E
■	R	■	I	S	E	L	■	S	■	R	■	G	E	W	I	S	S	■	C	■	X
S	K	A	T	■	W	■	R	E	M	A	K	E	■	I	■	T	E	C	H	N	O
■	U	■	E	R	I	K	A	■	A	T	E	L	I	E	R	■	U	■	T	■	T
A	S	Y	L	■	G	■	S	A	L	O	N	■	D	■	A	I	D	A	■	M	■
						J	E	N	A	■	T	W	E	E	D	■	O	R	I	O	N
						O	R	G	I	E	■	U	E	B	E	N	■	R	■	N	■
						D	■	R	E	U	S	E	■	E	■	I	R	A	N	E	R
						L	E	I	N	E	■	S	O	R	B	E	■	K	A	T	E
						E	■	F	■	R	I	T	T	■	O	S	T	■	T	■	E
						R	I	F	F	■	D	■	T	U	B	E	■	Q	U	A	L
						■	S	■	A	N	O	R	A	K	■	L	A	U	R	E	L
						H	O	H	L	■	L	■	W	E	N	N	■	E	■	R	■
						A	L	I	B	I	■	G	A	L	A	■	O	R	N	A	T
						A	D	R	E	S	S	E	■	E	B	B	E	■	U	■	H
						R	E	N	■	T	■	L	A	I	E	■	L	A	R	V	E

Schüttelrätsel:

■	■	E	■	■	A	■	■	■	■
G	A	L	A	N	T	E	R	I	E
■	H	E	R	U	M	■	E	O	S
■	L	N	■	L	E	I	S	T	E
W	E	D	E	L	N	■	T	A	L

Brückenrätsel: 1. Fussboden, 2. Knochen, 3. Ergebnis, 4. Pillen, 5. Salat, 6. Steuer, 7. Fahrzeug – Boeller

Magisch: 1. Fenchel, 2. Schlehe, 3. Neuheit

Neues Leben für eine alte Idee

Zum 26. Internationalen Hansetag kamen 3 000 Delegierte aus 105 Städten nach Osnabrück

Von Klaus J. Groth

Respekt, Respekt. 3 000 Delegierte vertraten 105 Städte aus zwölf Ländern – das sind nüchterne Zahlen des 26. Internationalen Hansetages, der am vergangenen Wochenende in Osnabrück stattfand. Gleichzeitig wurde mit diesem Treffen das Jubiläum 650 Jahre Städtehanse gefeiert. Wenigen der Neuhanseaten, die da in Osnabrück so überaus zahlreich zusammenkamen, wird bewußt gewesen sein, daß selbst zur Blütezeit der Hanse niemals ein vergleichsweise stattlicherer Hansetag zelebrierte wurde. Jedenfalls, was die teilnehmenden Personen betrifft. Allerdings mußten die Ratssendboten vergangener Tage im Gegensatz zu ihre heutigen Kolleginnen und Kollegen einen beträchtlichen Teil der nicht unerheblichen Reisespesen aus der eigenen Tasche bezahlen. Und unbedingt komfortabel war das Reisen auch nicht. Also beschränkte man sich auf das Erforderliche und vermied das Vermeidbare.

Der rege Zuspruch zum 26. Hansetag der Neuzeit verdeutlicht aber auch dies: Eine Idee setzt sich durch, wenn sie zur rechten Zeit entwickelt wird. Offenbar ist der Hansetag solch eine Idee. Über 300 Jahre lang hat ihn niemand wirklich vermißt. Als sich dann aber die niederländische Stadt Zwolle 1980 auf ihre hanseatische Tradition besann und zu einem Hansetag der Neuzeit einlud, fragte sich mancher in den größeren Hansestädten, warum man nicht schon früher auf diesen Gedanken gekommen sei. Europa wuchs zusammen, Grenzen verloren ihre Bedeutung – und die Städte hatten überall genügend gleiche oder ähnliche Probleme, bei deren Bewältigung ein Erfahrungsaustausch hilfreich sein könnte. Die Idee einer neuen Hanse und damit eines neuen Hansetages fiel also auf fruchtbaren Boden.

Eigentlich hatten die Bürger von Zwolle 1980 der 750-Jahrfeier ihrer Stadt einen besonderen Glanzpunkt aufsetzen wollen, als sie zum Hansetag luden. Niemand hätte erwartet, daß daraus eine feste Einrichtung würde. Es war der damalige Bürgermeister Lübecks, Robert Knüppel, der den Vorschlag machte, dem seit 311 Jahren erstmals wieder einberufenem Hansetag weitere folgen zu lassen. In Zwolle waren Vertreter von 45 Städten aus fünf Nationen zusammengekommen. Sie griffen den Vorschlag des Lübecker Bürgermeisters auf – und erinnerten sich daran, daß Lübeck einst das Haupt der Hanse gewesen war. Auf diesen Rang hatten übrigens 1294 die Bürger Zwolles Lübeck gehoben, als sie sich in einem Schreiben für die tatkräftige Sicherung ihres Seehandels durch die Lübecker Flotte bedankten und in dem Brief formulierten, sie hingen „wie die Glieder mit dem Haupte“ (Lübeck) zusammen. Lübeck hatte diese Führungsrolle gerne angenommen und ihr mit großem Erfolg entsprochen. Dessen eingedenk, bot auch die neue Hanse Lübeck die Führungsrolle an – einer muß schließlich die organisatorische Arbeit leisten.

Inzwischen gehören dem Hansebund der Neuzeit 163 Städte aus 15 europäischen Ländern an. Es ist damit die weltweit größte, freiwillige Städtegemeinschaft. Neben den eigentlichen Hansestädten rechnen sich auch einige der ehemaligen großen Handelskontore wie Nowgorod in Nordwestrußland und einige der kleineren Niederlassungen dem Bündnis zu.

Zielsetzung und Aufgaben umreißt der amtierende Lübecker Bürgermeister Bernd Saxe so: „Die ‚neue‘ Hanse hat sich zur Aufgabe gemacht, den Geist der Hanse als Lebens- und Kulturgemeinschaft der Städte lebendig zu halten, ihren in Jahrhunderten erprobten Bürgersinn, die Identifizierung des Bürgers mit seiner Stadt und ihren Aufgaben gewissermaßen als Hansisches Vermächtnis aufzugreifen und mit neuer Kraft zu erfüllen. Die Idee der Versöhnung über die Grenzen hinweg, die Idee einer dauerhaften Friedensordnung in Europa, tritt dabei immer stärker hervor.“



Nach olympischem Vorbild: Präsentation der Delegationen vor dem Rathaus — Foto: Stadt Osnabrück

Diese Aufgaben wurden in einer Satzung festgeschrieben. Das wäre nicht weiter erwähnenswert – jeder Verein hat seine Satzung – wenn es nicht die erste Satzung der Hanse überhaupt wäre. Der alte, erfolgreiche Städtebund der Hanse kam gänzlich ohne Satzung aus. Der neue Städtebund also hat seit dem Jahr 2000 eine Satzung, in der die Eckpunkte der Aktivitäten klar bestimmt sind. Die Kaufleute, welche die erste Hanse gründeten, brauchten so etwas nicht.

Die Kaufleute wußten, was sie wollten: In Frieden gute Geschäfte machen. Darum schlossen sie sich zu einer Interessen- und Zweckgemeinschaft zusammen. Das waren die Anfänge der Kaufmannshanse. Schon 1161 handelten deutsche Kaufleute über die Ostsee mit Gotland. Um die Gefahren der Reise zu mindern, gründeten die Fernhändler ein genossenschaftliches Bündnis, das sie „Hanse“ nannten. Es ist das älteste deutsche Wort für Gesellschaft oder Gemeinschaft.

Der Hansebund ist mit 163 Städten aus 15 europäischen Ländern die größte freiwillige Städtegemeinschaft der Welt

Vermutlich bildeten Lübecker Kaufleute dies Bündnis zusammen mit Fernhändlern aus Westfalen, Niedersachsen und vom Niederrhein, denn ein Mandat Heinrichs des Löwen galt für „Theutonici“, nicht allein für „Lubicensis“.

Im 13. Jahrhundert schlossen sich auch andere, neu an der Ostsee gegründete Städte der Hanse an. Somit wurde die Gemeinschaft der Gotlandfahrer, der „universi mercatores imperii Romani Gotlandiam frequentantis“ zur Keimzelle der Kaufmannshanse.

Die deutschen Kaufleute in Visby bestimmten vier „Älderleute“, die ihre Interessen nach außen vertraten und interne Streitigkeiten schlichteten. Diese Äldermänner repräsentierten zugleich die vier stärksten Gruppen: die Kaufleute aus Lübeck, Soest, Dortmund und Visby selbst.

Über Gotland ging der Handel mit dem Nordosten Europas. Die Händler tauschten Wachs, Pelze und Honig ein gegen Tuche, Waffen, Wein, Gerätschaften. Später kamen Salz, Heringe, Getreide und Stockfisch hinzu. Gotland war Stützpunkt im Handel mit Nowgorod, das entweder von den „Wasserfahrern“ über den Finnischen Meerbusen und die Neva oder von den „Landfahrern“ über Riga und Reval angesteuert wurde.

Als Fernhändler gehörten die Kaufleute in einer Stadt wie Lübeck ohnehin zur führenden Schicht, und so deckten sich ihre kommerziellen Interessen nahtlos mit denen der Stadt. Erst Mitte des 14. Jahrhunderts begann sich das zu ändern.

1356 lud der Lübecker Rat Vertreter jener Städte an die Trave, denen am Handel mit Flandern gelegen war. Die Ratsherren wollten nicht mehr den Kaufleuten allein die konfliktreichen Verhandlungen um Handelsrechte überlassen. Die großen norddeutschen Städte, die Fernhändler betrieben, folgten der Einladung. Das Treffen wird deshalb als der erste allgemeine Hansetag eingestuft. Zwei Jahre später tauchte erstmals der Begriff von der „stad van der Dudeschen hense“ (Stadt von der Deutschen Hanse) auf. Deshalb wird mit dem ersten Hansetag auch der Übergang von der Kaufmanns- zur Stadthanse verbunden.

Ein festes Bündnis ist die Hanse nie gewesen. Schon die Angaben über die Zahl der Städte, die ihr angehörten, schwanken zwischen 50 und 200. Handfeste Eigeninteressen bestimmten die jeweilige Zugehörigkeit. Deshalb hat es auch keinen Hansetag gegeben, auf dem alle Städte vertreten waren. Besonders eng arbeiteten die wendischen Städte mit Lübeck an der Spitze zusammen. Während der großen Zeit der Hanse sind zu dieser Interessengemeinschaft 70 Städte zu rechnen. Sie waren es auch, die hauptsächlich zum Hansetag – meist nach Lübeck – eingeladen wurden. Vertreter weiterer 100 Städte zog man gelegentlich hinzu. Die Führungsrolle Lübecks verdeutlicht auch die Tatsache, daß die Stadt zu den Hansetagen einlud. Neben dieser höchsten Instanz der Hanse entwickelten sich regionale Hansetage, auf denen Städte zusammenkamen, die durch eine gemeinsame Interessenlage der Region verbunden waren. Die Teilnahme daran war häufig reger als bei den großen Zusammenkünften, da die Städte die hohen Reisekosten scheuten.

Genau festgelegt wurde der Begriff der Hanse nicht. Ein Schreiben an den englischen König definiert 1450 das Bündnis vage: „dat de stede van der hense sin wol en corpus in etliken eruntscoppen unde vorbitnissen“, also eine Einrichtung aus Freundschaften und Bündnissen. Etwas kalkulierte Geheimniskrämerei steckte allerdings auch in dieser wenig konkreten Auskunft. Die Engländer hatten mehrfach nachgefragt, wer denn alles zu dem Bündnis gehöre. Da die Mitglieder der Hanse nahezu Zollfreiheit genossen, wollten die Engländer dieses Privileg keinem Nichtmitglied gewähren. Tatsächlich aber hat die Hanse ihre Mitglieder niemals registriert und auch kein Verzeichnis geführt.

Der erste historische allgemeine Hansetag, mit dem die Kaufmanns- zur Städtehanse wurde, fand vor 650 Jahren in Lübeck statt

Trotz dieser lockeren Form des Zusammenschlusses und der vagen Umschreibung der Aufgaben entwickelte sich der Hansetag bald zur höchsten Instanz des Bündnisses für Städte zwischen Livland und Holland. Er traf grundsätzliche Entscheidungen, gegen die keine Berufung möglich war. Ihm oblagen die Ratifizierung von Verträgen und die Festlegung von Handelsprivilegien, Verhandlungen mit ausländischen Städten oder Herrschern, die Berufung von Gesandten – und letztendlich die Entscheidung über Krieg und Frieden. Alle gefaßten Beschlüsse waren für die Mitglieder bindend.

Das Kerngebiet der Hanse reichte von der Mündung der Elbe bis zur südwestlichen Küste der Ostsee. Von Beginn an bildeten die sogenannten wendischen Städte Lübeck, Hamburg, Wismar, Rostock, Stralsund, Greifswald und Lüneburg das Rückgrat des Bündnisses. Früh kamen Anklam, Demmin, Stettin, Stargard, Kolberg, Kiel und Stade hinzu. Später reihten sich aus dem Gebiet Buxtehude, Rügenwald, Stolp, Treptow, Wollin, Schlawe, Greifenberg, Kammin, Köslin, Belgard, Gollnow und Usedom in das Bündnis ein. Besonders zahlreich war der Zusammenschluß in Westfalen und Niedersachsen vertreten. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn die Fernkaufleute, die sich in Lübeck angesiedelt hatten, stammten vorzugsweise aus diesem Bereich, verfügten also über verwandtschaftliche und wirtschaftliche Beziehungen. Zu den ersten Mitgliedern gehörten die Städte Dortmund, Soest, Münster, Minden, Bremen, Braunschweig, Goslar, Hildesheim, Göttingen, Magdeburg, Hannover – und der Gastgeber 2006, Osnabrück. Später stieß nahezu jede Stadt in Westfalen zu dem Bündnis. In Preußen waren sechs Städte schon zum Beginn der Hanse dabei: Kulm, Thorn, Elbing, Danzig, Königsberg und Braunsberg.

Gute Zeiten, schlechte Zeiten – die kannten das Bündnis der Hanse und die Hansetage selbstverständlich auch. Bezeichnenderweise waren die schlechten Zeiten der Hanse die guten Zeiten für die Hansetage, und umgekehrt waren die guten Zeiten der Hanse die schlechten für die Hansetage. Denn wenn es irgendwo kriselte, drängte alles zu den Hansetagen. Florierten die Geschäfte aber ohne Probleme, schwänzte man ganz gerne die Zusammenkünfte.

So sahen sich schon die Vertreter auf dem Hansetag 1441 zu doppelter Klage veranlaßt: Viele Städte fehlten unentschuldigt, oder aber sie hatten Vertreter entsandt, die weder rechtlich noch fachlich ausreichend qualifiziert waren. Fortan, so beschlossen die Anwesenden, müsse jede Stadt, die keinen geeigneten Vertreter entsende, eine Geldbuße zahlen oder aber einen Reinigungseid ablegen, der folgenden Wortlaut hatte: „Ich schwöre von unseren Rates wegen; daß wir nicht gekommen sind zur Tagfahrt nach Lübeck, das haben wir nicht mit Vorsatz unterlassen oder um Kosten zu sparen, sondern es ist geschehen aus wirklichen Notsache und nicht anders, sonder Arglist, daß mir Gott helfe und seine Heiligen.“

1669 aber half auch das nichts mehr. Nur noch acht Städte kamen zu dem Hansetag in Lübeck: Hamburg, Bremen, Danzig, Rostock, Braunschweig, Hildesheim, Osnabrück und Köln. Zwar wurde in insgesamt 18 Sitzungen heftig über die Zukunft des Bündnisses diskutiert – aber es hatte keine mehr. In nicht einem einzigen Punkt konnte Übereinstimmung erzielt werden. Lediglich das Sonderbündnis zwischen Lübeck, Hamburg und Bremen hatte weiter Bestand.

So entschlummerte mit dieser Tagfahrt 1669 das großartige Bündnis der Hanse. Insgesamt 72 Hansetage hatte es gegeben, 54 davon fanden in Lübeck statt. Die „neue“ Hanse verteilt ihre Termine etwas gerechter. Da kommt jeder einmal an die Reihe. Im kommenden Jahr ist es Lippstadt, in drei Jahren Nowgorod, in zehn Jahren Bergen ...

Ja, die Termine der neuen Hansetage sind begehrt und langfristig vergeben. Wismar ist 2029 an der Reihe. Solche Terminplanung zeigt, wie vital die neue Hanse nach langem Tiefschlaf ist.

Wenn die Sonne wendet

Für unsere germanischen Vorfahren war die Sonne die bestimmende Kraft des Jahres, insbesondere für das Gedeihen der Saaten. Am 21. Juni erreicht die Sonne ihren höchsten Stand, am nächsten Tag schon beginnen die Tage kürzer zu werden. Dieser markante Einschnitt bot sich also für die Entwicklung eines Feuerbrauchtums an.

Als die christliche Kirche bei und nach der Missionierung versuchte, die Sonnwendbräuche als „heidnisch“ abzuqualifizieren und zu verbieten, mißlang dies nahezu völlig. Notgedrungen nahm man daher eine Umwidmung vor und verlegte das Mittsommerfest auf den 24. Juni, den Tag Johannes des Täufers, des Vorläufers Jesu Christi. Schnell hatten Theologen auch eine Deutung für das Johannisfeuer (so hieß das Sonnwendfeuer nun) bereit. Sie zitierten ein Wort des Johannes über Christus: „Er muß wachsen, ich aber muß abnehmen“ – und meinten so den rechten Sinn von Sonne und Feuer gefunden zu haben (Johannes: die abnehmende Sonne; Christus: das wahre Licht der Welt).

Doch die Menschen empfanden das Feuer eher im Kontext von Fruchtbarkeit, Gedeihen und Gesundheit, wie zahlreiche Bräuche zeigen. Junge Paare sprangen gemeinsam durchs Feuer, ohne die Hände loszulassen; man erhoffte sich dabei Gesundheit und Festigung der Liebeskraft. Ähnliches erhoffte man sich auch beim Tanz ums Feuer. Verkohlte Holzstücke aus dem Sonnwendfeuer steckte man in Äcker und Gärten und erwartete Mehrung der Fruchtbarkeit. An manchen Orten trieb man das Vieh durch den Rauch des Sonnwendfeuers (Bannung von Krankheiten). Diesen und anderen Bräuchen sprach der Volksglaube heilsame Wirkungen auf Mensch, Vieh, Acker- und Gartenland zu. So rollten in der Johannisnacht von den Bergen Sonnenräder zu Tal. Am Kurischen Haff bezog man sogar die See in das Feuerbrauchtum ein: Man machte Feuer auf alten Kähnen oder man entzündete Teertonnen und ließ sie hinausschwimmen.

Die Aufklärungszeit war dem Brauchtum eher abgeneigt, und im 19. Jahrhundert griffen die Behörden im Geiste des Absolutismus reglementierend und verbietend ein. Sie erreichten damit, daß in Teilen des deutschen Volksraums die Sonnwendfeuer in Vergessenheit gerieten.

Eine gegenläufige Bewegung setzte mit der Romantik ein, die eine nächtliche Illuminierung der Natur als stimmungsträchtig empfand. Die deutsche Jugendbewegung griff das Feuerbrauchtum auf. In der Notzeit nach dem Ersten Weltkrieg setzten die Bünde und Gemeinschaften der Jugendbewegung bei den Sonnwendfeiern auch politische Akzente. So wurde das Lied „Flamme empor“ aus der Zeit der Befreiungskriege angestimmt („... schwören am Flammenaltare, Deutsche zu sein“). Gerne gesungen wurde bei den Sonnwendfeiern auch „Und wenn wir marschieren“, die letzte Strophe lautet: „Du Volk aus der Tiefe, du Volk in der Nacht, vergiß nicht das Feuer, bleib auf der Wacht!“

Der Nationalsozialismus übernahm das Sonnwendbrauchtum und gestaltete die Feiern im Sinne seiner Ideologie aus. Die HJ feierte die Sonnenwende als „Fest der Jugend“. Das hinderte nach 1945 aber selbst entschiedene NS-Gegner – egal ob nun kommunistisch oder katholisch – nicht, in ihrem Sinne das alte Brauchtum aufzugreifen. Wo die Sonnwendfeuer im ländlichen Raum überlebten, wurden sie gerne in die Folkloredarbietungen von Fremdenverkehrsgemeinden miteinbezogen.

Manfred Müller

Dauerkrieg

Töten als »Schwarze Witwe«

Weil zwei ihrer Brüder einer militanten tschetschenischen Untergrundorganisation angehören, werden Raissa und ihre Schwestern immer wieder von russischen Soldaten verhaftet und stundenlang verhört. Dabei beschimpfen die meist angetrunkenen Männer die jungen Frauen aufs Gröbste, peitschen mit Gerten auf ihre Finger und Fußsohlen ein, um aus ihnen Informationen über die Brüder herauszuprügeln.

Raissa und ihre Schwestern verraten die Brüder nicht. Von Politik verstehen sie nicht viel, sie wissen aber, was von ihnen erwartet wird. Sie leben im Krieg, bekommen ihn täglich zu spüren.

Ihre ständige Angst vor russischen Panzern und Granaten, vor der Brutalität der Soldaten lähmt sie. Sie lernen, ihre Feinde zu hassen, und gehorchen ihren Männern. Sie sind in ihren tschetschenischen Traditionen verwurzelt, die Rolle der Frau ist streng definiert.

Als Raissas ältere Schwester Medina mit einem Clanmitglied verheiratet wird, erhält der Bräutigam den auch für ihn tödlichen Auftrag zu einem Blutracheakt. Raissa muß derweil Geiseln in ihrem Elternhaus versorgen, eine Aufgabe, die sie haßt. Ihre Brüder schlagen sie brutal, wenn sie sich ihren Anweisungen widersetzt.

In „Ich sollte als Schwarze Witwe sterben – Die Geschichte der Raissa und ihrer toten Schwestern" wird Raissa als gebildete junge Frau gezeichnet, die davon träumt, den engen Fesseln ihrer Familie entfliehen zu können.

Ihre Eltern begreifen nicht, daß ihre Söhne Achmed und Aslan einer Terroristen-Organisation angehören, die von afghanischen Taliban angeführt und finanziert wird. Sie fragen auch nicht danach. Der Vater arbeitet weit weg von zu Hause in Kasachstan und kann nur mit Mühe und Not seine Familie ernähren. Achmed und Aslan beschließen, ihre verwitwete Schwester zur Schwarzen Witwe auszubilden, die ihren Mann rächen soll. Die junge Frau ist zu allem bereit. Ihre Schwester Hedja schließt sich ihr an.

Die Schwarzen Witwen werden nach kurzer Ausbildungszeit nach Moskau geschickt, um den Anschlag auf das Musical-Theater „Nordost" zu verüben. Beide Frauen kommen dabei ums Leben.

Raissa ist die einzige Frau der Familie, der es gelingt, der Hölle aus Krieg und Fanatismus zu entfliehen. Daß ausgerechnet ein russischer Offizier ihr zur Flucht und zu einer neuen Identität verhilft, wirkt allerdings etwas unglaubwürdig.

Sabine Adler hat als Korrespondentin des Deutschland-Radios jahrelang in Tschetschenien recherchiert und dabei zahlreiche Gespräche und Interviews mit tschetschenischen Frauen geführt. Sie zeichnet ein realistisch wirkendes Bild der Komplexität eines Landes, in dem Grausamkeit, Fanatismus und Skrupellosigkeit vorherrschen.

Der Leser erhält eine Vorstellung davon, wer diese Schwarzen Witwen sind und wie es dazu kommt, daß sie töten. Durch seinen Romancharakter wird das Buch, das mit realistischen Fakten gespeist ist, zu einer spannenden Lektüre. *Michaela Wagner*

Sabine Adler: „Ich sollte als Schwarze Witwe sterben – Die Geschichte der Raissa und ihrer toten Schwestern"*, DVA, München 2005, 359 Seiten, 19,90 Euro, Best.-Nr. 5582*

Ein roter Faden

Hörbuch verdeutlicht Strukturen in der deutschen Geschichte



Wer 2000 Jahre deutsche Geschichte, beginnend mit der Varusschlacht bis hin zum Mauerfall in knappen 175 Minuten erzählen will, der kann diese naturgemäß nur grob skizzieren und dabei gewaltige Lücken reißen. Dennoch ist es möglich. Karl Höffkes hat nun eine solche Skizze als Hörbuch vorgelegt.

Das drei CDs umfassende Hörbuch „Die Geschichte der Deutschen" von Polarfilm ist ausgesprochen empfehlenswert. Die politisch inkorrekte Darstellung einiger Zusammenhänge vermag zu überzeugen. Die sonore Sprecherstimme Matthias Ponniers und auch Co-Sprecherin Eva Garg bringen die historischen Ereignisse glaubhaft zu Gehör.

Die Entwicklung Deutschlands wird dabei nicht ohne eine gehörige Portion Polemik gegen hanseatische und Fuggersche Kaufmannsinteressen, gegen deutsche „Erbfeinde", gegen Wilhelminische Naivität oder gegen die Kirche dargestellt.

Nur wenige kleinere sachliche Fehler unterlaufen Autor Höffkes. So krönte sich zum Beispiel Brandenburgs Kurfürst Friedrich III. in Königsberg bekanntermaßen nicht zum König „von", sondern zum König „in Preußen".

Doch seien wir nicht zu penibel. Das Geschichts-Hörbuch verliert trotz ironischer Spitzen nie den Blick für die wesentlichen Abläufe historischer Zusammenhänge und ganzheitliche Darstellung der Geschichte der Deutschen im Kontext mit ihren Nachbarn.

Besonderen Wert legt der Autor beispielsweise auf den Zusammenhang zwischen den beiden Weltkriegen. Ohne Versailles kein Hitler und kein Zweiter Weltkrieg, so die eindeutige und kaum bestreitbare Deutung der Zeitgeschichte. Eine mutige Deutung, die nicht nur Freunde finden wird.

Wenn die Mauer fällt, die Geschichte in die Gegenwart mündet und die letzte CD sich dem Ende neigt, dann wird der aufmerksame Hörer den roten Faden durch die deutsche Geschichte nicht verloren haben.

Die CD-Sammlung ist ein schönes Geschenk für Geschichtsfreunde und Gymnasiasten, denen wegen des abgehakten Themenblockunterrichts meist der Blick in die gewachsene Struktur der Geschichte und für eben jenen roten Faden fehlt. *B. Knapstein*

„Die Geschichte der Deutschen"*, Polarfilm, Geschichts-Hörbuch auf 3 CDs, Laufzeit 175 Minuten, Münster 2006, 19,95 Euro, Best.-Nr. 5485*

Wie ein Voyeur dabei

Dänische Nachwuchsautorin entführt in die bürgerliche Enge Kopenhagens



Fest umschlingt sie einen, die Leere und Einsamkeit des Lebens. Obwohl sie ein negatives Gefühl vermittelt, gelingt es der Autorin Jette Kaarsböl, den Leser an sich zu binden. Dabei ist die äußere Handlung von „Das Versprechen der Ehe" schnell erzählt.

1933 entdeckt ein Küchenmädchen in Kopenhagen, daß die alte Dame am Fenster des Nachbarhauses schon seit Tagen in der selben Position am Fenster sitzt. Der herbeigeholte Hausmeister stellt fest, daß die alte Dame tot ist. Die als übellaunig und verkniffen geltende Frederikke Faber ist eines natürlichen Todes gestorben, trotzdem wird der Fall so erzählt, daß der Leser von Neugier getrieben wissen will: Wer war diese vermögende Alte?

Die dänische Autorin, die für ihren Debütroman in ihrem Heimatland mehrfach ausgezeichnet worden ist, wechselt in ihrem Roman die Erzählzeiten. Chronologisch berichtet sie über die Ereignisse im Leben der Verstorbenen von 1875 bis zum Eklat 1883 sowie ihrem letzten Lebensjahr.

1875 soll die Bürgerstochter Frederikke Leuchenbach mit dem jungen Pfarrer Christian Holm verheiratet werden. Die unerfahrene 21jährige empfindet nur Abneigung für den betulichen Verlobten. „Der Blinde legt einen tröstenden, väterlichen Arm um die Stumme", so Kaarsböl, die beschreibt, wie Frederikke versucht, ihren Kummer zu verbergen, und Christian Holm dies als schüchterne Verliebtheit wertet.

Wie ein Wunder bietet sich Frederikke ein Fluchtweg aus der drohenden Verbindung. Frederik Faber, ein junger unverheirateter Arzt, will sie vor einer Ehe mit dem reaktionären Pfarrer retten. Da er, wenn er verheiratet ist, bessere Chancen auf eine Beförderung hat, macht er dem unbedarften Mädchen einen Heiratsantrag, den die in den charismatischen Liberalen Verliebte sofort annimmt. Was Frederikke jedoch nicht weiß, der Leser der Gegenwart aber ahnt, ist die Tatsache, daß Frederik homosexuell ist. Und während der Freundeskreis um ihren Mann ständig über die Emanzipation der Frau redet und Frederik sich als Befreier Frederikkes fühlt, merkt die Dänin langsam, was um sie herum passiert, denn was soll sie mit ihrer Freiheit anfangen? Unendlich langsam vergehen ihre inhaltslosen Tage, während ihr Mann von einem beruflichen und gesellschaftlichen Termin zum nächsten eilt. Liebe, Zärtlichkeit und eigene Kinder sind für sie verschlossen. Überall ersticken die bürgrlichen Konventionen ihren Lebensdrang.

Die schöne Naive verzweifelt, fühlt sich wie im Gefängnis. „Menschen wie du begehen keinen Selbstmord. Sie werden nur boshaft!", entgegnet ihr Gatte auf Frederikkes Selbstmordgedanken. „‚Seht ihr so aus, ihr Männer des Fortschritts?' spuckt Frederikke ihnen hinterher. ‚Essen, trinken ... reden, reden, reden – während eure Ehefrauen daheim sitzen und verdorren.'"

Die bildhafte Sprache der Autorin, ihre Art, Gefühle und Ängste selbst ihrer Nebencharaktäre detailliert und faßbar zu machen, besticht. Da sie als Erzähler den Leser immer wieder direkt anspricht, seine Verwunderung über die damaligen Gegebenheiten anspricht, entsteht der Eindruck, daß man als Voyeur das Leben Frederikkes betrachtet. Das mag moralisch zwar verwerflich sein, gibt dem Roman aber einen ganz besonderen Reiz. Am Ende der Geschichte ist keiner unschuldig – auch der Leser nicht.

Wer die Atmosphäre aus Werken wie Fontanes „Effi Briest" oder Thomas Manns „Die Buddenbrooks" mag, wird Kaarsöls „Das Versprechen der Ehe" lieben. *Rebecca Bellano*

Jette Kaarsböl: „Das Versprechen der Ehe"*, Piper Nordiska, München 2006, geb., 558 Seiten, 22,90 Euro, Best.-Nr. 5583*

Zeit der Umwälzungen

Sicherheitspolitik im Visier – Heinz Brill veröffentlicht geopolitische Analysen



„Die Disziplinen ‚Politische Geographie / Geopolitik / Geostrategie' gehören im deutschsprachigen Raum (vor allem bedingt durch historische Belastung) – im Gegensatz zu den USA, Großbritannien, Frankreich, Rußland, China zu den am meisten vernachlässigten Forschungsgebieten." Dies konstatiert Heinz Brill gleich zu Beginn seines Buches „Geopolitische Analysen Beiträge zur deutschen und internationalen Sicherheitspolitik 1974–2004". Eine Folge davon ist, daß heute in Deutschland sicherheitspolitische Grundsatz-Debatten kaum mehr stattfinden oder dabei Gegenwartsgesichtspunkte überwiegen, obwohl die sicheren Grundlagen auf diesem Feld vor allem aus „der Vergangenheit und Kultur der Völker" (Raymond Aron), der Vergegenwärtigung der Langzeitentwicklungen der Staaten und des internationalen Systems und der Fähigkeit zu langfristigem „raumpolitischen Denken" zu gewinnen sind.

Der Verfasser, ein unentwegter Vordenker bei der Revitalisierung der Geopolitik im deutschen Sprachraum, macht darauf aufmerksam, wie sehr wir uns in Deutschland in den letzten Jahrzehnten selbst von diesem Denken und seinen Erkenntnissen abgesperrt haben. Heinz Bill, einer der wenigen ausgewiesenen deutschen Fachleute in der geopolitischen Grundlagen- und Projektforschung, ehemals Wissenschaftlicher Direktor im „Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr", hat schon 1994 mit seinem Werk „Geopolitik heute: Deutschlands Chance?" eine Art Leitfaden und Lehrbuch dazu geschrieben, mit dem er Deutschland wieder in diese internationale Debatte einfügte. Nun legt er mit dem neuen Band gewissermaßen die Ernte seiner Forschungs- und Lehrtätigkeit sowie seiner Publizistik zur Geopolitik und Sicherheitspolitik aus den letzten 30 Jahren vor. In einem ersten Teil wird die geostrategische Situation Deutschlands am Ende des Zweiten Weltkrieges dargestellt, beginnend mit der deutschen Lage als Objekt im geostrategischen Kraftfeld der Super- und Großmächte 1945 und bis zur schrittweisen Wiedergewinnung einer neuen sicherheitspolitischen Subjektrolle und ihrer Leitlinien, aber auch bis zu dem Zaudern gegenüber der Erwartung der USA einer „Übernahme geopolitischer Verantwortung" (Bush sen.).

Brill greift dann in den folgenden Kapiteln weit aus, vom Nato-Beitritt Spaniens mit seinen geostrategischen Bezugspunkten über die Vision der Einheit der arabischen Welt (Gaddafi) bis zur strategischen Lage Chinas (in einer Rezension des Buches von Oskar Weggel „China und die Drei Welten"). In der Gegenwart geht es dann um so aktuelle wie grundlegende Fragen wie die Osterweiterung der Nato und die Balkankonflikte im Blick auf die jeweilige Interessenlage der Mächte, aber auch etwa um die geopolitischen Probleme um das Wasser in den verschiedenen Weltregionen, die Brill in einer umfangreichen hochinteressanten Studie darlegt: Wasser als Transportmittel, strategische Ressource, lebensnotwendiger Rohstoff, internationale Konfliktursache und ökologisches Problem, ein Exempel und eine Pilotstudie für eine moderne Art des geopolitischen und strategischen Zugriffs.

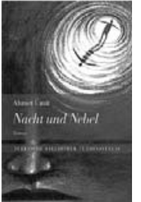
Abschließend kommt der Autor auf die bereits begonnene Rehabilitation der Geopolitik in den Politik- und Sozialwissenschaften zu sprechen, etwa bei Ernst August Roloff („Die Wiederentdeckung des Raumes") und Gottfried Eisermann („Staat, Geographie und Politik"). Sie zeigt sich auch in internationalen und interdisziplinären Kolloquien mit erstrangigen Besetzungen wie Admiral Yves Lacoste, Direktor des „Centre de recherches et d'analyses geopoliques", Universität Paris VIII, einem der wichtigsten französischen Vordenker, oder Imanuel Geiss, Universität Bremen („Europas Mitte zwischen Machtexzeß und Machtverleugnung"). Die aktuellsten Fragen, die sich mit Geopolitik und Strategie verknüpfen, sind die der Globalisierung und Denationalisierung, neuer ethnisch-religiöser Blockbildung (Huntington), denen Claus Leggewie eine „Geopolitik multikultureller Gesellschaften" gegenübergestellt hat. Gegen Francis Fukuyamas These vom „Ende der Geschichte" wendet Heinz Brill ein: „Nicht das ‚Ende der Geschichte' steht uns bevor, sondern oft sind die neuen Probleme die alten geblieben und eine Zeit großer Umwälzungen bahnt sich an."

Besonders hervorzuheben sind die zahlreichen erläuternden Karten und Kartenskizzen; ein Mangel ist das Fehlen eines Sach- und Personenregisters. Dem Band möchte man eine lebhafte Resonanz vor allem in dem leider klein gewordenen Kreis deutscher Sicherheitspolitiker und geopolitisch interessierter Wissenschaftler wünschen, möglichst auch darüber hinaus auf dem Weg zu einer neuen Blüte der Geopolitik. *Klaus Hornung*

Heinz Brill: „Geopolitische Analysen – Beiträge zur deutschen und internationalen Sicherheitspolitik 1974 – 2004"*, Biblio Verlag, Bissendorf 2005, geb., Abb., 459 Seiten, 34 Euro, Best.-Nr. 5584*

Reizvoll

Literarische Türkeireise



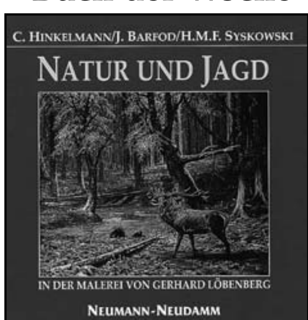
Die Integration ausländischer Mitbürger kann nur gelingen, wenn auch die deutsche Seite bereit ist, sich ernsthaft mit der Mentalität der Zugereisten zu befassen. Wie ginge das besser als über die Literatur? Der „Robert Bosch Stiftung" verdanken wir die Initiative und sicher auch Mitfinanzierung einer vom Züricher Unionsverlag herausgegebenen „Türkischen Biographie". 20 Bände sollen es werden, die ersten drei liegen vor, gut ausgestattet in Leinenausgaben. Ausgezeichnet sind die Übersetzungen, die manchmal geradezu selbst poetisch sind. Es gibt jeweils ein literaturhistorisches Nachwort.

Man hätte es sich gewünscht, daß der erste Band „Von Istanbul nach Hakkari" nicht nur 30 türkische Autorinnen und Autoren mit Kurzgeschichten des 20. Jahrhunderts vorgestellt hätte, sondern auch die Schönheit des Landes hätte aufleuchten lassen. So führt die literarische Rundreise zwar durch das riesige Land bis in die Kurdengebiete, präsentiert aber mehr die meist armselige Welt der kleinen Leute. Es wird zwar eher verständlich, warum sie ihr Heil in Deutschland gesucht haben, nicht aber der Reiz der an Naturschönheiten und Kulturgütern so überaus reichen Türkei lebendig. Erst aus den Lebensläufen der Schriftsteller wird deutlich, welche geistigen Anregungen die Bildungsstätten des Landes zu vermitteln imstande sind. Das wirkt dem bei uns landläufigen Bild entgegen, das mehr von den türkischen Unterprivilegierten geprägt ist. Christliches scheint übrigens in den Texten wie selbstverständlich zu sein.

Ahmet Ümit gilt als der Autor, der Krimis in der Türkei literaturfähig gemacht hat. Das kluge Nachwort des exzellenten Übersetzers Wolfgang Scharlipp geht auf das Genre ein, das auch die politisch unruhigen Zeiten seit den 60er Jahren widerspiegelt. So auch Ahmet Ümit, der selbst an Untergrundaktionen beteiligt war und nun Kulturberater des Goethe-Instituts in Istanbul ist. Sein Krimi „Nacht und Nebel" führt in die Welt der türkischen Geheimdienste und ist auch für deutsche Leser durchaus spannend geschrieben. *Norbert Matern*

Tevfik Turan (Hrsg.): „Von Istanbul nach Hakkari"*, Unionsverlag Zürich 2005, geb., 411 Seiten, 19,90 Euro und* ***Ahmet Ümit: „Nacht und Nebel"****, Unionsverlag, Zürich 2005, geb., 365 Seiten, 19,90 Euro, Best.-Nr. 5585 bzw. Best.-Nr.*

Buch der Woche

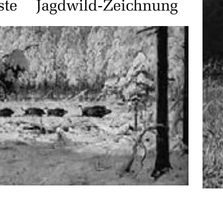


Dr. Christoph Hinkelmann, Jörn Barfod, H.M.F. Syskowski
Natur und Jagd in der Malerei von Gerhard Löbenberg

Das stattliche Werk zeigt einen breiten Überblick über Gerhard Löbenbergs vielseitiges künstlerisches Werk. (Die gleichnamige Ausstellung war vom 6.3. bis 24.10.2004 im Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg zu sehen) Gerhard Löbenberg (14.9.1891 bis 19.8.1967) gehört zu den bekanntesten Natur- und Jagdmalern des 20. Jh. im deutschsprachigen Raum. Seine erste Jagdwild-Zeichnung wurde 1909 in Wild und Hund' veröffentlicht. Im Ersten Weltkrieg arbeitete er als Illustrator, in den darauf folgenden Jahren verdiente er seinen Lebensunterhalt als Porträtmaler. Jagd- und Naturgemälde bestimmten danach sein Schaffen bis zu seinem Lebensende. Löbenberg gehört zu den wenigen Künstlern, die jagdliches Verständnis und künstlerische Begabung zu gleich hohen Anteilen besaßen. Er verkörpert in der deutschen Jagdmalerei die auf dem Impressionismus basierende künstlerische Richtung in einer Vollendung wie kaum ein Zweiter seiner Generation.







Geb., 268 Seiten, Format 21 x 20 cm, meist farb. Abb.
Best.-Nr.: 4168 , € 29,90

MELDUNGEN

Saudi-Arabien: Christen nach Gebet verhaftet

Dschiddah – Vier ostafrikanische Gastarbeiter sind im saudiarabischen Dschiddah verhaftet worden, weil sie zusmammen mit etwa 100 weiteren Gastarbeitern einen privaten christlichen Gottesdienst abgehalten hatten. Zehn mit Holzknüppeln bewaffnete Polizisten führten die zwei Äthiopier und zwei Eritreer nach einer Meldung der Nachrichtenagentur „Idea“ ab. In Saudi-Arabien ist jede, auch private Religionsausübung mit Ausnahme des islamischen Ritus verboten.

Ed Fagan nimmt Polen aufs Korn

New York – Der US-Anwalt Ed Fagan, der bereits milliardenschwere Restitutionsklagen gegen Deutschland vertreten hatte, will nun auch gegen Polen vorgehen. Seinen auch für ihn selbst äußerst gewinnträchtigen Feldzug durch Europa hatte er in der Schweiz begonnen und auch Österreich, Frankreich und Italien mit Milliardenforderungen überzogen.

Von Polen fordert Fagan Rückzahlung von Staatsanleihen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, für die Warschau nach Kriegsende keine Wiedergutmachung geleistet habe. Es geht um über eine Milliarde Dollar. Die vergangenen Mittwoch in Warschau eingereichte Sammelklage sei für Polen aber „nur der Anfang“ so Fagan laut einer Meldung.

ZUR PERSON

Brecht statt Fallersleben?



Die aktuelle Hymne ist belastet und paßt nicht zu unserem Land.“ Mit dieser Feststellung überraschte **Jochen Nagel**, Vorsitzender der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ (GEW) in Hessen sowie erfahrener Landeselternbeirat.

Er brachte Politiker so ziemlich aller Parteien einschließlich zahlreicher Bürger damit gegen sich auf. Es sei „dringend eine offene Debatte nötig“, so der Berufsfunktionär. Eine GEW-Broschüre von 1990 über das „furchtbare Loblied auf die Nation“ wird auf Nagels Initiative an „Vertrauensleute“ in den hessischen Schulen verteilt. Die Bundes-GEW hat sich der Aktion angeschlossen.

Wes Geistes Kind er ist, verriet Nagel nicht nur durch seine sogleich vorgeschlagene Alternative – die Kinderhymne von Bertolt Brecht. Kindisch benahm sich Nagel schon früher, forderte anläßlich des Irak-Krieges 2003 die „Fahne der Aufklärung“ hoch zu halten. Er ist kurzum für die Betroffenheit so mancher Schüler mitverantwortlich, mit denen diese ihre Eltern überraschten. Nagel ist überall, diskutiert gern, wenn es um so bildungsnahe Themen wie „Reichtum besteuern“ geht, unterzeichnet gegen „Gesinnungstests für Migranten“ und engagiert sich „gegen Berufsverbote“, sprich für Verfassungsfeinde. Pisa-Ergebnisse interessieren ihn dagegen vergleichsweise wenig, es sei denn, es geht um Lehrer-Neueinstellungen. *SV*

Auf keinen Fall gehst du mit auf die Rutsche! Du könntest anderen mit deiner Flagge wehtun. Du feierst mit Freunden und nimmst ein freudiges, unbeschwertes Bad!! Du hältst deine Flagge wie selbstverständlich, locker und unverkrampft! Aber wenn die WM vorbei ist, räumst du sie wieder weg, verstanden?

DT. POLITIK

CORRECTNESS

NATIONALGEFÜHL

Muttersöhnchens Badefreiheit Zeichnung: Götz Wiedenroth

Laß ma’ gut sein, Opa!

Die Volkspädagogen vom »Nie-wieder–Deutschland«-Kolleg ertragen das Fahnenmeer mental kaum noch und werden langsam kauzig / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Stellen Sie sich nur folgende Situation vor, dann ahnen Sie, was manche Menschen in diesem Lande gerade durchmachen: Jahrzehntelang haben Sie der dumpfen Masse harsche Gardinenpredigten gehalten über ihre Nichtswürdigkeit. Im Glanze Ihrer moralischen und intellektuellen Unübertrefflichkeit konnten Sie die graue Horde nach Belieben schuhriegeln und am Ende des Monats haben Sie die Deppen dafür auch noch bezahlt. Jeden Morgen standen sie vor Ihnen stramm. Dann konnten Sie sich einen rauspicken und vor den anderen zur Sau machen. Deshalb schauten sie alle immer ängstlich zu Boden und trauten sich am Ende nicht mal mehr, auch nur einen einzigen Satz zu sagen, den Sie ihnen nicht vorher Wort für Wort eingetrichtert hatten.

Dann der Schock: Als Sie eines Tages zur üblichen Levitenlesung ins Zimmer treten, sind alle weg und toben draußen im Garten puppenlustig mit ein paar Freunden aus der Nachbarschaft über den Rasen. Die grauen, verhuschten Appellmäuse sehen auf einmal bunt und prall und fröhlich aus. Und sie drehen Ihnen nicht mal eine Nase, sondern behandeln Sie wie schlechte Luft!

Wenn Sie sich das vorstellen können, dann bekommen Sie eine Ahnung davon, was der eben noch geachtete und gefürchtete Stand der Volkspädagogen aus dem „Nie-wieder-Deutschland“-Kolleg zur Zeit durchleidet. Es sind die entsetztlichsten Tage seit dem Mauerfall: Deutsche Fahnen wohin man blickt und Schwarz-Rot-Gold in allen erdenklichen Variationen. Überall Freude statt des tiefen Frusts, an dessen Allgegenwart man doch so lange und so aufopferungsvoll geschuftet hatte.

Das Mahnerkollegium war auf den Ausbruch dieser „dreisten Unbekümmertheit“ („Frankfurter Rundschau“) der Deutschen nicht vorbereitet. Für die gelernten Niederhalter und Demoralisierer riecht das alles nach Revolte, ja nach Umsturz! Und man hat nichts als uralte, verrosteste Karabiner im Schrank, die unter dem frechen Gelächter der unbotmäßig gewordenen Zöglinge zerbröseln.

Die „Süddeutsche Zeitung“ etwa muß auf argumentative Schießprügel aus den Baureihen 1933 bis 1968 zurückgreifen: Nationalstolz und Nationalsozialismus klängen ähnlich, ballert ein alter Kämpe von dem Münchener Blatt und bellt dazu: „Fehlt nur noch der Blockwart, der kontrolliert, ob auch von jedem Balkon die Flagge baumelt“. Bevor der eintrifft, gibt der Schreiber schnell selbst den Tagesbefehl: „Flagge zeigen: Nein!“ Ob ihn einer gehört hat?

Nicht anzunehmen, denn das Flaggenmeer ist ja kaum verdaut, da fangen sie auch noch an, die Nationalhymne zu singen! Das hat die Lehrergewerkschaft GEW in die Schützengräben getrieben. Die Gewerkschaftler verfügen indes ebensowenig über modernes Material. Sie schmeißen in ihrer Not mit einer vergilbten, weil 16 Jahre alten Streitschrift gegen das Deutschlandlied nach ihren patriotisch verseuchten Schülern. Der Pressetext zur Neuveröffentlichung des pitoresken Archivfundes liest sich so, als sei die derzeitige „Nationale Stimmungsmache“ ein einziger genialer Coup der NPD, dem die Erziehungsgewerkschaftler „in Kooperation mit allen demokratischen Kräften eine klare Absage“ erteilen wollen. Ärgerlich nur, daß die „demokratischen Kräfte“ keine Lust haben. Selbst Grünen-Politikern und Sozialdemokraten ist anzumerken, daß ihnen der Anfall ihrer alten Genossen in den Lehrerzimmern irgendwie peinlich ist. Ihre Reaktionen erinnern an Klassiker des Ohnsorg-Theaters, wo alte Leute gern mal als kauzige Quengler auftraten, denen Heidi Kabel dann besänftigend die Schulter streichelte: „Laß ma’ gut sein, Opa!“

In dem GEW-Aufruf schimmert die leise Hoffnung durch, daß die NPD sich doch noch ein Herz faßt und dem WM-beflügelten „Furor Teutonicus“ („Süddeutsche“) die richtigen braunen Bilder verpaßt – per Aufmarsch und mit Reden, die sogar noch älter klingen als GEW-Broschüren. Schwarz-rotgoldener Irokesenputz oder kleine Autofähnchen werden von der blöden Masse ja nicht so leicht erkannt als Vorboten der nächsten Machtergreifung. Eine zünftige Springerstiefelparade wäre da schon ganz was anderes. Von einem lächerlichen Geplänkel in Gelsenkirchen abgesehen erwiesen sich die NPDler bis Redaktionsschluß jedoch als Totalausfall. Arme GEW.

Arm, aber tapfer: Der Bundesvorsitzende Ulrich Thöne will mit den „Argumenten gegen das Deutschlandlied“ für die „Notwendigkeit einer tiefgreifenden Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart des Nationalismus in Deutschland und eben auch mit der Geschichte und Gegenwart des Deutschlandliedes“ in die Schlacht ziehen. Wie das wohl sein wird, wenn der Herr Thöne seinen Schülern zum Fanfest vor der Großbildleinwand nachschleicht, um dort „tiefgreifend“ gegen seine das Deutschlandlied singenden Schützlinge anzukeifen. Der Mann hat den Mut zur Lächerlichkeit.

> Aus den Tiefen der 70er Jahre ist Günter Grass gekommen, um uns ins Gewissen zu beißen

Aber nein, keifen wird er gewiß nicht. Denn „gröhlen“, „brüllen“ oder „schreien“ tun immer nur die, die das verpönte Lied gerade singen, wie uns ebenfalls die „Süddeutsche“ aufklärt. Ist es nicht bemerkenswert, welch glasklares Bild diese Leute von „dem“ Deutschen haben? So genau kennt uns sonst nur die britische Hetzpresse.

Nein, Herr Thöne keift nicht, er wird dem nächsten Schüler, der sich ein Fähnchen ans Fahrrad gesteckt hat, beherzt am Lenker packen und ihn verhören, ob er sich im Klaren darüber sei, daß er „die soziale Kluft in diesem Land übertüncht“ und seine türkischen Mitschüler „assimiliert“. Laut GEW-Erklärung richtet der Junge mit dem Flaggezeigen nämlich genau das an.

Selbstverständlich sind die GEW-Lehrer nicht allein bei ihrem Marsch aus der finsteren Vergangenheit in eine noch dunklere Zukunft. Aus den Tiefen der 70er Jahre beißt uns der Chefmahner der Bundesrepublik, Günter Grass, höchstpersönlich ins Gewissen. Pünktlich zur WM läßt „Bundes-Günter“ („Spiegel“) verlauten, daß „Leute wie Stoiber und andere“ die „latente Fremdenfeindlichkeit stubenrein“ gemacht haben. Fast hätte er „Leute wie Franz Josef Strauß“ gesagt, besann sich aber nach dem Blick auf seinen Küchenkalender. Stoiber oder Strauß? – ist ihm eigentlich auch egal, alter Haß welkt nicht und sucht sich seine Götzen von allein.

Wichtig war allein der Zeitpunkt: Hunderttausende Ausländer feiern mit den Deutschen und sind ganz hingerissen davon, wie die Gastgeber immer mitgehen auch bei Spielen, an denen die deutsche Elf gar nicht beteiligt ist. Milliarden Erdenbürger schauen zu und lauschen ihren Kommentatoren, die sich vor Lob über die deutsche Mischung aus herzlicher Gastfreundschaft und perfekter Organisation gar nicht mehr einkriegen wollen. Da hielt es den Mahner nicht mehr hinter der Pfeife, da mußte etwas getan werden. Seine Botschaft an die Welt: Die Deutschen sind ganz anders als sie sind.

Das Mahnerkollegium berät derweil in Dauerkrisensitzung, wie es weitergehen soll. „Deutschland, Deutschland, bald ist es vorbei“ singt der „Spiegel“ das ersehnte Ende der gräßlichen Fahnenkrankheit herbei. Man beruhigt sich damit, daß das eigentlich gar kein Patriotismus sei, sondern bloß eine „Deutschland-Party“, die am 10. Juli zuende gehe und aus. Herr Thöne kann sich dann endlich auf seine Schüler und die „kritische Aufarbeitung“ des Geschehenen stürzen. Viele werden kleinlaut einräumen müssen, daß sie das Deutschlandlied mitgesummt oder gar gesungen oder wenigstens gern gehört haben. Und daß, obwohl „alleine die Melodie“ bei „Angehörigen der Opfer des Zweiten Weltkriegs schlimme Erinnerungen“ wecke, wie der GEW-Landeschef von Baden-Württemberg, Rainer Dahlem, herausbekommen hat. Die Schüler werden nun also eine untilgbare Schuld auf sich geladen haben, die es zu bearbeiten gilt. Da sind die Thönes und Dahlems in ihrem Element.

ZITATE

Der 1963 geborene Historiker **Paul Nolte** *(nicht zu verwechslen mit seinem älteren Kollegen Ernst Nolte) erklärt in der „Welt“ vom 15. Juni den* ***jugendlichen deutschen Patriotismus*** *zur WM:*

„Heute hat das auch eine andere Dimension als vor vier Jahren. Der Generationswechsel ist weiter vorangeschritten – und mit ihm auch die Unverkrampftheit im Umgang mit nationalen Symbolen ... Die Achtundsechziger-Generation löst sich auf, bricht auseinander.“

Der Redakteur Ollo Kambire der Zeitung „24 Heures“ von der ***Elfenbeinküste wundert sich*** *im „Spiegel“ vom 19. Juni nachträglich über die negative Deutschlandberichterstattung und „****Reisewarnungen****“ vor der WM:*

„Als ich in München angekommen bin, hatte ich deshalb große Angst vor rassistischer Gewalt ... Inzwischen weiß ich, daß meine Sorgen unberechtigt waren. Ich fühle mich sicher in Deutschland, fühle mich wohl.“

Die Mihigrus

Bekanntlich stellt ein Wort sich ein,
sobald Begriffe fehlen –
nur kann's auch vice versa sein,
wenn andre Regeln zählen.

Denn wo man glaubt, es wäre schlecht,
Begriffe zu begreifen,
da kommt ein Euphemismus recht,
die Leute einzuseifen.

Wenn ergo heut' sich wer benimmt,
als wär' er hier zuhause,
wird flugs der Wortschatz frisch getrimmt,
und Nörgler haben Pause!

Gewiß, noch sperrig liegt im Mund
der Modespruch der Frommen
aus „Migration“ und „Hintergrund“ –
doch dem ist beizukommen.

Denn gut gekürzt statt aufgebläht
wird jedes Ding kompakter,
und was als Klartext zu konkret,
ist komprimiert abstrakter:

Grad wie man von „Azubis“ spricht
und nicht von Stellenlosen,
empfiehlt sich drum „Mihigrus“ schlicht
bei Multikulturosen.

Als „Pemihigrus“ kann man dann
umschreiben die Personen,
die irgendwie seit irgendwann
in unserm Lande wohnen.

Daß „Framihigrus“ Frauen sind,
wird jeder leicht erkennen
und folglich das Mihigru-Kind
ein „Kimihigru“ nennen.

Das Kürzel „Jumihigrus“ steht
für Jugendliche schließlich –
und wo dem Wort der Sinn vergeht,
da macht es nicht verdrießlich!

So ist im Grunde bloß, was schönt,
als Name akzeptabel,
und „Krimihigrus“ wär' verpönt
bei uns im neuen Babel.

Pannonicus